EUR 5,00

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 73/2017 ISSN: 2192-6719

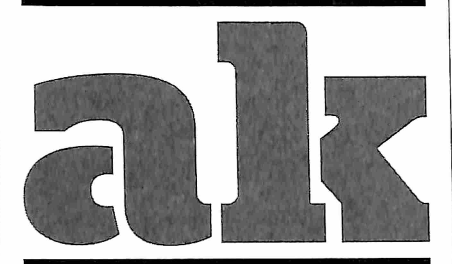




BRANDSTIFTER

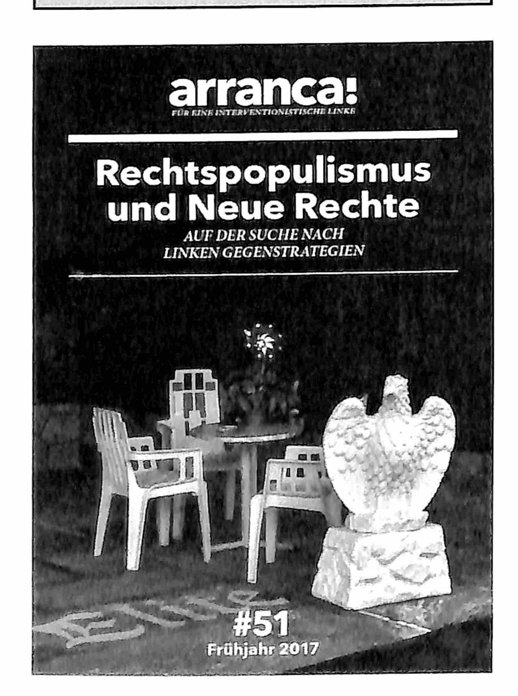

EN 3

DIE SINNE SCHÄRFEN.
JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de



analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

DIE ZAG IM INTERNET
www.ZAG-berlin.de



Abbildungen im Heft

* *Nach dem letzten Heft »Biedermänner« konnten wir uns diese Brandstifter nicht verkneifen.*

INHALT

EDITORIAL

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Schrei lieber »Feuer!«

Vor dem Polizeirevier Dessau sah ich einen Wahlsticker der Grünen an einer Laterne. Darauf ein brennendes Gebäude. Der Spruch war irgendwas wie »wählt uns, sonst gewinnen die Brandstifter«. Das ist auch sachlich falsch, denn die Grünen sind immerhin verantwortlich für den größten Polizeieinsatz überhaupt gegen die Asylrechtsbewegung um die Gerhart-Hauptmann-Schule. Irgendwer von der Antifa hatte das Ding dann zerkratzt und seinen eigenen Sticker darunter geklebt.

Frisst der Antirassismus sich jetzt endlich selbst? Die Schlagzeilen spiegeln schon szeneinterne Verhältnisse wieder: In Mannheim wurde eine Bundessprecherin der Linksjugend *solid* von »Migranten« vergewaltigt, und meldete es erst verspätet der Polizei – aus Angst vor »Hetzern«. Danach postete sie eine öffentliche Entschuldigung an alle männlichen Geflüchteten. Sowas gibt's echt nicht mal im Iran. Ähnliche Debatten wie *solid* führen gerade mehrere linke »Safe Spaces«. Die Plena werden vielleicht vegan, aber sicherlich nicht schmerzlos.

Das alles passt vielleicht besser in eine der kommenden Ausgaben – Hilfe die Helfer kommen – wenn es bis dahin noch welche gibt. Kann auch sein, dass wir aus lauter Angst davor, nicht mehr zu den »Guten« gezählt zu werden von öffentlichen Äußerungen absehen. (Also die Wagenknecht gehört ja nicht mehr dazu, oder?) Vielleicht sollten wir uns das »gut sein« endlich abschminken? a) Sind Deutsche eh von Natur aus böse und b) besiegt man Nazis nicht mit Rosinenbombern. Darüber kann man diskutieren, ist aber so.

Mitglieder einer Bewegung müssen sich aufeinander verlassen können. Was die Brandstifter machen kann ich nicht beeinflussen, und schon gar nicht, wenn um mich herum Hippies und Christen um den Konsens wettheulen. Kein Wunder, dass manche die Antira-Bewegung als »bewaffneten Arm der Grünen« verspotten!

Diese Fragen gehen die gesamte Szene an. Wenn in Sachsen ein Flüchtlingsheim brennt, dann kommt wenigstens die Feuerwehr – selbst wenn der Täter dort Mitarbeiter ist. Wenn eine linke Szenekneipe brennt, weil irgendein Gast durchgeknallt ist, setzen sich alle erst mal hin und machen Plenum. Die einzige wiederkehrende Sofortmaßnahme in solchen Situationen ist die Soligruppe für den Täter.

Mal ehrlich: Von dieser Tabu-Atmosphäre profitieren am Ende sowohl linke Männer, als auch die »Enthüller« von rechts. Es sind deutsche Genossen, die »ihren« Antirassismus den Frauen aufzwingen (der Tortenwerfer gegen Sahra Wagenknecht ist nur einer von vielen). Derweil machen Frauen die komplette Supportarbeit und wir Typen bequemen uns höchstens dazu, die Diskurshoheit zu steuern. Unsere Redaktion ist übrigens keine Ausnahme.

Daher freuen wir uns über mehr Mitarbeiter*innen. Es erwarten euch kurzlebige wöchentliche Sitzungen in alternativem Ambiente mit sofortiger Führungsverantwortung. Schreibt uns einfach an: redaktion@zag-berlin.de.

Lange Rede, kurzer Sinn: Mann und Frau muss nicht immer nett sein. Vielleicht, irgendwann, wenn wir unseren »Freunden« vertrauen können, könnten wir uns vielleicht endlich um unsere Feinde kümmern.

Eure zentrale Anlaufstelle Geschlechterkampf

Eure ZAG



KAMPAGNEN UND WIDERSTAND

Häuser besetzen sowieso

Interview mit Aktivist*innen der Solidaritäts-Kampagne »You can't evict Solidarity – Grenzenlose Solidarität mit den migrantischen Häuserkämpfen in Griechenland und überall«

Tina Weiß und Johannes Korndörfer

»You can't evict Solidarity« ist ein Netzwerk aus Menschen unterschiedlichen Alters, die in Deutschland und Griechenland wohnen und in antirassistischen und anderen politischen Kämpfen aktiv sind. Viele von ihnen waren in den letzten eineinhalb Jahren auf der Balkanroute, in Griechenland oder an den EU-Außengrenzen aktiv. Zusammen haben sie im letzten Sommer die Kampagne »You can't evict Solidarity« gestartet, in der sie sich für grenzenlose Solidarität mit den migrantischen Häuserkämpfen in Griechenland und anderswo einsetzen.

Was war für euch der Grund, die Kampagne »You can't evict Solidarity« zu starten?

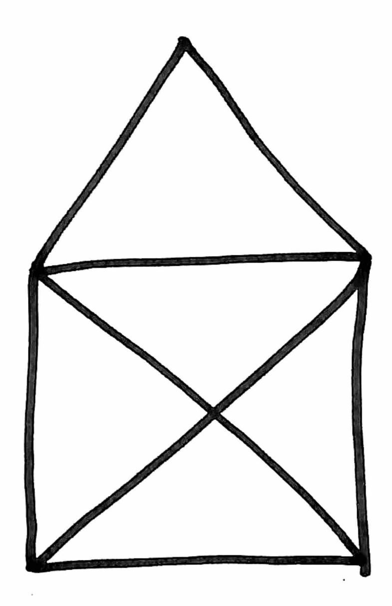
› Im Juli 2016 wurden in Thessaloniki in Griechenland die von Geflüchteten und anderen Aktivist*innen besetzten Häuser »Orfanotrofeio«, »Nikis« und »Hurriya« von der Polizei nach Verlangen der dortigen Syriza-Regierung und der griechischen Kirche geräumt. Dabei und bei folgenden Protestaktionen gegen die Räumungen wurden über 100 Menschen verhaftet. Viele der dort lebenden Geflüchteten wurden in Militärcamps gebracht. Einige Tage später wurden in Gerichtsprozessen die ersten Menschen zu hohen Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Die meisten von uns waren auf dem zuvor stattfindenden No Border-Camp in Thessaloniki, wo erste Kontakte geknüpft wurden. Nach den Räumungen haben wir uns gemeinsam mit Betroffenen entschlossen, uns zusammenzuschließen, um Geld für die anfallenden Prozesskosten zu sammeln, die Räumungen öffentlich zu machen und gleichzeitig die migrantischen Häuserkämpfe zu unterstützen. Deshalb ist ein Ziel der Kampagne, weitere solcher Orte auch in Deutschland zu unterstützen und aufzubauen.

Wie ist die aktuelle Situation für Geflüchtete in Griechenland?

› Die Situation für Geflüchtete in Griechenland ist größtenteils ziemlich schlecht. Die Lebenssituation der Menschen in Griechenland ist geprägt von der menschenverachtenden Austeritätspolitik der EU und nach der Militarisierung und gewaltsamen Schließung der Balkanroute sitzen nun zusätzlich über 60.000 Migrant*innen in überfüllten griechischen Camps fest. In diesen Camps fehlt es meistens an medizinischer Grundversorgung, Versorgung mit Alltäglichem wie Nahrungsmitteln sowie sanitären Anlagen. Viele Lager bestehen aus abgelegenen Industriehallen oder Zeltstädten. Der Winter macht den Menschen zusätzlich zu schaffen. Hinzu kommt auch stetige Diskriminierung seitens der Polizei, dem Militär und Securities. Durch die Migrationspolitik der EU und der griechischen Syriza-Regierung kommt es zusätzlich zu einer zunehmenden Militarisierung und Repression gegen Geflüchtete und Aktivist*innen. Viele Camps gleichen mittlerweile Gefängnissen.

Was hat es mit den Hausbesetzungen auf sich und warum unterstützt ihr sie?

› In der momentanen Situation wird für viele Menschen die Besetzung von Leerstand zu einer Möglichkeit ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der staatlichen Lager, jenseits von staatlicher Gewalt und jenseits von sexistischen, rassistischen und nationalistischen Kategorien zu führen. Die Häuser sind ein Ort für politische Vernetzung, Selbstorganisation gegen das EU-Grenzregime, sowie Orte der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung, auch durch die griechische Bevölkerung.



Damit bilden sie wirkungsvolle Alternativen zu staatlichen und kapitalistischen Repressalien. In Griechenland gibt es mittlerweile Dutzende solche Besetzungen. Eine der bekanntesten dürfte das »City Plaza Hotel« in Athen sein, in dem über 400 Menschen ein Zuhause gefunden haben. Auch hier und auf der Balkanroute gibt es mehrere dieser Freiräume und Bestrebungen, neue zu schaffen.

Wie ist die aktuelle Situation auf der Balkanroute?

› Wir beobachten, dass die staatliche Politik gegenüber Menschen auf der Flucht, gegenüber Unterstützer*innen und gegenüber Alternativen zu staatlicher Migrationskontrolle immer repressiver wird. Dies war auch schon vor dem sogenannten »Sommer der Migration« 2015 so, nun werden aber an den militarisierten Grenzen Flüchtende erschossen, wie kürzlich an der Grenze zwischen Bulgarien und Serbien, und mit Gewalt am Grenzübertritt gehindert. In Ungarn wurde vor einigen Wochen Ahmad H., einer von elf – »Röszke11« – im September 2015 im ungarischen Röszke verhafteten Geflüchteten zu zehn Jahren Haft verurteilt. Die Anklage lautete Terrorismus und illegaler Grenzübertritt. Er und die anderen wurden bei Protesten an der ungarisch-serbischen Grenze willkürlich aus der Menge heraus verhaftet. Gleichzeitig sitzen tausende Menschen in Griechenland und Serbien in Kälte und Schnee fest und wohnen teilweise auf der Straße oder werden illegal abgeschoben. Aus der Not besetzte Häuser werden geräumt und solidarische Aktivist*innen werden als Schleuser*innen verhaftet, wie z.B. vor einigen Wochen in Kroatien.

Was steht für euch aktuell und in der Zukunft für eure Kampagnenarbeit an?

› Die Kampagne ist gerade gestartet und wir bekommen viel Unterstützung durch solidarische Menschen, die Soli-Parties organisieren, Geld spenden und für Öffentlichkeit sorgen. Am 13. und am 26. Januar 2017 fanden in Thessaloniki zwei Prozesstermine gegen insgesamt 82 Besetzer*innen der »Hurriya«- und der »Orfanotrofeio«-Besetzung statt. Die »Orfanotrofeio«-Aktivist*innen wurden für eine Protestaktion gegen die griechische Kirche wegen »Störung der Kirchenruhe« angeklagt und wurden nun im Revisionsprozess freigesprochen. Der Prozess gegen die 58 »Hurriya«-Besetzer*innen wurde auf den 22. Juni 2017 verschoben. Zusätzlich steht eine weitere Besetzer*in des »Orfanotrofeio« im Mai vor Gericht. Diese Prozesse werden wir hier und in Griechenland solidarisch begleiten. Dazu unterstützen wir Betroffene in neuen Repressionsfällen, z.B. Geflüchtete, die im Camp Softex bei Thessaloniki gegen die dortigen Bedingungen protestiert haben und jetzt mit Anklagen konfrontiert sind. Gleichzeitig planen wir aktuell eine Info-Tour durch Deutschland mit ehemaligen Bewohner*innen und Aktivist*innen der »Orfanotrofeio«-Besetzung. Bei allem freuen wir uns über Unterstützung. ✖

Mehr Infos zur Kampagne

✖ *Kontakt auf dem Blog unter www.cantevictsolidarity.noblogs.org*

Spendenkonto:

✖ *Rote Hilfe e.V. / OG Salzwedel*
IBAN: DE93 4306 0967 4007 2383 12
BIC: GENODEM1GLS
Betreff: Cant evict Solidarity

Strafprozess in Luxembourg gegen Asylrechtsaktivist_innen

March4Freedom in der Nachspielzeit

ZAG

Zweieinhalb Jahre nach dem international organisierten March for Freedom sind sechs Aktvist_innen in Luxembourg-Stadt angeklagt. Während eines Aktionstags am 5. juni 2014 war es in Luxembourg auf dem Kirchberg zu dreizehn brutalen Festnahmen während einer Demonstration gekommen. Anlass war eine Tagung der EU-Innenminister zum Thema »Kampf gegen illegale Immigration.« Nun sind am 29. November sechs der Verhafteten in Luxemburg vorgeladen. Ihnen wird gemeinschaftlicher Verstoß gegen Art. 269 des Luxemburger StGB, d.h. Rebellion vorgeworfen, zudem noch Einzelnen Körperverletzung, Sachbeschädigung, Beleidigung und Widerstand.

Beim selbstorganisierten March for Freedom marschierten rund hundert Aktivst_innen von Mai bis Juni 2014 mehr als 500 Kilometer von Straßburg nach Brüssel. Sie überquerten friedlich sechs EU-Landesgrenzen und organisierten Aktionstage in mehreren Städten sowie ein einwöchiges Protestcamp in Brüssel, um gegen die europäische Migrations- und Asylpolitik zu protestieren.

In Luxembourg hatte eine Delegation von Geflüchteten um Mitsprache bei der EU-Innenministerkonferenz gebeten. Dem friedlichen Protest wurde daraufhin ein massiver Polizeieinsatz entgegengesetzt. Mit Reizgas, Schlagstöcken und Hunden ohne Maulkorb gingen die Beamt_innen auf die Protestierenden los. Eine Aktivistin wurde von einem Hund gebissen und mehrere Teilnehmende erlitten Verletzungen durch Reizgas und Schläge. Auch Polizisten wurden durch ihr eigenes Reizgas verletzt und wollen dies nun den Aktivist_innen anlasten.

Dreizehn Teilnehmende wurden festgenommen. Einige wurden anschließend auf der Wache misshandelt und rassistisch erniedrigt. Der Einsatz brachte der Luxemburger Polizei heftige Kritik im eigenen Land ein. Auf direkte Anordnung des Luxemburger Innenministeriums wurden alle dreizehn Verhafteten wenige Stunden später entlassen und konnten ohne weiteres das Land verlassen. Luxemburger Jurist_innen kritisierten den »unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt« seitens der Polizei. Ein Untersuchungsausschuss des Innenministeriums befasste sich daraufhin mit dem Einsatz. Mehr als zwei Jahre nach dem Vorfall, kurz vor Ende der Verjährungsfrist, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage.

Die Hauptverhandlung in Luxembourg wurde inzwischen zweimal vertagt, das zweite Mal weil das Gericht keinen Dolmetscher für einen der Angeklagten bestellt hatte. Der nächste Termin ist für den 5. und 6. April 2017 festgesetzt. Die Prozess- und Anfahrtskosten haben inzwischen ein beträchtliches Niveau erreicht. Die Unterstützer_innen freuen sich daher über finanzielle Unterstützung und Öffentlichkeit für diesen Fall. Ein Urteil ist noch nicht abzusehen. Je mehr Öffentlichkeit für die Angeklagten hergestellt wird, desto wahrscheinlicher wird ein positiver Ausgang. ✖

Mehr Infos

- *www.oplatz.net und freedomnotfrontex.noblogs.org*
  E-Mail: lux14@riseup.net

Spendenkonto

- *Verwendungszweck: »Protest March For Freedom«*
  Volksbank Fürstenwalde
  BAN: DE23 1709 2404 0106 0289 77
  BIC: GENODEF1FW1

Solidarität im permanenten Notstand

Abtreibungsverbot in Polen

Natalia Kolodziejska und Magdalena Müssig

Ciocia Basia ist eine Gruppe von Aktivistinnen, die sich für das Recht auf Abtreibung einsetzt und v.a. Menschen aus Polen dabei unterstützt, in Berlin sichere und straffreie Abtreibungen vornehmen lassen zu können. Das Recht auf Abtreibung ist nämlich für viel zu viele Menschen noch kein praktisch umgesetztes Recht: In Polen ist ein Schwangerschaftsabbruch nur dann legal, wenn die Gesundheit oder das Leben der schwangeren Person durch die Schwangerschaft gefährdet sind, wenn die Schwangerschaft Folge einer Straftat ist oder wenn der Fötus schwer behindert ist. Damit hat Polen eine der striktesten Abtreibungsgesetzgebungen Europas. Nur noch Malta, San Marino, Liechtenstein, Andorra, Monaco, Irland und Nordirland haben ähnlich strenge oder noch strengere Gesetze.

Das war nicht immer so, ganz im Gegenteil: Polen hatte einst eines der liberalsten Abtreibungsgesetze Europas. In den 1920er Jahren gab es erste Kampagnen gegen das damals vollständige Abtreibungsverbot, angeführt vor allem von Irena Krzywicka (1899-1994) und Tadeusz Boy-Zelenski (1874-1941). Sie setzten sich für Sexualkunde und Verhütung ein und gründeten 1931 eines der ersten Familienplanungszentren in Polen. 1930 schrieb Boy-Zelenski in »Die Hülle der Frauen«:

»Aus einem armen Mädchen eine Mutter zu machen; ihr die Arbeit wegzunehmen, wenn sie schwanger ist, sie mit Verachtung zu treten; die ganze Last eines Fehlers und seiner Folgen auf sie zu schieben; mit jahrelanger Haft zu drohen, falls sie sich, verrückt vor Verzweiflung, von dieser zu großen Belastung befreien will – das ist die Philosophie der Gesetze, die mehr als offensichtlich von Männern geschrieben worden sind« (eigene Übersetzung)

Die Kampagnen der 1920er und 1930er Jahre waren erfolgreich. 1932 wurde die Abtreibung legalisiert, wenn sie entweder aus medizinischen Gründen notwendig oder die Schwangerschaft Folge einer Straftat war (§ 233). Noch weiter erleichtert wurden Abtreibungen 1956 in der Volksrepublik Polen, Abtreibungen wurden auch für den Fall einer schwierigen Lebenssituation der Schwangeren möglich. In der Praxis reichte eine einfache Erklärung über die schwierige Lebenssituation aus, sodass Abtreibungen tatsächlich relativ unkompliziert zugänglich waren.

Einen radikalen Einschnitt in das Recht auf Abtreibung gab es nach den Verfassungsänderungen von 1989. 1993 trat das Gesetz über »Familienplanung, Schutz des menschlichen Fötus und Bedingungen für erlaubte Abtreibung« in Kraft, das Abtreibungen nur erlaubt, wenn das Leben der Schwangeren bedroht ist, wenn eine schwere Missbildung des Fötus vorliegt oder wenn die Schwangerschaft Folge einer Straftat (Vergewaltigung oder Inzest) ist.

Ein großer Einflussfaktor für diese Verschärfung war die katholische Kirche und ihre Verbindungen zum politischen Establishment. Im polnischen Kollektivgedächtnis ist stark verankert, dass die Kirche der antikommunistischen Opposition geholfen hat, das Regime zu Fall zu bringen. Quasi im Austausch dafür wollte die katholische Kirche einen großen Einfluss auf das politische Leben der Dritten Volksrepublik Polen haben. Den hat sie bekommen: Der Religionsunterricht in den Schulen ist staatlich finanziert, bei vielen staatlichen Veranstaltungen sind Bischöfe anwesend, die Kirche wird stark vom Staat subventioniert. Dementsprechend ist es kein Wunder, dass sich bis heute keine Regierung getraut hat, das Recht auf Abtreibung wieder durchzusetzen. Selbst die »linke« Regierung von Leszek Miller (2001-2005) versuchte das nicht, weil der polnische Beitritt zur EU damals wichtiger war. Unbequeme Entscheidungen wie eine Änderung des Abtreibungsgesetzes hätten die kirchliche Unterstützung gefährdet – und diese war extrem wichtig, weil die Pfarrer durch ihre öffentlichen Predigten einen großen Einfluss auf das Ergebnis des Beitrittsreferendums hatten.

Im September 2016 drohte dann auf einmal eine weitere Verschärfung des Abtreibungsgesetzes: Die christlich-fundamentalistische Stiftung Ordo Iuris entwarf ein Gesetz, das Abtreibung nur noch erlaubt, wenn das Leben der Schwangeren akut bedroht ist und zusätzlich Haftstrafen für die abtreibende Person vorsieht (bisher machen sich diejenigen strafbar, die die Abtreibung durchführen sowie die, die der schwangeren Personen mit der Abtreibung helfen). Der Gesetzesentwurf wurde von der Bürger_inneninitiative »Stop Abortion« als Petition ins Parlament gebracht und am 23. September in erster Lesung verabschiedet.

Diese Entscheidung löste in Polen und über Polen hinaus massive Proteste unter den Schlagwörtern #blackprotest und #czarnyprotest aus. National und international gab es Demonstrationen, hunderttausende Menschen gingen auf die Straße, um für das Recht auf Abtreibung zu kämpfen. Angesichts dieser wohl unerwarteten

Proteste lehnte das Parlament die Verschärfung des Abtreibungsverbotes in der Zweiten Lesung ab. Damit bleibt es (vorerst) bei der alten Gesetzgebung.

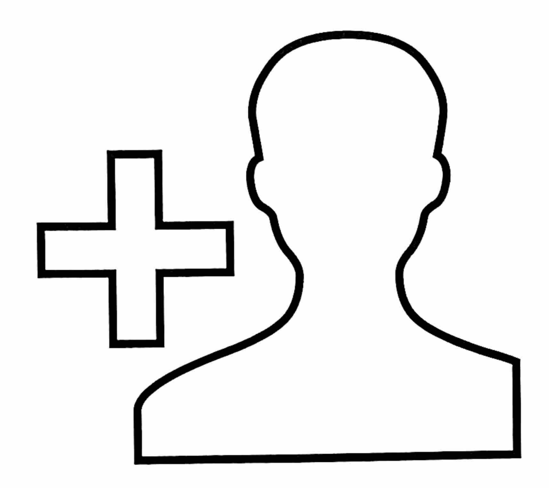
Zwar konnten die Proteste eine weitere Verschärfung des Abtreibungsgesetzes verhindern, doch der Kampf ist noch lange nicht vorbei. Selbst in den theoretisch legalen Fällen sind Abtreibungen in Polen schwierig. Beispielsweise reicht die Ultraschalluntersuchung nicht, um im Falle einer schweren Missbildung des Fötus abzutreiben. Dafür ist eine invasive Fruchtwasserspiegelung nötig, die erst in der circa 15. Schwangerschaftswoche möglich ist – dass die Schwangere dadurch mehrere Wochen im permanenten Stress lebt, interessiert niemanden. Es kommt nicht selten vor, dass Ärzt_innen sich auf die sogenannte Gewissensklausel berufen, sich also weigern, aus »Gewissensgründen« Abtreibungen vorzunehmen oder Verhütungsmittel zu verschreiben. Nicht zu vergessen ist, dass es schwer ist, an zuverlässige Informationen über Schwangerschaft, Verhütung und Abtreibung zu kommen. An Schulen gibt es zwar staatlich geförderten Religionsunterricht, aber kaum Sexualkundeunterricht.

Es geht also nicht nur um das Recht auf Abtreibung, sondern auch um einen umfassenden Zugang zu Verhütungsmethoden und eine wissenschaftsbasierte Sexualkunde in Schulen. Bis es soweit ist, ist es ein langer Weg. Diejenigen, die jetzt ungewollt schwanger sind, können nicht auf langsame politische Veränderungen warten. Deshalb setzen wir von Ciocia Basia das Recht auf Abtreibung Tag für Tag praktisch um. ✖

Infokasten:

✖ *Ciocia Basia unterstützt Frauen, die in Polen leben, in Berlin eine sichere und straffreie Abtreibung zu bekommen. Ganz konkret bedeutet das: Wer eine Abtreibung braucht, kann Ciocia Basia über Telefon, Email oder Facebook erreichen. Das Team von Ciocia Basia organisiert dann Termine für die gesetzlich verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung und für die Abtreibung, dolmetscht und begleitet, kümmert sich um die Anfahrt, organisiert wenn notwendig eine Unterkunft und unterstützt auch finanziell, wenn die Schwangere die Kosten für die Abtreibung nicht alleine tragen kann.*

ciocia.basia@riseup.net
https://www.facebook.com/cioicabasiaberlin/



»PLUS1 – REFUGEES WELCOME«

Die Berliner Polit-Charity mit solidarischer Gästeliste

Plus1 Kampagnen Orga

Seit Oktober 2015 gibt es in Berlin die Kampagne »Plus1 – Refugees Welcome«. Sie wurde von einem Zusammenschluss engagierter Menschen aus dem Kulturleben initiiert, angesichts der katastrophalen Situationen, die Menschen zur Flucht zwingen, der tödlichen Fluchtrouten, des Versagens der Berliner Verwaltung bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge hier in Berlin sowie angesichts der Zunahme von Brandanschlägen auf ihre Unterkünfte. Das Ziel der Kampagne ist es, bestehende Initiativen der Flüchtlingshilfe finanziell zu unterstützen. Gleichzeitig soll die Kampagne – in Zeiten, in denen der Rechtspopulismus weltweit auf dem Vormarsch ist, in die Parlamente einzieht und sich der öffentliche Diskurs immer weiter nach rechts verschiebt – dem Berliner Party- und Kulturbetrieb eine Möglichkeit bieten, sich politisch zu positionieren, Geflüchtete in Berlin willkommen zu heißen und so ein wahrnehmbares Zeichen der Solidarität und Offenheit zu setzen.

Wie funktioniert's? (oder: Der Name »Plus1« ist Programm)

Der Name der Kampagne ist Programm: Von all denjenigen, die das Privileg haben, auf der Gästeliste der teilnehmenden Clubs und Veranstaltungen zu stehen, wird als »Gegenleistung« mindestens 1 Euro als Spende vorgeschlagen. Das Geld wird gesammelt und zu gleichen Teilen an je drei Initiativen gespendet, die Geflüchtete auf unterschiedlichen Ebenen unterstützen. Das bekannte »+1« auf der Gästeliste bekommt so eine neue und vor allem solidarische Bedeutung. Das Geld wird in Spendendosen mit dem eindringlichen Slogan und Layout am Einlass gesammelt, in die natürlich auch zahlende Gäste spenden können. Das Einsammeln von Kleinstbeträgen mit Spendendosen ist zwar keine neue Idee. Der Vorteil des Plus1-Konzepts besteht aber darin, dass an den Clubtüren und Konzert- und Festivalkassen zum einen an die schon bestehende »Gästelisten«-Routine angeknüpft werden kann – was den unmittelbaren »Sammel-Aufwand« natürlich deutlich erleichtert (wobei der enorme Anteil, den das Engagement und die Motivation der Leute an den Türen und Gästelisten am Erfolg von Plus1 haben, keinesfalls unterschätzt werden darf). Zum anderen spricht Plus1 mit den Inhaber_innen von Gästelistenplätzen natürlich bewusst jene Menschen an, die gerade das Privileg haben, ohne Eintritt ein Konzert, einen Club oder eine Party zu besuchen – was die Bereitschaft, sich mit denjenigen solidarisch zu zeigen, die nicht auf der »Gästeliste der Europäischen Union« stehen, deutlich erhöht oder vielmehr: erhöhen sollte.

Während vielerorts das breite und zumeist karitative Engagement für Geflüchtete in der Stadt nachlässt und sich die Mehrheit der Menschen an die menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten gewöhnt haben, möchte sich die Kampagne als dauerhafte Einrichtung im Berliner Nachtleben etablieren. Dies könnte allein schon dadurch gelingen, dass »Plus1 – Refugees Welcome« allen Beteiligten – sowohl den unterstützenden Clubs und Veranstalter_innen als auch den spendenden Gästen – eine einleuchtende und niedrigschwellige Gelegenheit bietet, sich politisch zu positionieren, ohne zwangsläufig selbst politisch tätig werden zu müssen – wenngleich das gemeinhin wünschenswert wäre. »Plus1 – Refugees Welcome« läuft inzwischen seit über einem Jahr und kann als großer Erfolg gewertet werden. An die 100 Clubs,

Konzert- und Festivalveranstalter_innen und Partyreihen beteiligen sich an der Kampagne, und über 125.000 Euro konnten mit ihrer Hilfe bislang gesammelt werden. Mit den Initiativen »Support Act« in London und »The IN Project« in Quebec hat das Konzept von Plus1 inzwischen sogar international Nachahmer_innen gefunden.

Wohin geht das Geld? (oder: Materielle Unterstützung und ein Zeichen praktischer Solidarität)

Ein wichtiger Aspekt von »Plus1 – Refugees Welcome« ist die Transparenz für alle Mitwirkenden: Jeder Euro, der in den Spendendosen landet, wird zu 100% an die ausgewählten Initiativen der Flüchtlingshilfe weitergeleitet. Alle entstehenden Kosten wie Flyer, Plakate, Spendendosen u.ä. werden von der Initiative selbst getragen. Jeder Spender und jede Spenderin kann über die ausliegenden Flyer auf englisch und deutsch sowie über die Facebookseite der Kampagne erfahren, an welche Initiativen ihr Geld geht. Die Initiator_innen der Kampagne Plus1 sind über ein »Patensystem« jeweils individuelle Ansprechpartner_innen für die teilnehmenden Veranstaltungen und Clubs, tauschen die verplombten Spendendosen in regelmäßigen Abständen aus und zahlen das Geld in bar auf das eigens eingerichtete Spendenkonto des gemeinnützigen VDK e.V. ein. Um Geflüchtete auf einer möglichst breiten Basis unterstützen zu können, wurde von den Initiator_innen entschieden, das Geld grundsätzlich zu drei je gleichen Teilen zu spenden an eine Organisation aus dem Bereich der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung an den EU-Aussengrenzen, an eine Organisation, die sich der politischen Vertretung und berlinweiten Unterstützung Geflüchteter widmet, und an ein Projekt, das lokal Flüchtlinge beim Ankommen und Leben in den Berliner Bezirken unterstützt. Nach einem halben Jahr werden jeweils neue Initiativen ausgewählt, unterstützt und der Öffentlichkeit bekannt gemacht. So konnten im vergangenen Jahr Sea-Watch, der Flüchtlingsrat Berlin, Moabit hilft, SOS Méditerrannée, Women in Exile, Hellersdorf hilft sowie KuDePo e.V. finanziell unterstützt werden. In den kommenden Monaten werden wegen des akuten Bedarfs gleich vier Initiativen der zivilen Seenotrettung unterstützt.

Gewöhnt euch nicht an die Bilder der Toten! Unterstützt die zivile Seenotrettung im Mittelmeer!

Laut UNHCR sind fast 4.700 Menschen 2016 bei ihrer Flucht über das Mittelmeer gestorben. Dieser traurige Rekord ist das Ergebnis einer todbringenden europäischen Abschottungspolitik, die unbedingt ein Ende haben muss. Die politische Forderung nach sicheren und legalen Einreisewegen ist drängend und muss unbedingt stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken.
Solange aber die Überquerung des Mittelmeers für Flüchtende der einzige Weg nach Europa ist, bleibt auch die zivile Seenotrettung eine traurige Notwendigkeit. In den vergangenen Jahren haben sich in Berlin vier Organisationen gegründet – SOS MEDITERRANNEE, SEA-WATCH, JUGEND RETTET und CADUS – um Menschen auf der Flucht vor dem Ertrinken zu retten. Sie übernehmen damit ehrenamtlich eine Arbeit, die eigentlich von der europäischen Union übernommen werden müsste und trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht geleistet wird. Das lebensrettende Engagement dieser Projekte ist also wichtiger denn je. Die Kampagne »Plus1– Refugees welcome« hat sich deshalb entschieden, in den kommenden Monaten, bevor es in die nächste »reguläre« Plus1-Runde geht, mit einem so genannten »Winter-Special« diese buchstäblich lebenswichtige Arbeit der Initiativen der zivilen Seenotrettung zu unterstützen.

In diesem Sinne: **Wenn Gästeliste – dann Plus1!** ✖

SCHWERPUNKT



Brandstifter

Rechte Gewalt und rechter Terror

ZAG

Es brennen wieder die Flüchtlingsheime. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe aussortiert, kontrolliert und gegängelt. Der Mob jagt Geflüchtete durch die Straßen. Eine Partei wie die AfD ist im Hier und Jetzt im Erstarken und wird noch von vielen belächelt. Heute fallen Sätze wie »kriminelle Ausländer raus« nicht mehr nur von NPD-Naziglatzen, sondern werden vom Innenminister unseres Landes und sogar der parlamentarischen »Linken« propagiert (siehe ZAG72 Biedermänner).

Wenn Beamte des Staatsapparats den Rassist*innen und Nazis der AfD zujubeln und für sie kandidieren, dann kann man getrost den Vergleich zur Weimarer Zeit ziehen. Wenn unsere Demokratie unterlaufen wird von Höcke-Fans und Petry-Jüngern, die von einem reinen, weißen Deutschland träumen und »den Anderen« alles Übel in die Schuhe schieben wollen, dann muss eigentlich allen klar sein, wo wir gerade stehen.

Es geht nicht nur um rechte Rocker*innen, NSU-Täter*innen und -Helfer*innen, Heimanzünder*innen und Totprügler*innen. Es geht auch und vor allem um den Umgang mit den rechten Tätern, um den Widerwillen der deutschen Gesellschaft, sich mit diesem dreckigen, hasserfülltem Teil Deutschlands auseinander zu setzen. Wenn der Verfassungsschutz lieber seine Quellen schützt, als Naziterror aufzuklären; wenn Bombenleger als »unpolitische Waffennarren« dargestellt werden; wenn Gesetze gegen Ausländer am Fließband produziert, aber nicht schärfer gegen den Rechtsterrorismus vorgegangen wird; wenn Nazis und Holocaust-Verharmloser in der Mitte der Gesellschaft ankommen, dann muss die Gesinnungsfrage an die deutsche Gesellschaft gestellt werden.

Die schleppende Aufarbeitung der NSU-Morde lässt viele Menschen, skeptisch werden. Die offizielle These des Tätertrios, denen ein »unwissender« Unterstützerkreis zuarbeitete, ist mehr als lückenhaft. Auch die zahlreichen Ermittlungspannen, das Vernichten von Beweisen und die Behinderung von Ermittlungen sowie der Tod von zahlreichen Zeugen nähren Verschwörungstheorien.

Yunus Özak kritisiert im Schwerpunkt dieser ZAG, dass Menschen die die offizielle Version der NSU-Morde anzweifeln, vorschnell als Verschwörungstheoretiker abgestempelt werden. Gleichzeitig zeigt er auf, wie der »NSU-Komplex« tatsächliche Verschwörungsideologen anzieht, welche mit gradlinigen Narrativen ihre ganz eigenen »Einzeltätertheorien« knüpfen. Die Gefahr hierbei ist, dass der Rassismus der Ermittlungsbehörden und großer Teile der deutschen Gesellschaft untergeht und einer anonymen, außenstehenden Minderheit von Verschwörern die Schuld zugewiesen wird. Dies lässt weder eine Aufklärung des NSU-Komplexes zu, noch erlaubt sie die Auseinandersetzung und Aufarbeitung von gesamtgesellschaftlichem, institutionellem Rassismus.

Mit dem 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages beschäftigen sich Paula Tell und Killian Behrens. Von Merkels »lückenloser Aufklärung« ist hier nichts zu spüren. Die Autor*innen kritisieren sowohl die Blockadehaltung der Ermittlungsbehörden, als auch die lückenhafte Aufarbeitung und den wiederholten Ausschluss der Öffentlichkeit. Auch fehlt im Ausschuss die Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus der Ermittlungsbehörden und gesamtgesellschaftlichem Rassismus.

Aufklärung und Gerechtigkeit für die Hinterbliebenen der NSU-Morde forderten am 6.11.2016 rund 1.000 Demonstranten in Berlin unter dem Motto: »In Gedenken an die Opfer des NSU-Komplex. Rassismus tötet! Konsequenzen jetzt!« Der Bericht zur Demo zeigt das Engagement der Initiativen und Hinterbliebenen. Für sie ist zentral, für die Betroffenen rechter Gewalt einzutreten und an sie zu erinnern.

Fabian Virchow beschäftigt sich mit dem Rechtsterrorismus in Deutschland seit 1945. Er unterscheidet zwischen antikommunistischem, antisemitischen, gegen Migrant*innen und gegen Feinde des »völkisch homogenen« Deutschlands gerichteten Rechtsterrorismus. Zwar befinde sich die völkisch/nationale Rechte in Zeiten der AfD in der Offensive, dies hält Rechtsterroristen jedoch nicht davon ab, weiter Anschläge zu verüben.

Rassistische Gewalt und Terror möchten verletzen und zerstören. Dies ist für die Betroffenen traumatisierend und lähmend. Darüber hinaus zielt rechter Terror auf Angst und Einschüchterung seiner Gegner*innen und versucht so seine Vorstellung von Minderwertigkeit und Fremdheit in die Tat umzusetzen. Um dies aufzubrechen muss der Rassismus, der zentral für die neonazistische Ideologie ist, benannt und bekämpft werden.

Rechtsterrorismus

Sein Wesen und seine Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland

Fabian Virchow

Das Sprechen über Rechtsterrorismus kommt ohne eine Auseinandersetzung darum, was darunter jeweils verstanden wird, nicht aus. Folgt man dem einschlägigen Rechtsbegriff im Strafgesetzbuch, so handelt es sich bei terroristischen Vereinigungen um Zusammenschlüsse von mehr als zwei Personen, die sich dauerhaft zur Durchführung schwerer Straftaten zusammenschließen. Ihr Zweck ist es, die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern, eine Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen. Eine solche Definition begreift schwere politisch motivierte Gewalt von rechts, die von Einzeltäter*innen begangen wird oder solchen zugeschrieben wird, jedoch nicht als rechtsterroristische Akte – mit der Folge, dass diese beispielsweise nicht in entsprechenden Statistiken auftauchen.

Hier soll unter Rechtsterrorismus das Handeln von Gruppen oder Einzelpersonen verstanden werden, die aus einer extrem rechten Weltanschauung und/oder aus einem extrem rechten Milieu heraus (halb)konspirativ und unter versuchter oder tatsächlicher Anwendung von schwerer Gewalt gegen Menschen oder Sachen mindestens zwei der folgenden Ziele verfolgen:

1. ein Klima der Angst in der Bevölkerung oder bei bestimmten Bevölkerungsteilen zu erzeugen;
2. Aufmerksamkeit zu erregen bzw. Öffentlichkeit herzustellen;
3. staatliche, gesellschaftliche oder politische Akteure in ihrem Handeln zu beeinflussen;
4. die politische oder gesellschaftliche Ordnung zu destabilisieren.

Damit steht der Staat als Angriffsziel nicht notwendig im Mittelpunkt. Ein solches Verständnis rechten Terrorismus grenzt sich von anderen Formen rechter Gewalt ab, etwa der situativen Straßengewalt oder rassistischen Pogromen wie in Rostock und Hoyerswerda, – wohl wissend, dass auch solche Gewaltpraktiken auf Einschüchterung, Ausgrenzung und Vertreibung zielen und für die Betroffenen massive Folgen haben können.

Rechtsterroristische Praxis

Folgt man der rechtsterroristischen Praxis in Deutschland nach 1945, so lässt sich erkennen, dass diese jeweils im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen stand, die seitens der extremen Rechten als existentzielle Bedrohung ihrer Idee einer völkischen und souveränen Leistungsgemeinschaft interpretiert wurden. Die seit Ende der 1960er Jahre geplanten bzw. durchgeführten Anschläge von Gruppen wie der *Europäischen Befreiungsfront* (EBF) oder der *Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung* (NDBB) gegen linke Einrichtungen, aber auch gegen Infrastruktur und Personal der DDR und der Sowjetunion waren einerseits von einem aggressiven Antikommunismus getragen, zum anderen jedoch Ausdruck eines expansiven Nationalismus, der sich mit der Teilung in zwei deutsche Staaten und der Anerkennung von Oder und Neiße als polnischer Westgrenze nicht abfinden wollte. Auch die Gewalt eines Kay Diesner im Februar 1997 oder die Anschlagserie gegen linke Projekte und Menschen in Berlin-Neukölln seit dem Jahr 2016 sind Stationen dieses gegen die Linke gerichteten rechten Terrorismus.

Eine zeitlich vergleichsweise kurze Episode blieb rechter Terrorismus gegen die in Deutschland stationierten US-Truppen. Anschläge von Dieter Epplen (1976) und der Hepp-Kexel-Gruppe (1982) waren Ausdruck der zeitgenössischen Hinwendung erheblicher Teile der extremen Rechten zum sogenannten »Befreiungsnationalismus« und richteten sich sowohl gegen die mit der »Besatzung« verbundene Einschränkung staatlicher Souveränität, als auch gegen die ›Amerikanisierung‹ der (alten) Bundesrepublik Deutschland.

Eine hohe Kontinuität weist rechter Terrorismus gegen jüdisches Leben in Deutschland auf. In den 1970er Jahren plante beispielsweise die *Otte-Gruppe* einen Anschlag auf die damals einzige Synagoge in Hannover; 1980 wurden in Erlangen der Rabbiner Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke von einem Mitglied der *Wehrsportgruppe Hoffmann* ermordet. In Hamburg gab es seitens der *Deutschen Aktionsgruppen* im selben Jahr den Anschlag auf die Janusz-Korcak-Schule. Zweimal wurde im Jahr 1998 ein Sprengstoffanschlag auf das Grab von Heinz Galinski, zwischen 1988 und 1992 Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, verübt. Der im Juli 2000 begangene Anschlag auf eine mehrheitlich jüdische Gruppe in Düsseldorf, der sogenannte Wehrhahn-Anschlag, geht mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit ebenfalls auf einen Neonazi zurück. Schließlich ist an den versuchten Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in München im Jahr 2003 zu erinnern. Antisemitisch motiviert waren auch die zahlreichen Anschläge, die sich gegen eine kritische Aufarbeitung des Holocaust und der NS-Verbrechen richteten. Beispielhaft zu nennen sind die Anschläge auf Sendemasten, um die Ausstrahlung des Films »Holocaust« im Jahre 1979 zu verhindern, sowie Gewaltakte gegen Ausstellungen und gegen Justizorgane, die an der strafrechtlichen Verfolgung von Holocaustleugnern beteiligt waren.

Terrorismus gegen Migrant*innen und Geflüchtete

Terroristische Gewalttaten gegen migrantisches Leben in Deutschland verbindet sich nicht nur der NSU mit seinen Sprengstoffanschlägen und Morden. Eine erste rassistisch motivierte terroristische Gewaltwelle wurde 1980 von den *Deutschen Aktionsgruppen* um Manfred Roeder umgesetzt. Sie richtete sich unmittelbar gegen Geflüchtete, u.a. in den Aufnahmeeinrichtungen in Zirndorf und Lörrach, bei denen drei Menschen aus Eritrea verletzt wurden, sowie in Hamburg, wo am 20. August 1980 die beiden Vietnamesen Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân ermordet wurden. Das *Freikorps Havelland* hatte sich seit 2003 zum Ziel gesetzt, als ›Ausländer‹ eingestufte Menschen durch Brandanschläge auf die von diesen betriebenen Restaurants und



Geschäfte zu terrorisieren und zu vertreiben. Ihnen sollte nicht nur die ökonomische Existenzgrundlage genommen werden; die Verbrechen zielten auch auf die allgemeine Einschüchterung der migrantischen Bevölkerung. Auch angesichts der steigenden Zahl von Geflüchteten seit 2014 entstanden Gruppierungen, die mit gezielt geplanter Gewalt gegen Asylsuchende und Migrant*innen terroristisch agierten. Im Jahr 2016 wurden entsprechende Strafverfahren gegen die *Oldschool Society* und die *Bürgerwehr Freital* eingeleitet.

Häufig richteten rechtsterroristische Gruppen ihre Aktionen auch gegen verschiedene Ziele, die als Feinde eines völkisch homogen und souveränistisch entworfenen Deutschland betrachtet wurden. Hierzu zählen u.a. die *Deutschen Aktionsgruppen*, aber in jüngerer Zeit auch die *Nationale Bewegung*, die insbesondere im Jahr 2000 Brandanschläge auf mobile Imbissstände verübte, Gräber sowjetischer Soldat*innen zerstörte und einen jüdischen Friedhof attackierte.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass Aktivisten der extremen Rechten aus Deutschland auch an terroristischen Anschlägen im Ausland beteiligt waren. Dies gilt etwa für die terroristischen Akte, mit denen in den 1960er Jahren in Norditalien die Abtrennung Südtirols durchgesetzt werden sollte, für die von Ekkehard Weil gemeinsam mit anderen Neonazis in Österreich begangenen Sprengstoffanschläge auf Geschäfts- und Wohnhäuser, die Menschen jüdischer Konfession gehörten, aber auch für den Ende der 1970er Jahre von Peter Naumann und Heinz Lembke in Italien verübten Anschlag auf eine Gedenkstätte, die in der Nähe der Ardeatinischen Höhlen an die Ermordung von 335 zivilen italienischen Geiseln durch die Waffen-SS im März 1944 erinnerte.

Gegen eine neonazistische Gruppierung kam der 1976 neu geschaffene § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) erstmals 1979 im sogenannten Bückeburger Prozess zur Anwendung. Das Verfahren richtete sich gegen die Neonazis Michael Kühnen, Lothar Schulte, Lutz Wegener, Uwe Rohwer, Manfred Börm und Klaus-Dieter Puls. Sie hatten in unterschiedlicher Zusammensetzung seit Ende 1977 durch Überfälle auf Sparkassen und Soldaten Geld und Waffen erbeutet. Die Gruppe plante die Entführung des Ehepaars Beate und Serge Klarsfeld, die Befreiung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess aus dem britischen Militärgefängnis in Berlin-Spandau, Angriffe auf DDR-Grenzanlagen sowie die Zerstörung der KZ-Gedenkstätte in Bergen-Belsen. Bis auf Kühnen und Börm wurden alle Angeklagten auch wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Jenes Verfahren zeigt auch, dass die Beschaffung von Geld und Waffen durch Banküberfälle und Raub im Rechtsterrorismus nicht erst mit dem NSU zu beobachten ist. Konspirative Wohnungen wurden bereits von Manfred Roeder und der *Hepp-Kexel-Gruppe* angemietet.

Bezugspunkte des Rechtsterrorismus

Früher Bezugspunkt des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland war der *Werwolf* – also der von der NS-Führung angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage konzipierte Partisanen- und Kleinkrieg gegen die an allen Fronten vorrückenden alliierten Truppenverbände, aber auch zur Einschüchterung und Bestrafung von Amtsträgern und Bürger*innen, die eine Fortsetzung des Krieges für sinnlos hielten. Für die entsprechenden Formationen war eine 80-seitige Broschüre erarbeitet worden, in der das »Wesen« des Kleinkrieges ebenso erörtert wurde wie Fragen der Aufstellung, der Ausbildung und der Taktik entsprechender Einheiten. Diese Schrift kursierte vielfach in der extremen Rechten der Bundesrepublik, wurde 1970 von der Zeitschrift *Nation Europa* als Sonderheft verbreitet und in den frühen 2000er Jahren von der NPD zum Kauf angeboten.

Neben Schriften, die technische und organisatorische Aspekte in den Mittelpunkt stellten, spielten für die Diskussion und Realisierung extrem rechten Terrorismus insbesondere solche fiktionale und programmatische Schriften eine zentrale Rolle, in denen politische Begründungen für Gewalthandlungen geliefert und strategische Handlungsansätze vorgestellt oder als vorbildlich propagiert wurden. Große Übereinstimmung bestand dabei in der Beschreibung der Lage. Ihr zufolge sei die Vorherrschaft der »weißen Rasse« durch Migrationsbewegungen und »Rassenmischung« bedroht. Dies mache ein sofortiges und entschlossenes Handeln unmittelbar notwendig, auch wenn dies gegenwärtig nur von einer kleinen Minderheit getragen werde. Zur Abwehr der Gefahr sei jedes Mittel recht. Schriften wie *Eine Bewegung in Waffen*, das *White Resistance Manual*, die *Turner Diaries* oder *The Hunter* lesen sich zum Teil wie Blaupausen des rassistischen NSU-Serienmordes – Flucht auf Fahrrädern, Verzicht auf Bekennerschreiben und Organisierung in kleinen Zellen.

Die völkische und sozialdarwinistische Weltanschauung der extremen Rechten, erhebt den »Kampf« zum Lebensprinzip und rechtfertigt Gewalt gegen »Fremde« als instinktives Abwehrverhalten. Rechtsterroristisches Handeln unterliegt in seiner konkreten Umsetzung taktischen und strategischen Überlegungen – soll beispielsweise im Rahmen einer »Strategie der Spannung« eine allgemeine Situation der Unsicherheit erzeugt werden, die den Ruf nach einem »starken Mann« hervorbringt, oder geht es um die Terrorisierung, Einschüchterung und Vertreibung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen?

Im Vergleich zu früheren Phasen des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland ist die gewaltpraktizierende Szene heute um ein Vielfaches größer – und damit auch die Netzwerke, die Rechtsterrorismus ermöglichen. Zugang zu Waffen und Sprengmitteln ist de facto kein Problem; über das Internet ist verschlüsselte Kommunikation möglich. Die seit 2014 sichtbar zunehmende Zahl von Geflüchteten wird als existentielle Bedrohung wahrgenommen. Zwar sieht sich die völkische und nationalistische Rechte durch die Erfolge der AfD und die Machtgewinne nationalistischer und rassistischer Politiker*innen im Ausland in einer historischen Offensivsituation, dies beinhaltet jedoch nicht den Verzicht auf die verschiedenen Gewaltpraxen – sei dies die situativ ausgeübte antisemitische Gewalt, das rassistische Pogrom oder die Verabredung zu rechtsterroristischen Verbrechen.

Aufklärung? Weit davon entfernt!

Die Beweisaufnahme des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestags geht dem Ende entgegen

Paula Tell und Kilian Behrens

Am 12. November wurde im Plenum des Deutschen Bundestags über den Stand der Umsetzungen der Empfehlungen des ersten NSU-Untersuchungsausschusses (2012-2013) debattiert. Anwesend waren nicht einmal zehn Prozent der Abgeordneten. Lang vorbei scheinen die Zeiten, in denen die Forderung nach Aufklärung noch von höchster Stelle, der Kanzlerin persönlich, gestellt wurde. Dabei bleiben zentrale Fragen um die rechtsterroristischen Verbrechen weiter unbeantwortet.

Seit einem Jahr tagt der zweite Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zum NSU. Konnte sich sein Vorgänger-Ausschuss noch der ungeteilten Aufmerksamkeit in Sachen Aufklärung gewiss sein, liegt der öffentliche Fokus derzeit auf dem Verfahren gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Unterstützer vor dem Oberlandesgericht München. Allzu häufig bleibt die Besuchstribüne im Berliner Sitzungssaal leer. Seit sich der Gerichtsprozess erheblich verlangsamt hat und Anträge der Nebenklage zu möglichen UnterstützerInnen und V-Leuten im Umfeld des NSU beinahe en bloc abgelehnt werden, zeigt sich, warum auch dieser Tage eine genaue Beobachtung der PUA in Bund und Ländern geboten ist. Hier bestünde zumindest theoretisch die Möglichkeit, den offenen Fragen jenseits einer viel zu eng gefassten Anklageschrift nachzugehen.

Rückblick und aktueller Stand im PUA des Bundestages

Lang hat es bis zur Konstituierung gedauert. Fast zweieinhalb Jahre wurden verschenkt, bevor die Einsetzung Ende 2015 dann doch beschlossen wurde. Der zeitliche Rahmen war von Beginn an eingeschränkt. Umso unverständlicher, dass viele der Befragungen Wiederholungen gewesen sind. Einige der geladenen Zeug_innen hatten entweder schon vor einem der PUA der Länder oder im Prozess in München ausgesagt.

In den ersten Sitzungen im Frühjahr 2016 ging es zunächst um das Inbrandsetzen der Zwickauer Wohnung des NSU-Kerntrios und den Tod von Mundlos und Böhnhardt in einem Wohnmobil in Eisenach. Um beide Ereignisse ranken sich verschiedene Verschwörungstheorien, die der PUA entkräften wollte. Neue Erkenntnisse gab es nicht, vielmehr wurden die bisherigen Untersuchungsergebnisse bestätigt. Dem Komplex Eisenach widmete der Thüringer PUA insgesamt anderthalb Jahre detaillierter Beweisaufnahme. Eine arbeitsteilige Koordinierung hätte im Bund dazu führen können, mehr Zeit für weniger gut erschlossene Bereiche der Aufklärung zur Verfügung zu haben.

Causa Verfassungsschutz

Im Sommer war dann die Causa Ralf Marschner Thema. Durch journalistische Recherchen war bekannt geworden, dass Marschner alias V-Mann »Primus« in seiner Zwickauer Abrissfirma möglicherweise Uwe Mundlos beschäftigt haben soll. Diese Vermutung wurde in der Vernehmung eines Bauleiters, der beruflich mit Marschner zu tun hatte, bestärkt. Der Verdacht, dass auch Beate Zschäpe für Marschner gearbeitet haben könnte, blieb unbestätigt. Einige Aussagen lassen dies zumindest möglich erscheinen. Im PUA waren verschiedene Personen aus dem Zwickauer Umfeld Marschners geladen. Es zeigte sich zum wiederholten Mal, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gewalttätige Neonazis als Spitzel anwarb, diese über Jahre auf der Gehaltsliste führte und weitgehend unkritisch mit den hier gewonnenen Informationen umging. Marschner selbst hat unterdessen wenig zu befürchten, da er im Ausland lebt und sich so weiteren Nachfragen und Ermittlungen entziehen konnte. Noch im Jahr 2011 schrieb er auf Facebook: »Heil NSU«.

Auch der V-Mann Thomas Richter alias »Corelli« beschäftigte den Ausschuss erneut. Zuvor waren beim Aufräumen eines Panzerschranks im BfV unbekannte Diensthandys und Sim-Karten des ehemaligen Top-Spitzels aufgetaucht. Wesentliche neue Erkenntnisse zu Richter, der bereits im Jahr 2005 seinem V-Mann-Führer eine CD mit der Aufschrift »NSU/NSDAP« übergeben hatte und selbst mit Telefonnummer und Adresse auf einer Kontaktliste des NSU-Kerntrios vermerkt war, förderte der Ausschuss nicht zu Tage. Die Beantwortung der Frage nach dem Wissen der Geheimdienste zum NSU scheitert im aktuellen PUA erneut an der Blockadehaltung der Behörden. Gleichzeitig setzt der Ausschuss bei weitem nicht alles daran, dem effektiv zu begegnen. Die V-Mann-Führer von »Primus« und »Corelli« hätten öffentlich befragt werden müssen. Diese Chance, dem Versprechen nach lückenloser Aufklärung nachzukommen, wurde erneut vertan.

Inhaltlich brisant war die Befragung des BfV-Mitarbeiters mit Tarnnamen Lothar Lingen. Dieser ließ wenige Tage nach Selbstenttarnung des NSU Akten des Verfassungsschutzes zu verschiedenen in Thüringen eingesetzten V-Leuten schreddern. Die Gründe für das Vorgehen blieben lange ungeklärt. Erst durch das öffentlich gewordene Zitat einer bislang unbekannten Aussage Lingens aus dem August 2015 gegenüber dem Bundeskriminalamt wurden Hintergründe bekannt. Lingen hatte damals ausgesagt: »Und da habe ich mir gedacht, wenn [...] die Anzahl unserer Quellen im Bereich THS [Thüringer Heimatschutz, Anm. d. Redaktion] und in



Thüringen nicht bekannt wird, dass dann die Frage, warum das BfV von nichts gewusst hat, vielleicht gar nicht auftaucht.« Erst nach Protesten und öffentlichem Druck ermittelt nun die Kölner Staatsanwaltschaft gegen Lingen, allerdings nicht aufgrund dieser Vernichtung von Akten, sondern wegen einer zweiten Schredderaktion wenige Tage später.

Immer wieder Ausschluss der Öffentlichkeit

Kritikwürdig ist, wie oft und relativ leicht die Öffentlichkeit während der Sitzungen ausgeschlossen wird. Bei bestimmten Fragen, hauptsächlich wenn es die Geheimdienste betrifft, muss die interessierte Öffentlichkeit den Saal verlassen. Damit stehen Quellenschutz und Dienstgeheimnisse weiter über einer lückenlosen, transparenten Aufklärung. Teilweise wurde die Öffentlichkeit auch ausgeschlossen, weil geladene Zeug_innen schlicht darum baten. Die inhaltliche Vorbereitung wird zusätzlich durch die nur sehr kurzfristig erscheinenden Ankündigungen erschwert. Im Gegensatz zu den PUA in den Ländern arbeitet der Bundestagsuntersuchungsausschuss verschiedenste Themenbereiche im Eiltempo ab.

Etliche Leerstellen

Ein wesentliches Thema ist nach wie vor kaum Gegenstand der Betrachtungen: die internationalen Kontakte des NSU, insbesondere zu Blood&Honour-Strukturen. Diesem bislang unterrepräsentierten Thema möchten die Abgeordneten zwar nachgehen, die Zeit hierfür dürfte aber für eine mehr als oberflächliche Betrachtung kaum reichen. Nur am Rande thematisiert wurde die Rolle des Ku Klux Klan. Auch der Frage nach dem Zusammenspiel zwischen Organisierter Kriminalität und Neonazismus wurde bislang nicht ausreichend nachgegangen. Eine weitere Leerstelle bleibt das Einbeziehen der Opferperspektiven. Abgesehen von der Sachverständigenanhörung im Dezember 2015, als die Ombudsfrau der Angehörigen der NSU-Opfer, Barbara John, angehört wurde, finden diese keinen Eingang in die parlamentarische Aufarbeitung. Dabei wären die Perspektiven der Betroffenen zentral, um deutlich zu machen, welche Auswirkungen der Neonaziterror auf der einen und die rassistischen Ermittlungen auf der anderen Seite auf die Opfer und Angehörigen hatten. Befürchtungen, dass die Taten mit rassistischen Motiven im Zusammenhang stehen, sind bei den Betroffenen lange vor 2011 präsent gewesen.

Auch die Existenz von institutionellem Rassismus wird weiterhin in Frage gestellt. So kann der Dortmunder Staatsanwalt Heiko Artkämper auch heute problemlos vor dem PUA zu Protokoll geben, dass das Motiv der Blutrache »im deutschen Moralsystem« nicht vorkomme und so die rassistisch-kriminalisierenden Ermittlungspraxen im Opferumfeld legitimieren. Armin Schuster (CDU) ging unterdessen sogar soweit, den Ausschussmitgliedern der Fraktionen von Grünen und Linken vorzuwerfen, mit diesem »schlimmen Vorwurf« ihre politische Gesinnung vor ihre Verantwortung zu stellen.

Falsche Analysen – unzureichende Konsequenzen

Neben der inhaltlichen Aufklärung erarbeitet der PUA Handlungsempfehlungen für den Bundestag. Das Bekanntwerden des rechten Terrornetzwerkes und das damit deutlich gewordene Komplettversagen deutscher Ermittlungsbehörden hatte, nicht zuletzt aufgrund der Forderungen des ersten PUA, Änderungen der sogenannten Sicherheitsarchitektur zur Folge. Das noch 2011 gegründete Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) ging mittlerweile im Gemeinsamen Extremismus- und Abwehrzentrum (GETZ) auf. Hier soll die angemahnte bessere Kommunikation zwischen Geheimdiensten und Polizeibehörden stattfinden. Federführend sind BfV und BKA. Dabei ging ausgerechnet die Behörde, der auch nach Auffassung der Parlamentarier_innen die Hauptverantwortung für das Nicht-Erkennen des Rechtsterrorismus zukommt, durch Zuwachs an Budget und Befugnissen gestärkt aus dem Skandal hervor: das Bundesamt für Verfassungsschutz. Juristische Konsequenzen auf personeller Ebene gab es bis zum heutigen Tage keine. Das V-Leute-System wird den NSU-Skandal mehr oder weniger unbeschadet überstehen. Dass Geheimdienste nicht demokratisch kontrollierbar sind, dürfte jedoch allen klar sein, die einen der PUA mitverfolgt haben. Auch fünf Jahre nach Bekanntwerden des NSU wird gemauert, wo es nur geht. Immer wieder mussten die Ämter zähneknirschend eingestehen, dass offenbar doch nicht alle relevanten Informationen an die Ausschüsse übersandt wurden.

Das Nicht-Erkennen von institutionellem Rassismus in den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden führte dazu, dass in den Empfehlungen neben Fragen der behördenübergreifenden Zusammenarbeit zwar Schulungsbedarf in Sachen »Fehlerkultur« und »interkultureller Kompetenz« Erwähnung finden, Rassismus jedoch weiter als Fehlverhalten Einzelner bagatellisiert wird. Die

strukturellen Benachteiligungen und Stigmatisierungen der Opferangehörigen sprechen eine andere Sprache. Beide Forderungen dürften fromme Wünsche der Bundesregierung bleiben. Ob Personen, die seit Jahren im Dienst und in ihren rassistischen Vorurteilen gefestigt sind aufgrund entsprechender Schulungen von diesen abweichen, darf bezweifelt werden. Auch dass einzelne Beamte es tatsächlich wagen, Fehler innerhalb des eigenen Kollegiums anzuzeigen und damit Gefahr laufen, als Nestbeschmutzer_innen zu gelten, bleibt unwahrscheinlich. Welch eklatanten Wissenslücken auch heute zum Teil noch bei Ermittler_innen bestehen, zeigte unlängst ein ehemaliges Mitglied der »BAO-Trio« bei einer Befragung im Dezember 2016. In den Turner-Tagebüchern sähe er keine Blaupause für die rechtsterroristischen Verbrechen, weil es da um Morde an »schwarzen Menschen« ginge und der NSU ja »arabisch-stämmige« Menschen ermordet hätte.

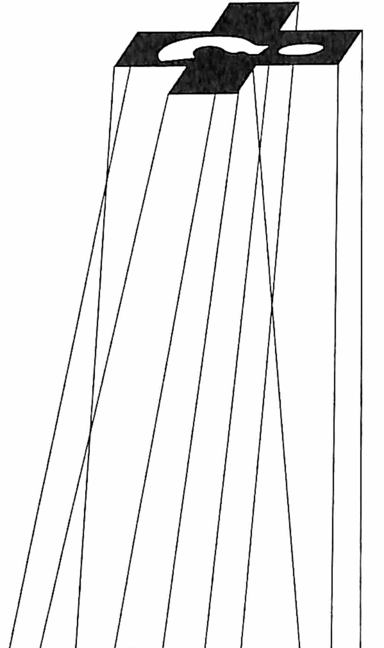
Jede Menge offene Fragen

Ein PUA ist genau wie ein Gerichtsprozess ein oftmals hoch bürokratischer Akt, der sich an Detailfragen abarbeitet. Darüber dürfen jedoch nicht die großen Zusammenhänge und offenen Fragen vergessen werden. Bis heute unbeantwortet ist die Frage der Opferauswahl. Die Forderung der Angehörigen nach Erklärungen, warum gerade ihre Väter, Söhne oder Töchter sterben mussten, gilt nach wie vor. Auch die Frage nach der Rolle der Verfassungsschutzbehörden und dem tatsächlichen Ausmaß der Verstrickung in den rechten Terror ist noch lange nicht abschließend geklärt. Das Unterstützungsnetz des NSU ist bis heute nur ansatzweise aufgedeckt. Gerade an den Tatorten liegt die Vermutung nahe, dass der NSU hier auf Hilfe zählen konnte. Selbst der Ausschussvorsitzende Clemens Binninger (CDU) widerspricht der Lesart der Bundesanwaltschaft vom NSU als Trio mittlerweile offen.
Das kommende Jahr wird einen wichtigen Punkt in der weiteren Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NSU markieren. Das Ende des Gerichtsprozesses in München sowie der PUA im Bund, in Hessen und NRW ist längst absehbar. Damit wird der überwiegende Teil staatlicher Aufklärungsversuche zum Erliegen kommen. Eine kritische Öffentlichkeit, die sich nicht mit der Erzählung einer isolierten Drei-Personen-Zelle abspeisen lassen will, muss nun über neue Wege nachdenken, den Druck weiter aufrecht zu erhalten. Den behördlichen Rassismus endlich ernsthaft zu thematisieren, muss auch weiterhin eine zentrale Forderung bleiben. Im Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschuss wird er mit aller Wahrscheinlichkeit ein weiteres Mal nicht auftauchen. ✖

Mehr Infos

✖ *Dieser Text erschien zuerst im monitor Nr. 76, Dezember 2016. Wir danken NSU-watch für ihre grandiose Arbeit zur Aufklärung des NSU-Komplexes.*
NSU-Watch braucht Spenden. Möglichkeiten zur Spende online unter www.nsu-watch.info/nsu-watch/spenden/





»Mordende Marionetten«

Die Aufarbeitung des NSU-Komplexes und Verschwörungstheorien

Yunus Özak

Vieles deutet darauf hin, dass die These von den drei Einzeltäter*innen des NSU, die über Jahre hinweg unerkannt durch Deutschland zogen und Migrant*innen töteten, so nicht stimmen kann. Eine unglaubliche Anhäufung an Pannen auf Seiten der Staatsorgane, insbesondere des Verfassungsschutzes und der Polizei; ein Unterstützer*innennetzwerk, dessen Mitglieder zum Teil eine Tatwaffe und Sprengstoff besorgt haben sollen, jedoch von deren möglichen Zweck nichts gewusst haben wollen; weitere Ungereimtheiten, die bis heute nur Fragezeichen hinterlassen: Die Sachlage lässt viele Menschen skeptisch werden.

Doch wer diese Zweifel äußert wird nicht selten als Verschwörungstheoretiker*in bezeichnet und seine/ihre Argumente damit abgetan. Ein Vorwurf, der schmerzt. So ist das Bild des/r klassischen Verschwörungstheoretiker*in doch eher das eines Menschen, der seine Informationen von KenFM und aus dem Compact Magazin bekommt und wirre, antisemitische Dinge über den 11. September und eine jüdische/zionistische Weltverschwörung unter Facebook-Kommentare und Youtube-Videos schreibt, kurzum: ein Mensch, mit dem man nichts zu tun haben und nicht in einen Topf geworfen werden will.

Viel Phantasie

Auf den ersten Blick lässt sich der NSU-Komplex mit viel Phantasie jedoch tatsächlich wie der klassische Plot einer Verschwörungstheorie interpretieren: Staatsorgane, insbesondere Geheimdienste wie der Verfassungsschutz, schützen und/oder unterstützen eine konspirative Terrorbande, die Menschen tötet um Angst unter Migrant*innen zu schüren und um einen geheimen Plan zum Umsturz der Gesellschaft hin zu einem nationalsozialistischen Regime zu verwirklichen. Selbst der Abschlussbericht des Thüringer Landtags schließt »bewusstes Hintertreiben« seitens staatlicher Behörden nicht aus.[1]

Auch bei Veranstaltungen zum NSU-Komplex kommt es regelmäßig zu Wortmeldungen aus dem Publikum, die nach den »wahren Hintermännern' fragen. Selbst wenn Referierende einen ganzen Vortrag lang über Rassismus in der extremen Rechten, den Behörden und in der ganzen Gesellschaft sprechen, drehen sich die ersten Wortmeldungen dann doch oft um Gladio, Stay-Behind-Armeen und »tiefen Staat«. Hierin zeigt sich auch der Unterhaltungswert, der von Verschwörungstheorien ausgeht: Mutmaßungen über mögliche Hintermänner und Verstrickungen staatlicher Behörden scheinen für viele anregender zu sein, als die Thematisierung und Analyse von gesellschaftlich verbreitetem Rassismus.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass sich auch handfeste Verschwörungstheoretiker*innen von dem NSU-Komplex angezogen fühlen. Neben den sonst üblichen Blogs und Internetforen, die wie so oft den Mossad und/oder die CIA hinter allem sehen, sei hier zuerst auf Wolf Wetzel als Beispiel verwiesen: Wetzel war in den 1980ern und 1990ern Mitglied der linksautonomen lupus-Gruppe und war bis 2007 Mitglied in der Frankfurter Anti-Nazi-Koordination. Auf der verschwörungstheoretischen Internetseite KENfm.de stellte er sein Buch »Der NSU-VS-Komplex« im Interview mit Ken Jebsen vor. In dem Buch grenzt er sich zwar bewusst von Verschwörungstheorien ab, die hinter dem NSU eine »geheimnisvolle Macht« vermuten und erklärt, dass niemand in eine »Glaskugel« schauen könne, sondern auf Basis der vorliegenden Fakten zu entscheiden sei, welche Version wahrscheinlicher als die Einzeltäter*innentheorie sei. Gleichzeitig ist er aber im Gespräch mit Jebsen mit diesem einig, die NSU-Morde seien über 13 Jahre »von oben« koordiniert[2] worden, und

schreibt darüber hinaus, der bei einer Hausdurchsuchung gefundene Sprengstoff »sollte gefunden werden.«[3] Wer dies veranlasst haben soll, lässt er in seiner typischen Manier offen.
Auch der in den 1990er Jahren mit einigen verschwörungstheoretischen Büchern über Freimaurer und andere »Geheimgesellschaften« sehr erfolgreiche, unter dem Pseudonym Jan van Helsing schreibende, Jan Udo Holey veröffentlichte als Herausgeber ein Buch über den NSU. Der Untertitel »Was die Öffentlichkeit nicht wissen soll...«[4] und die Erwähnung amerikanischer Agenten im Klappentext deuten darauf hin, dass sich Holey nicht von dem rechtsesoterischen Milieu verabschiedet hat.
Eine weitaus größere Bekanntheit erreichte der Bestseller »Die Schützende Hand«[5] von Wolfgang Schorlau. In dieser »Dokufiktion«, wie sie der Autor nennt, vermischen sich tatsächliche Ereignisse und Personen mit Vermutungen, für die es zwar keine Beweise gibt, die aber um so besser ins Weltbild des Autors passen. So sind es am Ende des Buches wieder die altbekannten ausländischen Mächte, die für die NSU-Morde verantwortlich sind.[6]
Die Liste mit Verschwörungstheorien zum NSU ließe sich beliebig fortsetzen. Das Spektrum der Menschen, die ihnen anhängen, reicht von sich als links Verstehenden bis hin zu Neonazis, die daran glauben, ihre Kameraden Mundlos und Böhnhardt haben keinen Selbstmord begangen, sondern seien benutzt und dann ermordet worden. Andere Rechte glauben daran, der NSU sei komplett inszeniert worden um die rechte Szene zu diskreditieren. Hier erfüllen Verschwörungstheorien die Funktion, sich selbst wieder in eine Opferrolle zu begeben. Doch was ist problematisch an diesen Narrativen und wo verläuft die Grenze zwischen wirrer, oft antisemitischer Verschwörungstheorie und der kritischen Infragestellung öffentlicher Verlautbarungen zum NSU?

Lust an der Verschwörung

Eine einheitliche Definition, was denn eine Verschwörungstheorie genau sei, lässt sich nicht ausmachen: Der Diskurs um den Begriff rankt sich um viele Fragen, etwa ob Verschwörungstheorien im Gegensatz zu einer offiziellen Version stehen müssen oder nicht; ob eine Verschwörungstheorie unzutreffend sein muss oder ob Theorien, die sich später als wahr herausstellen sollten (die es in einigen sehr wenigen Fällen tatsächlich gab, Bsp. Celler Loch), immer noch Verschwörungstheorien bleiben; ob der Begriff Theorie überhaupt zutrifft oder ob Ideologie/Hypothese o.ä. nicht passender wäre; etc. Verschiedene Definitionen in der Fachliteratur, die versuchen Verschwörungstheorien in ein bis zwei Sätzen zu definieren, scheitern an den schier unzählbaren Arten ihrer Ausprägungen. Dies erschwert es, im Bereich des NSU angebrachte Kritik von Verschwörungsdenken zu trennen.
Was den meisten Verschwörungstheorien jedoch eigen ist, ist die Annahme einer übersteigerten zentralistischen Machtstruktur: Egal ob Illuminaten, Juden, Freimaurer oder Bilderberger – die Verschwörer*innen sind in der Ideologie der Verschwörungstheoretiker*innen nur eine kleine Minderheit (allzu oft auch in religiöser oder ethnischer Sicht), welche die Masse der Menschen aus den Hinterzimmern heraus kontrolliert, die ihnen, blind für die Wahrheit, folgt. Für den NSU Komplex bedeutet dies, dass die sogenannten Pannen bei den Ermittlungen nur von ganz oben herab befohlen und von einem Netz tausender willfähriger Helfer*innen im Staatsapparat hätten ausgeführt werden können, um die Wahrheit zu verschleiern.
Dass für viele Fehler in den Ermittlungen schlicht der Rassismus in den zuständigen Behörden verantwortlich gewesen sein kann, passt nicht in diese Logik: Bundesweit gingen die für die NSU-Morde zuständigen Ermittler*innen schnell von einem Motiv aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität oder des Drogenhandels aus. Die Verknüpfung von Türke/Kurde/Grieche und Organisierter Kriminalität war für sie so natürlich, dass es nicht einmal Hinweise in den Bereich gebraucht hat. Während also Angehörige der Opfer und migrantische zivilgesellschaftliche Initiativen auf ein mögliches rassistisches Motiv aufmerksam machten und 2006 unter dem Motto »Kein 10. Opfer« demonstrierten, suchten Polizei und Justiz weiter nach der ›Türken-Mafia‹.
Hier lässt sich also ein klarer Unterschied sehen: Während Verschwörungstheorien die Schuld bei einzelnen Vertreter*innen von dunklen Machenschaften suchen, hat eine kritische Infragestellung zur Aufgabe die gesellschaftlichen Ursachen, wie etwa den in Behörden und der gesamten Gesellschaft (der NSU



gründete sich in einem Klima, in dem Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte und Migrant*innen zum Alltag gehörten) verbreiteten Rassismus, zu beleuchten. Es muss zudem festgehalten werden, dass Neonazistrukturen durchaus in der Lage sind, auch ohne die Unterstützung des Staates als Steigbügelhalter, Morde und Terroranschläge durchzuführen. Rechter Terror wie das Oktoberfestattentat, Brandanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte oder fast 200 bekannte rechtsmotivierte Morde in den letzten 25 Jahren beweisen dies. Verschwörungstheorien, die allein oder primär das Wirken des Staatsapparats hinter den NSU-Morden sehen, verkennen damit auch die tatsächliche Gefahr, die von der rechten Szene ausgeht.

Nicht ohne Grund sind den NSU-Komplex betreffende Verschwörungstheorien so verbreitet. Die Schuld anonymen Mächten zuzuschieben oder sogar noch eine Fremdbestimmung Deutschlands von außen zu konstatieren, hält nicht nur das eigene Weltbild vieler Menschen aufrecht, es verspricht auch Entlastung: Missstände zu externalisieren und die Schuldigen außerhalb zu suchen, befreit von der Verantwortung, dagegen etwas zu tun. Da die Verantwortung für Taten bei wenigen, mächtigen Verschwörer*innen liege, bestehe auch keine Handlungsmöglichkeit diesen Zustand zu ändern. Die eigene Verantwortung, den Rassismus in der Gesellschaft zu thematisieren und die gerade besonders aktuelle rechte Mobilisierung zu bekämpfen, wird damit abgelegt.

Tatsachen und offene Fragen

Doch auch die Erkenntnis, dass rassistische Stereotypen die Ermittler*innen davon abhielten in der Mordserie in die richtige Richtung zu ermitteln, kann nicht alle offenen Fragen zu dem Morden des NSU beantworten. Die Existenz einer Reihe von V-Leuten im Umfeld des NSU, die genaue Rolle des Verfassungsschutzbeamten Andreas Temme beim Mord an Halit Yozgat in Kassel, die mehrfache Vernichtung relevanter Akten: All dies kann mit dem strukturellen bis offenen, personellen Rassismus seitens der Ermittlungsbehörden alleine nicht erklärt werden. Doch wie kann und muss nun eine Aufarbeitung der sogenannten Pannen aussehen, ohne sich dabei in Verschwörungsdenken zu verrennen?

Letzten Endes kann es einer an der tatsächlichen Aufklärung des NSU Komplexes orientierten Arbeit nur darum gehen, was auch Wolf Wetzel in Ansätzen als seinen Anspruch beschreibt (an dem er jedoch gleich darauf gnadenlos scheitert): Das Festhalten von Tatsachen einerseits und von Leerstellen bisher ungeklärter Zusammenhänge andererseits, eingebettet in eine kritische Gesellschaftsanalyse, die das Wirken und die Einstellungen von Individuen in den Kontext von in der Gesellschaft verbreiteten Ansichten setzt. Aufgrund dessen muss die Darstellung der Einzeltäter*innentheorie, wie sie etwa im Münchener Prozess vertreten wird, rund um die Morde des NSU kritisch hinterfragt und bei Bedarf angezweifelt werden, ohne gleich von einer alternativen Erklärung überzeugt zu sein, für die es keine Beweise gibt.

Dass auch mal Spekulationen angestellt werden, ist vielleicht auf Grund der Umstände verständlich. Jedoch müssen diese Spekulationen auch immer selbstkritisch hinterfragt werden. Hierfür bedarf es inhaltlichen Abstands zu mit Ressentiment aufgeladenen Verschwörungstheoretiker*innen einerseits, die mit genau diesen unbewiesenen Erklärungen auftreten, sowie zu staatsgläubigen Ideolog*innen andererseits, die es für unmöglich halten, dass deutsche Geheimdienstbeamt*innen nicht die Wahrheit erzählen. ✖

Fußoten

1 *Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags, S.1582*
2 *www.youtube.com/watch?v=urNJ2HxFrUs Min. 25*
3 *Wetzel, Wolf: Der NSU-VS-Komplex, Unrast, 2013, S.31*
4 *Schulze, Jan: NSU – Was die Öffentlichkeit nicht wissen soll, Amadeaus-Verlag, 2013*
5 *Schorlau, Wolfgang: Die Schützende Hand – Denglers achter Fall, Kiepenheuer & Witsch 2015*
6 *Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Schorlaus Buch findet sich auf: www.nsu-watch.info/2016/02/kollateralschaeden-der-weltpolitik-rezension*



Provokation als Marketingstrategie

Die Identitäre Bewegung im Kampf um die Deutungshoheit

Vera Henßler

»Der Naziskandal – Vollpfosten schänden Tor« titelt der »Berliner Kurier am Sonntag« am 28. August 2016. Die B.Z. ist mit dem Aufmacher »Nazis raus, nicht Nazis rauf!« an allen halbwegs belebten Straßenecken der Stadt mit ihren Aufstellern präsent. Was war geschehen? Zwölf Aktivist_innen der »Identitären Bewegung« (IB) waren am Samstagnachmittag Fahnen schwenkend auf das Brandenburger Tor geklettert. Dort befestigten sie ein Transparent mit der Aufschrift »Sichere Grenzen, sichere Zukunft«. Begleitet wurde die Aktion durch Pyrotechnik und eine Person, die das Geschehen filmte. Die äußerst professionell aufgemachten Kurzfilme von den Aktionen der Identitären, die dann im Internet Verbreitung finden, sind ein zentraler Bestandteil ihrer Marketingstrategie. Diese ging auch an diesem sonnigen Augustwochenende auf.

Rechte Retter

Ihre Ursprünge hat die Identitäre Bewegung in Frankreich. Überregional bekannt wurde sie im Oktober 2012, als einige dutzend Personen der Génération Identitaire, der Jugendorganisation des extrem rechten Bloc Identitaire, über mehrere Stunden das Dach einer in Bau befindlichen Moschee in Poitiers besetzten. Dabei entrollten sie einen Banner mit der Zahl 732 und dem Symbol der Bewegung: dem griechischen Lambda auf gelbem Grund. Dieser symbolische Rückbezug auf historische Ereignisse, hier das Jahr 732, spielt bei fast allen Aktionen der Identitären eine wichtige Rolle. Im Jahr 732 hatte Karl Martell in Poitiers, zu Zeiten der islamischen Expansion in Richtung des persischen Reiches und Europa, einen Sieg gegen die Mauren errungen. Diese historischen Chiffren sind die zentrale Legitimationsstrategie für die völkisch-nationalistische Ideologie der Identitären, die sich als Avantgarde im Abwehrkampf gegen den Islam wähnen. Ob die antike Schlacht der Spartaner (denen das Lambda, das Symbol der Identitären Bewegung, entnommen ist) gegen die Perser, Karl Martell, die spanische Reconquista oder die neuzeitliche Belagerung Wiens durch das Osmanische Reich: Der auf historischen Analogien beruhende Verweis auf eine vermeintliche »Islamisierung Europas«, die es einmal mehr zu verhindern gelte, ist offensichtlich.

Der Ruf nach einer »Reconquista« ist längst auch jenseits der Identitären Bewegung äußerst populär. »Europa, Jugend, Reconquista« ist als Sprechchor auf Demonstrationen regelmäßig zu hören. Geprägt wurde er von den Identitären. Was es damit auf sich hat, erklärt Daniel Fiss, ehemals Aktivist der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten und nun für die IB aktiv: »Der Begriff Reconquista (zu deutsch »Rückeroberung«) speist sich aus einer historischen Analogie, die uns als patriotische Jugend in die Erbfolge einer Ahnenreihe stellt, die einmal mehr das Schicksal Europas bestimmen wird und muss.« Es gehe »um eine historische Kontinuitätslinie, die die metaphorische Verteidigungsbereitschaft unserer ethnokulturellen Identität zum Ausdruck bringen soll.«[1] »Ethnokulturelle Identität« – ein zentrales Stichwort neurechten Denkens. Anders als der biologistische Rassismus, der nicht zuletzt aufgrund der Shoa gesellschaftlich geächtet ist, verweist der »Ethnopluralismus« der sogenannten Neuen Rechten als moderne Variante des Rassismus auf vermeintlich homogene Kulturen und Gesellschaften, die durch Veränderungen und »fremde Einflüsse« bedroht sind. Politische Diskontinuitäten und kulturelle Hybridität werden dabei komplett negiert. Das Selbstbild der Identitären kennt keinerlei Brüche. Daraus leitet sich die Argumentation ab, die europäische Identität und Kultur werde durch die »Massenmigration« bedroht und stehe dem Untergang nahe. Nicht zuletzt die Apokalyptik, aus der sich die Selbstermächtigung zum Handeln dieser selbsternannten »letzten Jugend ohne Migrationshintergrund« speist, rückt die Identitären mindestens in die Nähe faschistischer Ideologie: Das Individuum wird dem völkischen Kollektiv kompromisslos untergeordnet und habe diesem zu dienen.

Moderne Verpackung

Über Jahre war die Identitäre Bewegung in Deutschland vor allem im Internet wahrnehmbar. Bis heute sind es immer wieder die gleichen Akteur_innen, die bundesweit für die gut dokumentierten Störaktionen sorgen. Insgesamt kann bisher von wenigen hundert Anhänger_innen in Deutschland ausgegangen werden, die untereinander jedoch gut vernetzt sind: Auf der Aktion am Brandenburger Tor waren neben Berliner_innen auch Aktive aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein dabei. Für die als »Besetzung« der CDU-Bundeszentrale deklarierte Aktion im Dezember 2016, für die sich die Identitären auf dem Bürgersteig vor der Tür des Konrad-Adenauer-Hauses platziert hatten und wenig später von der Polizei geräumt wurden, waren sogar Identitäre aus Österreich angereist.

Apropos Anhängerinnen: Trotz ihres modernen, popkulturellen Auftretens, das den Identitären auch den Beinamen »Ibster« – Identitäre Hipster – eingebracht hat, können sie auch in ihren Inszenierungen nicht über die doch sehr klassischen völkischen Elemente hinwegtäuschen. Besonders deutlich wird dies bei den Identitären aus Bayern oder den »Identitären Mädels und Frauen«. Deren Selbstdarstellung auf Facebook – blond geflochtene Zöpfe, Dirndl, Bergkulissen und Kornfelder – erinnert zum Teil an das Traditionsverständnis völkischer Kreise. Tatsächlich haben auch einige der identitären Akteur_innen einen entsprechenden familiären Hintergrund. Gleichzeitig inszenieren sich die »identitären Mädels« im popkulturellem Chic und getreu einem stereotypen weiblichen Schönheitsideal als gleichberechtigte und kämpferische Aktivistinnen, die den politischen Kampf mit dem Erhalt von Tradition und Familie im Sinne einer treuen Frau und Mutter vereinbaren können. Insgesamt sind es aber die Männer, die das Außenbild prägen. Nicht wenige von ihnen studieren Fächer wie Architektur, Philosophie, Geschichte oder Jura und sind in Burschenschaften organisiert. Einige haben eine Vorgeschichte in neonazistischen Organisationen. Der Wechsel zur IB wurde meist ohne großen Bruch vollzogen.

»Auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland«

Während der Verfassungsschutz mittlerweile auch auf Bundesebene dazu übergegangen ist, die Identitären zu beobachten, haben die rechten Hardliner der AfD den offenen Schulterschluss mit der IB vollzogen. So erklärte die »Patriotische Plattform«, ein Zusammenschluss von AfD-Mitgliedern und Unterstützer_innen um den AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt im Juni 2016: »Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeit zwischen Identitärer Bewegung und AfD und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland.«

Lokal gibt es etliche Überschneidungen zwischen der AfD, insbesondere ihrer Jugendorganisation Junge Alternative, und der Identitären Bewegung. So waren und sind auch in Berlin einige Vorstandsmitglieder der Jungen Alternative ebenfalls für die Identitäre Bewegung aktiv. Ein exemplarisches Beispiel ist Jörg Sobolewski, der 2013 bei einer Störaktion in einer Bezirksverordnetenversammlung auftrat und dem lokalen Fernsehsender RBB unter einem Pseudonym als Vertreter der »Identitären Bewegung« ein Interview gab – und nun im vergangenen Jahr für die AfD zur Abgeordnetenhauswahl kandidierte. Sobolewski scheiterte auf Grund seines unattraktiven Listenplatzes und ist nun im Vorstand der Jungen Alternative aktiv. Es ließen sich noch weitere Beispiele für die personellen Überschneidungen aufzählen.[2]

Dass das Verhältnis der AfD zur neuen Bewegung von rechts zuallererst strategischen Charakter hat, verdeutlicht das jüngst öffentlich gewordene Strategiepapier des Bundesvorstands zum Wahljahr 2017. So wird zwar eine »verbale (sic!) Abgrenzung« vom rechten Rand bei geeigneten Fällen empfohlen, um den Imageschaden zu begrenzen. Allerdings heißt es an anderer Stelle: »Es muss aber nicht jedes Mitwirken individueller AfD-Mitglieder bei in den Mainstream-Medien suspekten Gruppen thematisiert und geahndet werden. Denn längst sind auch Bürger aus der Mitte der Gesellschaft aus Verdruss über die Altparteien bereit, mit unliebsamen Bundesgenossen bei gemeinsamen Themen zusammenzuarbeiten.«

Neurechte Denktraditionen

Aber nicht nur die AfD, auch zentrale rechte Akteure wie Jürgen Elsässer und sein Compact-Magazin sprechen in den höchsten Tönen von den Identitären. Auf der jüngsten Compact-Konferenz in Berlin im November 2016 wurde Martin Sellner, Kopf der Identitären Bewegung aus Österreich, wie ein Star gefeiert. Auch in neurechten Kreisen sind die Identitären bestens vernetzt, so mit dem Publizisten und Verleger Götz Kubitschek, der mit seinem Verlag Antaios den Kanon neurechter Literatur auf den deutschsprachigen Markt bringt. Zu den Büchern, die sich bei Antaios finden lassen, zählen unter anderem literarische Verarbeitungen wie bspw. Jean Raspails »Heerlager der Heiligen«, in denen ein sehr düsteres Szenario der Migration gezeichnet wird und Geflüchtete als entmenschlichte und bedrohliche Masse dargestellt werden. Aktuell wirbt Antaios mit dem ersten Krimi des Verlages. Der Plot: »Eine junge Frau wird von Asylanten zu Tode vergewaltigt.« Auch das Buch »Revolte gegen den großen Austausch« des Franzosen Renaud Camus lässt sich dort erwerben. Unter dem Motto »Der große Austausch«, eine von Camus geprägte Formel, warnen die Identitären vor einem drohenden »Volkstod« – das »Volk« solle ausgetauscht werden. Die Rhetorik offenbart, dass hinter der Asylpolitik ein gezielter Plan vermutet wird – eine Denkfigur, die viele Akteur_innen der völkisch-nationalistischen Bewegung teilen. Auch Bücher identitärer Autor_innen lassen sich bei Antaios finden. In dem Band »Gelassen in den Widerstand« diskutieren Martin Sellner aus Wien und Walter Spatz von der IB aus Deutschland über den Philosophen Martin Heidegger und Elemente seines Denkens, die für die Ziele der Identitären zweckmäßig wären. Dieser Rückgriff auf nutzbare Fragmente von Autoren wie Martin Heidegger, Ernst Jünger oder Oswald Spengler bildet den ideologischen Kanon der Identitären. Dieser ist allerdings mehr ein Teil der Inszenierung als Avantgarde, als dass er tatsächlich kohärente Ideologie darstellt. Entsprechend werden die Ikonen auch auf Postern und T-Shirts im identitären Versandhandel »Phalanx Europa« zum Verkauf geboten – ein wesentlicher Bestandteil des Lebensstils der Identitären.

Kampf um die Deutungshoheit

Das Potenzial der Identitären wurde in neurechten Zirkeln, nicht zuletzt mit Blick auf die weitaus größeren Gruppen in Österreich und vor allem Frankreich, schon vor einigen Jahren diskutiert. Bereits 2012 reiste unter anderem Kubitschek zu einem Identitären Kongress nach Frankreich und kehrte voller Begeisterung zurück. Kubitschek selber hatte schon zuvor mit Störaktionen unter dem Motto »Konservativ-Subversive Aktion« ähnliche Konzepte der inszenierten Provokation für völkische Ideen nutzbar gemacht. Dementsprechend wurde die öffentliche Präsenz der zunächst nur virtuell agierenden Identitären als Zielmarke vorgegeben, um auch in Deutschland langfristig erfolgreich zu sein. Mit ihren Störaktionen in Parteizentralen, bei Theateraufführungen oder zuletzt dem Erklimmen des Brandenburger Tors haben es die Identitären mittlerweile geschafft mit wenigen Aktiven eine breite mediale Resonanz zu erzeugen. Für die Inszenierungen sind die Symboliken wie das Lambda und die redundant vorgetragenen Losungen wie »Der große Austausch«, »Remigration« oder »Reconquista« unverzichtbar: Sie dienen dem Versuch der Identitären, den Diskurs über die Einwanderungspolitik nach rechts zu verschieben. Es ist dieser Kampf um die Deutungshoheit im vorpolitischen Raum, dem sich die Identitäre Bewegung verschrieben hat, und diesen zunehmend erfolgreich führt. Neben den gut dokumentierten Provokationen, ist es auch die Presseberichterstattung, die oft unkritisch Ikonografie und Losungen übernimmt und damit der Medienstrategie der IB auf den Leim geht. Förderlich ist auch der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck und die seit Thilo Sarrazin salonfähige Parole »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«, durch die der Diskurs unermüdlich nach rechts verschoben wird. Und so erntet Sellner auf der Compact-Konferenz einmal mehr Applaus: »Um die Festung Europa aufzubauen, müssen wir zuerst die Festung der Political Correctness einreißen, und zwar Stein für Stein.«

Fußnoten

1 *Nachzulesen unter: www.identitaere-generation.info/reconquista-einst-und-heute*

2 *Zum Weiterlesen: »Das rechte Netzwerk der Berliner AfD« – vom apabiz, online unter: www.blog.schattenbericht.de/2016/09/das-rechte-netzwerk-der-berliner-afd*

Keine weiteren Opfer!

Die Aktionswoche anlässlich des fünften Jahrestags der Enttarnung des NSU

Erin

Angehörige der Ermordeten und Betroffene der Anschläge des NSU-Komplex demonstrierten gemeinsam mit antirassistischen Initiativen in Berlin zum 5. Jahrestag seit dem Auffliegen des NSU-Komplex.
Unter dem Motto »In Gedenken an die Opfer des NSU-Komplex. Rassismus tötet! Konsequenzen jetzt!« hatte das *Aktionsbündnis-Demo-6. November* zu einer bundesweiten Gedenkdemonstration aufgerufen. Sie erinnerten der neun Mordopfer des sogenannten NSU und erklärten ihre Solidarität mit den Betroffenen der Anschläge in Köln. Sie erinnerten, klagten an und klagten ein. Die Demonstration stand in einer Reihe bundesweiter Aktionen anlässlich des fünften Jahrestages der Selbstenttarnung des NSU-Komplex. In Berlin wurde die Aktionswoche »Gedenken und Widerstand« vom Bündnis gegen Rassismus organisiert.
Die caica 1.000 Demonstrationsteilnehmer/innen trugen entschlossen ihre Forderungen auf die Straße: endlich »Konsequenzen« aus dem NSU-Skandal; »Aufklärung!«; »Gerechtigkeit!«; »Entschädigung für die Hinterbliebenen« und »politische sowie personelle Konsequenzen«.

Niemand wird vergessen

Zum Auftakt der Demonstration sprach Elif Kubaşık, die Ehefrau des in Dortmund am 04.04.2006 ermordeten Mehmet Kubaşık, zusammen mit dem sie vertretenden Anwalt der Nebenklage Carsten Ilius.
Frau Kubaşık sprach über die geringe öffentliche Resonanz nach fünf Jahren. Als Familien der Opfer hätten sie allein schon 2006 – vor der Aufdeckung des NSU – größere Demonstrationen organisiert. Bei den beiden Demonstrationen in Dortmund und Kassel 2006 unter dem Motto »Kein 10. Opfer!« nahmen an die 4.000 Menschen teil. Antonia von der Behrens, ebenfalls Nebenklageanwältin im NSU-Prozess, schloss sich in ihrem Statement dieser Einschätzung an. Statt auf den Stand des Prozesses einzugehen, »das kann jeder Nachlesen«, griff sie die Frage auf, »warum auch fünf Jahre nach dem Bekanntwerden des NSU-Komplexes nach wie vor wir es nicht schaffen, größere Demonstrationen zu organisieren.« Dies sei eine »unangenehme Frage an die antirassistische und migrantische Community in Berlin«, »das Problem dahinter heißt Rassismus«, so von der Behrens.
Neben Elif Kubaşık, Osman Taşköprü (Bruder des am 27.6.2001 in Hamburg ermordeten Süleyman Taşköprü) und Betroffene des Nagelbombenanschlags aus der Keupstrasse (Köln am 9.6.2004) unterstützten die Demonstration Ibrahim Arslan, Überlebender des Brandanschlags in Mölln vom 23. November 1992 und die *Initiative Freundeskreis Mölln*, sowie die *Initiative Ramazan Avcı*, der am 21. Dezember 1985 in Hamburg von Nazis ermordet wurde. Ramazan Avcıs Sohn kam nur wenige Wochen nach seinem gewaltsamen Tod auf die Welt. Frau Avcı verdeutlichte in einer Telefonübertragung zur Demonstration, dass sie bis heute keinerlei Unterstützung vom Staat bekommt. Und mit den Worten »Wir leben in Angst«, wies sie auf das Problem hin, das die migrantische Community umtreibt.
Die *Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân*, erinnerte an die nur 22 und 18 Jahre alt gewordenen jungen Männer. Gerade zwei Wochen als »Boat-People« aus Vietnam in Deutschland, wurden sie am 22. August 1980 Opfer eines Brandanschlags auf das Geflüchtetenheim, in dem sie lebten.
Den Mord an Oury Jalloh am 7. Januar 2005 unter Polizeigewahrsam skandalisierte die Initiative *»In Gedenken an Oury Jalloh.«*. Oury Jalloh verbrannte in einer Dessauer Polizeizelle. Die Initiative setzt sich nun seit fast 12 Jahren für die Aufklärung seiner Todesumstände ein und kämpft gegen rassistische und institutionalisierte Gewalt bei Polizei und Ermittlungsbehörden.
Die verschiedenen Initiativen und Betroffenen sendeten ihre besondere Anteilnahme und Grüße an die Mutter Melek Bektaş und ihre Familie. Burak Bektaş ist in Neukölln am 5. April 2012 von einem unbekannten weißen Mann erschossen worden, sein Mord ist unaufgeklärt, zwei seiner Freunde überlebten schwerverletzt. Viele Ungereimtheiten in den Ermittlungen und die Tat an sich lassen einen rassistischen Hintergrund für diesen Mord, möglicherweise auch eine NSU-Nachahmungstat, vermuten. Die Eltern von Burak Bektaş setzen sich seit fast fünf Jahren in Zusammenarbeit mit der *Initiative für die für die Aufklärung des Mordes Burak Bektaş*, die auch Teil des Aktionsbündnisses ist, ein.



Die Witwe des in Berlin (Wedding) von Polizisten getöteten Iraker Hussam Al-S. trug die dramatischen Umstände um den Tod ihres Ehemannes vor, unterstützt von dem Mitarbeiter der KOB Biblap Basu. Aufgrund der Unverhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes im Fall von Hussam Al-S. tut Aufklärung der Todessumstände not. Die Witwe fragte: »Konnte die Polizei nicht anders vorgehen? Musste er sterben, weil er Iraker war?« Der Vater des 6-jährigen Mädchens, das zuvor von einem Mann missbraucht wurde, soll mit einem Messer auf den zuvor von der Polizei festgenommenen und im Polizeiwagen sitzenden Täter losgegangen sein. Ein Zeuge, der die Polizei benachrichtigt habe, berichtete von unverhältnismäßigem Vorgehen der Polizei, weswegen sich rassistisches Vorgehen aufdrängt. Obwohl die Obduktion abgeschlossen sei, werde seitens der Staatsanwaltschaft und Polizei nicht eindeutig Stellung bezogen. Wie viele Schüsse abgefeuert wurden und welche davon den Familienvater Hussam Al-S. trafen ist ungeklärt. Es sollen drei Polizisten geschossen haben.

Gedenken der Kontinuität

Das »Erinnern und Gedenken« macht die Kontinuität rassistischer und faschistischer Morde sowie rechter Gewalt seit den 1980er Jahren in Deutschland deutlich.
Die Demonstration war ein wichtiger Moment für die Selbstorganisation, die von Opferfamilien, Betroffenen und den Initiativen, die mit Betroffenen arbeiten, geleistet wird. Diese gemeinsame Aktion war ein Schulterschluss all derjenigen und denjenigen, die sich gegen rechte, rassistische und faschistische Morde und Gewalt wehren. Seit dem 4.11.2011 sind die Behörden gezwungen, die rassistische Vorverurteilung der Angehörigen der NSU-Mordanschläge zurückzunehmen. Es ist klar geworden, dass in den Institutionen immer noch ein großes Mass an Rassismus steckt. Der Staat hat die Opfer der NSU-Morde und Anschläge und ihre Angehörigen mit rassistischen Vorurteilen, Unterstellungen und Ermittlungen überzogen. Dieser rassistische Terror, die »Bombe nach der Bombe«, wie es eine Überlebende des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße nannte, endete erst nach dem 4.11.2011.

Wie kommt es, dass sich über den NSU-Staatsskandal so wenig empört und öffentlich gesprochen wird?

Zum 5. Jahrestag des Bekanntwerdens des sogenannten NSU gab es keine einzige nennenswerte offizielle Veranstaltung, keine Schweigeminute im Bundestag in Gedenken an die Opfer des NSU oder auch nur ein Gedenkgottesdienst. Die einzige offizielle Veranstaltung, die im weitesten Sinne mit dem Auffliegen des NSU zu tun haben könnte, war das »1. Symposium zum Recht der Nachrichtendienste: Kontrolle – Rechtsschutz – Kooperationen« am 3. und 4. November 2016 in Berlin, veranstaltet durch das Bundesministerium des Inneren. Hier ging es aber nicht um Entschädigung oder Wiedergutmachung für die Angehörigen der vom NSU Ermordeten oder vielleicht auch nur darum, sicher zu stellen, dass sich der NSU oder Naziterror durch andere terroristische Gruppen in Zukunft nicht wiederholt. Sondern es ging um die Erweiterung der Befugnisse für diejenigen, die mitverantwortlich sind für die Mordserie des NSU. Von »lückenloser Aufklärung« keine Spur. Vielmehr werden auch fünf Jahre nach dem Auffliegen des NSU immer mehr Fehler und Unzulänglichkeiten der Behörden bekannt, die noch mehr Fragen aufwerfen.
Das sich wenig seit dem NSU-Staatsskandal geändert hat, bekamen die Organisator*innen während der gesamten Demonstration durch die Polizei zu spüren. Die Demo sollte möglichst nicht sichtbar sein und nicht den Verkehr aufhalten. Um so wichtiger ist es im öffentlichen Raum ein Zeichen zu setzen.
Es zeigte sich, wie wichtig Erinnern, Gedenken und Anklagen für die Angehörigen und Betroffenen ist. Einen Gedenkort zu haben. Ihr Leid zu teilen. Gehört zu werden. Genugtuung zu erlangen. Entschädigung zu erhalten. Dass Konsequenzen gezogen werden.



FLUCHT UND ASYL

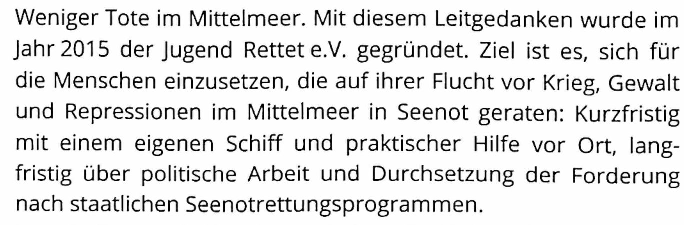
Ein Jahr Seenotrettung

Das Mittelmeer bleibt Symbol unmenschlicher Asylpolitik

Sophie Tadeus



Foto © Jugend Rettet / Jule Müller



Weniger Tote im Mittelmeer. Mit diesem Leitgedanken wurde im Jahr 2015 der Jugend Rettet e.V. gegründet. Ziel ist es, sich für die Menschen einzusetzen, die auf ihrer Flucht vor Krieg, Gewalt und Repressionen im Mittelmeer in Seenot geraten: Kurzfristig mit einem eigenen Schiff und praktischer Hilfe vor Ort, langfristig über politische Arbeit und Durchsetzung der Forderung nach staatlichen Seenotrettungsprogrammen.

Innerhalb eines halben Jahres haben die Aktiven des Vereins mit Hilfe eines großen Unterstützer_innennetzwerks Geld für den Erwerb und die Ausstattung eines Schiffes sammeln können. Die IUVENTA (lat. »Jugend«) wurde gekauft, umgebaut und für die Seenotrettungseinsätze bereit gemacht. Ab Juli 2016 war sie auf der zentralen Mittelmeerroute nahe den libyschen Hoheitsgewässern unterwegs. Die Crews der IUVENTA konnten im ersten Jahr ihres Einsatzes 6.526 Menschen aus Seenot retten. Gleichzeitig wuchs das europaweite Unterstützer_innennetzwerk: Über 60 junge Erwachsene vertreten als »Botschafter_innen« mittlerweile das Projekt in ihrer jeweiligen Stadt und bilden die Basis für politische Arbeit. Gemeinsam fordern sie die Verwirklichung des geltenden Menschenrechts auf Leben und Sicherheit auf dem Mittelmeer durch die Einführung staatlicher Seenotrettungsprogramme.



Ehrenamt – dauerhafter Lückenfüller?

Auf dem Mittelmeer wird das politische Versagen der EU bezüglich der aktuellen Fluchtbewegung nach Europa nur allzu deutlich. Aber nicht nur hier: Überall in Europa wurden und werden politische Debatten, Fragen nach Fluchtursachen, nach der Herkunft, der Religion oder nach der Rechtmäßigkeit des Aufenthaltsstatus über Menschenleben gestellt. Die staatlichen Lücken, wie die Rettung aus Lebensgefahr, die medizinischen Versorgung von flüchtenden Menschen, das Bereitstellen von Lebensmitteln, Kleidung oder Sprachkursen, werden zunehmend von Privatpersonen gefüllt. Gerade im Jahr 2015 wurden viele Initiativen gegründet, um den politischen Versäumnissen in der Asylpolitik entgegenzuwirken.

Was zu Beginn wie eine vorübergehende Notlösung wirkte, verfestigt sich zunehmend: Die damals gegründeten Initiativen werden professioneller und institutionalisieren sich. Aufgaben wie die elementare Versorgung von Menschen oder die Durchsetzung

von Menschenrechten scheinen langfristig an die Zivilgesellschaft abgetreten worden zu sein. Und das dazugehörige Schulterklopfen und Loben des ehrenamtlichen Engagements würde vielleicht nicht ganz so bitter schmecken, wenn nicht gleichzeitig die politischen Maßnahmen seitens der Bundesregierung und der EU diametral den Idealen der vielen Aktivist_innen gegenüberstehen würden.

Mehr Frontex, mehr Libyen, mehr Abschottung

Denn während man sich gerne mit dem steigenden sozialen Engagement im eigenen Land schmückt, wird alles dafür getan, die letzten Fluchtrouten nach Europa zu schließen. So hat die EU bereits Ende 2016 das Mandat ausgeweitet um eine massive Förderungen und Erweiterung der Handlungsbefugnisse der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sicher zu stellen. Sie wird materiell mit einem Ausrüstungspool und personell mit mindestens 1500 zusätzlichen Grenzschutzbeamt_innen aufgerüstet. Zudem soll die Kooperation mit der Polizei und dem Zoll der betroffenen Mitgliedsländern an der EU-Außengrenze, aber auch mit der europäischen Polizeibehörde Europol, verbessert werden, um sich direkt an den Abschiebungen beteiligen und diese fördern zu können.

Neben den Maßnahmen innerhalb der EU wird auf zuverlässige außereuropäische Kooperationspartner gesetzt. Entsprechend haben 28 EU-Regierungschef_innen beim EU-Gipfel auf Malta im Februar 2017 einen 10-Punkte-Plan verabschiedet, um in enger Kooperation mit dem Bürgerkriegsland Libyen die »irregulären Migrationsströme« von dort nach Italien einzudämmen.

Unter anderem sieht das Programm vor, durch bereits laufende EU-Ausbildungsprogramme, den libyschen Küstenschutz zu verstärken und besser auszurüsten. Wie unübersichtlich die personelle Zusammenstellung der libyschen Küstenwache und damit unberechenbar ihr Handeln ist, zeigten bereits die Angriffe auf mehrere NGOs im Jahr 2016: Im August 2016 wurde das Schiff der Organisation Ärzte ohne Grenzen beschossen, und im Oktober intervenierte eine der libyschen Küstenwache angehörige Einheit gewaltsam während einer Rettungsaktion der Organisation Sea-Watch und verursachte dadurch den Tod von mindestens 30 Flüchtenden[1].

Die Kooperation strebt zudem den Ausbau von Aufnahmezentren in Libyen an, um die aus dem Mittelmeer geretteten Flüchtenden dorthin zurückzubringen. Erst im Januar hat das Auswärtige Amt die Situation von Geflüchteten in Libyen stark kritisiert. Hier heißt es über sogenannte »Privatgefängnisse«: »Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung« und »Augenzeugen sprachen von exakt fünf Erschießungen wöchentlich in einem Gefängnis – mit Ankündigung und jeweils freitags, um Raum für Neuankömmlinge zu schaffen, d.h. den menschlichen ›Durchsatz‹ und damit den Profit der Betreiber zu erhöhen«[2]. Die aus Seenot geretteten würden aus der Obhut der EU erneut einer gefährlichen Situation ausgesetzt und die Milizen und Schlepper vor Ort direkte Unterstützung durch die EU erhalten. Aufgrund dieser Ausgangslage und der instabilen politischen und rechtlichen Situation in Libyen ist es blanker Zynismus »angemessene Aufnahmeeinrichtungen« etablieren zu wollen.

Weniger Tote im Mittelmeer

Angesichts dieser Entwicklungen könnte dieser Leitgedanke von *Jugend rettet* vielleicht bald wahr werden. Wenn weniger Menschen über das Mittelmeer fliehen können, dann minimiert das auch das Sterben im Mittelmeer. Die Menschen würden stattdessen in menschenunwürdige Aufnahmeeinrichtungen gebracht und dort mutmaßlich Gewalt, Folter bis hin zum Tod erleiden. Damit würde sich die europäische Politik von den Bildern der Toten im Mittelmeer befreien und ein Problem mehr in die Peripherie verlagern. Ob die Flucht über das Mittelmeer tatsächlich ein Ende finden wird, ist bislang nicht abzusehen. Daher bleibt Seenotrettung weiterhin eine wichtige Aufgabe. Die politischen Entwicklungen könnten aber bedeuten das Programm von *Jugend rettet* auszudehnen: Weniger Tote überall, ob im Mittelmeer oder in der Sahara, der Ägäis oder dem Balkan. ⌘

Fußnoten

1 *Siehe auch: »EU-Training für libysche Küstenwache: Menschenrechte über Bord« – Pro Asyl News vom 31.10.16*

2 *»Bericht über Libyen. Auswärtiges Amt sieht ›KZ-ähnliche Verhältnisse‹« – Spiegel Online vom 29.01.17*

Achtung Kontrolle!

Rechtliche Verschlechterung der Situation Asylsuchender und Geflüchteter

Jana Krtek

Im Zuge des »Sommers der Geflüchteten« wurden Gesetzesverschlechterungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht beschlossen. Während eine Vielzahl von Menschen die ankommenden Geflüchteten unterstützten, haben Politiker_innen der regierenden Parteien in Bund und Ländern die Uhr zurückgedreht. Mit der Novelle des Aufenthaltsrechts im Juli 2015 und den Änderungen im Asylrecht im Oktober 2015 sowie dem Inkrafttreten eines weiteren Gesetzespakets im März 2016 wurde der Rechtsstatus Geflüchteter und Asylsuchender verschlechtert.

Welche Änderungen?

Die Verschlechterung des rechtlichen Status von Asylsuchenden wurde bereits im Sommer 2014 eingeleitet – in dem Moment als die Zahl der Flüchtenden anstieg, die in der BRD einen Antrag auf Asyl stellten. Der damalige Kompromiss, der im Bundesrat zwischen Grünen und den SPD/CDU regierten Ländern und der Bundesregierung verhandelt wurde, sah vor, dass auf der einen Seite die westlichen Balkanstaaten zu sogenannten sicheren Drittländern erklärt wurden. Dies traf insbesondere Roma, die in diesen Staaten regelmäßig bei Bildungs- und Arbeitsmarktzugang sowie Wohnungssuche diskriminiert werden. Auf der Anderen Seite wurde im Gegenzug die Residenzpflicht gelockert.

Im Juli 2015 wurde das »Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung« verabschiedet, welches am 1. August in Kraft trat. Es erleichtert die Abschiebung straffällig gewordener nichtdeutscher nicht-EU-Staatsbürger mit der Begründung eines »Ausweisungsinteresses«. Dies kann auch politisch Engagierte – aber den deutschen außen- oder innenpolitischen Interessen zuwiderlaufendes politisches Engagements – treffen. Zudem wurden die Gründe für eine Abschiebehaft erweitert. Das gleiche Gesetzespaket sah zudem eine Bleibeperspektive für langjährig Geduldete vor.[1]

Die sogenannten Asylpakete I und II folgten im Oktober 2015 und im März 2016. Das Asylpaket I schreibt vor, dass Asylbewerber sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben müssen und währenddessen nicht arbeiten dürfen. Zudem sollen die Geflüchteten nun wieder Waren und Lebensmittel statt Bargeld erhalten und Leistungen können in bestimmten Fällen gekürzt werden. Zudem wird die Dauer der Residenzpflicht auf sechs Monate verlängert, wodurch die Verbesserungen, die ein Jahr zuvor erzielt worden sind, wieder zurückgenommen wurden. Mit der Erklärung Albaniens, des Kosovos und Montenegros zu sicheren Herkunftsstaaten, soll das Asylverfahren beschleunigt werden. Abschiebungen erfolgen nun ohne Vorankündigung. Doch zugleich erhalten Geflüchtete schneller Bafög und die Möglichkeit auf ein eigens Konto. Integrationskurse sollen nun auch für Asylbewerber_innen mit Aussicht auf Anerkennung geöffnet werden. Laut Bundesagentur für Arbeit gilt dies aber tatsächlich nur für Flüchtlinge aus Eritrea, Irak, Iran und Syrien – und die Zahl der Kursplätze wird auch nicht entsprechend erhöht.

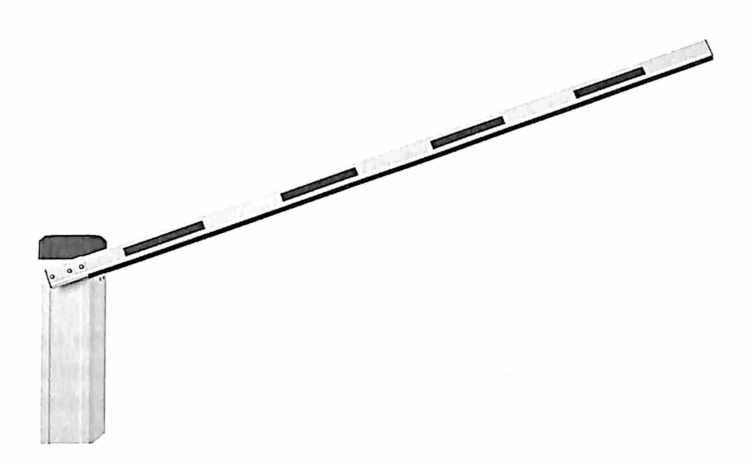
Gleich im Anschluss wurde das Asylpaket II vorbereitet. In der Diskussion war die Einstufung Tunesiens, Marokkos und Algeriens als sichere Herkunftsstaaten. Dies wurde aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat durch das Innenministerium nicht weiter verfolgt.[2] Dafür sieht das Gesetz für bestimmte Gruppen nun ein beschleunigtes Verfahren in den Erstaufnahmeeinrichtungen vor, welches innerhalb einer Woche über deren Anspruch entscheiden soll. Dies gilt insbesondere für die große Zahl von Geflüchteten, die ohne gültige Reisedokumente in der BRD ankommen. Damit wird das Schnellverfahren von der Ausnahme zur Regel. Darüber hinaus können Antragsteller_innen vom Verfahren ausgeschlossen werden, z.B. bei Verstößen gegen die Residenzpflicht, selbst wenn die Bewilligungsgründe vorliegen. Das Gesetz verbietet den Familiennachzug und dehnt dies auf zwei Jahre aus, selbst für unbegleitete Minderjährige. Nur lebensbedrohlich Kranke sind künftig vor einer Abschiebung geschützt. Andere Hindernisse für Abschiebungen (psychologische Gutachten, posttraumatische Belastungsstörungen) werden nicht mehr anerkannt.

Diese Änderungen folgen keiner einheitlichen Linie. Schnellverfahren für bestimmte Gruppen und sichere Drittstaaten werden politisch bestimmt, statt anhand der Situation in den Herkunftsländern und den Gefahren für die Flüchtenden. Zugleich werden weiterhin Entscheidungen in Asylverfahren auf Jahre hinaus verzögert. Integration soll gefördert werden, doch zugleich werden die Bleibeperspektiven auch für diejenigen eingeschränkt, die sich »erfolgreich integriert« haben.

Schneller, weiter, schlechter

Angesichts der Zahl von Schutzsuchenden wird die Gesetzeslage verschärft. Es wird auf Abschreckung gesetzt. Gesetze werden geopfert, um die Zahl an Schutzsuchenden einzuschränken. Quantität schlägt in Qualität um, Gesetze werden an der Zahl der Flüchtenden ausgerichtet. Schlagende Beispiele sind die Äußerungen und Vorschläge zu einer Obergrenze für Asylsuchende, die die CSU immer noch als allein selig machend anpreist.

Die beschlossenen Beschränkungen der Residenzpflicht und des Familiennachzugs sowie Kürzungen im Leistungsbereich gehen



zu Lasten der Geflüchteten. Einsparungen, wie man sie unter dem Eindruck klammer Kassen auf Länder- und kommunale Ebene erwarten könnte, bestünden im Abbau von Verwaltungshandeln und Abschaffung von teuren Sachleistungen und Heimunterbringung. An der anhaltenden mangelnden Sach- und Personalausstattung, an mangelhaftem Management sowie fehlenden angemessenen Konzepten der Unterbringung auf kommunaler und Länderebene ändern die Gesetzespakete der letzten Jahre nichts. Stattdessen soll die Lösung in der Beschleunigung des Asylverfahrens liegen. Für diesen Ansatz stand die Übernahme der Leitung des BAMF durch den amtierenden Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Frank-Jürgen Weise. Es wurden neue Stellen geschaffen und nach Möglichkeiten der Verkürzung des Asylverfahrens gesucht. So wurden die Schnellverfahren zur verkürzten Überprüfung von Asylanträgen ausgedehnt. Damit wird für eine Vielzahl von Antragstellenden eine neue Hürde errichtet eine angemessene Einzelfallprüfung durchzusetzen. Zudem erhalten eine Vielzahl von Bürgerkriegsgeflüchteten aus Syrien, Eritrea, Irak oder Afghanistan – mittlerweile systematisch – einen subsidiären Schutzstatus nach § 4, Abs. 1 AsylG,[3] der nur eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr (bzw. danach zwei Jahre) statt drei Jahre mit sich bringt und den Zeitraum bis zur Erlangung einer Niederlassungserlaubnis auf fünf Jahre verlängert.

Druck nach rechts

Der Bundesinnenminister de Maizière erträumt sich nun angesichts der desolaten administrativen Lage einen Zuwachs an Kompetenzen gegenüber den Ländern sowie weitere besondere Abschiebezentren. Zeitgleich verbindet er im Zuge des Anschlags auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin im Dezember 2016, Flüchtlingspolitik mit der Einschränkung von Freiheitsrechten und Ausdehnung der Überwachung im öffentlichen Raum. Ein Motiv für die politische Agenda auch in der Flüchtlingspolitik ist der Druck von rechts. Parteien wie AfD, NPD und CSU präsentieren sich als Gegner der Flüchtenden und als angebliches Sprachrohr derjenigen, die Angst vor Fremden haben. Basis solcher Forderungen und Ängste sind rassistische Motive. AfD-Vorsitzende fordern »Flüchtlinge« zu erschießen oder CSU-Funktionäre schwadronieren von »Asylurlaubern« oder »fußballspielenden, ministrierenden Senegalesen«.

Nach dem Anschlag vom Dezember 2016 in Berlin, bei dem zwölf Menschen starben, wurden Sicherheits- und Flüchtlingspolitik auf eine Weise verbunden, die weder das eine noch das andere ist.[4] So wurde die Sicherheitsüberprüfung sowie eine weitere Ausdehnung der Abschiebehaft ins Gespräch gebracht. Wie ein blinder Reflex, wurde dies ohne Kenntnis des konkreten Sachverhalts in die Debatte geworfen. Tatsächlich haben die Polizeien und der Verfassungsschutz in diesem Fall versagt.[5] Doch der Generalverdacht gegen alle Flüchtlinge ist in der Öffentlichkeit. Während dessen werden weitere Brandanschläge auf Unterkünfte Geflüchteter begangen.

Die verabschiedeten Asylgesetze widersprechen sich, es sind Änderungen vorhergehender Änderungen, sie sind das Ergebnis von Verhandlungen und politischen Konjunkturen. Die sicherheitspolitischen Maßnahmen, die Geflüchtete diskriminieren, stehen mit den Forderungen nach Integration von Geflüchteten in Konflikt. Der inhumane Umgang mit Geflüchteten hat nichts mit einer Verbesserung der Sicherheitslage zu schaffen. Die Politik setzt auf Abschreckung.

Geflüchtete hingegen verfügen bislang nur über prekäre politische Möglichkeiten und ihre Interessen sind nur marginal in Verbänden und Parteien verankert. Dass die politischen Forderungen nach Abschaffung der Residenzpflicht, dauerhafte Bleibeperspektiven und ausreichende soziale Absicherung nicht durchgesetzt werden konnten, deutet auch auf eine Schwäche der politischen Bewegungen und Organisationen vor Ort hin, die Flüchtlingspolitik zu ihrem Anliegen machen. Solange Flüchtlingspolitik unter der Maßgabe anderer Politikbereiche zu stehen scheint: Terrorabwehr, Entwicklungs-, Haushalts-, Arbeitsmarktpolitik etc., wird dies auch so bleiben. Eine erste Maßnahme in die Richtung einer eigenständigen und humanen Flüchtlingspolitik könnte die Herauslösung des BAMF aus der Zuständigkeit des Innenministeriums sein. ✖

Fußnoten

1. *Diese Perspektive wurde im März 2016 durch das Asylpaket II eingeschränkt, da dieses die Abschiebung auch langjährig Geduldeter ermöglicht.*
2. *Als sichere Herkunftsstaaten gelten momentan Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien.*
3. *Dieser Anteil von Entscheidungen ist im Vergleich zu den Vorjahren in 2016 überproportional gestiegen. Im Januar 2016 lag dieser Anteil noch bei 0,1 % im Oktober bereits bei 66 %.*
4. *Ähnlich wie im Fall der Silvesternacht in Köln 2015/2016 (s. ZAG 72).*
5. *Siehe die Chronologie »Behördenhandeln um die Person des Attentäters vom Breitscheidplatz Anis Amri« auf den Seiten des Ministeriums der Justiz www.bmjv.de.*

Türkeistämmige Community in Deutschland

Türkischer Staat missbraucht die türkeistämmigen Migranten[1] als fünfte Kolonne

Garip, Aktivist bei Allmende e.V.

Bereits seit mehr als einem halben Jahrhundert leben türkeistämmige Menschen hier in Almanya. Ursprünglich als Gastarbeiter angeworben, leben mittlerweile ca. 2,9 Millionen türkeistämmige Menschen in der vierten Generation in Deutschland. Weniger als die Hälfte von ihnen hat (auch) den deutschen Pass. Fast die Hälfte von ihnen ist in Deutschland geboren. Seit 2006 kehren mehr »Deutschtürken« in die Türkei zurück, als Türkeistämmige nach Deutschland kommen.[2] Dies dürfte sich aufgrund der aktuellen politisch unerträglichen Zustände in der Türkei wieder umkehren.
Unter dem Begriff »türkeistämmig« sind nicht nur Türken sondern auch Kurden, Zaza, Lasen, Tscherkessen und weitere kleinere Ethnien, wie zum Beispiel die christlichen Minderheiten der Armenier und Aramäer zu verstehen.[3] Die Kurdische Gemeinde Deutschland z.B. zählt in Deutschland eine Million Kurden.[4] Diese Zahl ist u.a. aufgrund der kurdischen Geflüchteten aus Syrien um 15 % angestiegen. Vier Prozent[5] der Gesamtbevölkerung in Deutschland mit einem Bezug zur/zu Türkei/Nordkurdistan sind seit Generationen sozial, familiär oder beruflich in der BRD verwurzelt.

Irrationale Tagesordnung

Dieser Bezug tritt teilweise irrational in Erscheinung. Neben den Beziehungen zu Verwandten, Hab und Gut und ihrer persönlichen Geschichte in der Türkei, führen Diskriminierung und Rassismus in Deutschland dazu, dass viele resigniert ihre Aufmerksamkeit eher der Entwicklung in der Türkei widmen. Daher favorisieren selbst Jugendliche, die hier aufgewachsen sind, eher eine Fußballmannschaft der Süperlig als eine der Bundesliga. Auf der politischen Ebene folgt daraus oft eine Anklammerung an religiös-nationalistische Identitäten, was durch den türkischen Staat gefördert wird.
Auch die »türkisch«/kurdische Linke widmet sich, v.a. seit dem Gezi-Aufstand im Juni 2013, intensiver denn je der polarisierenden Entwicklung in der Türkei. Und leider bleibt dabei das Engagement für gleiche Rechte und gegen Rassismus in Form von unabhängiger, selbstbestimmter und emanzipatorische Organisierung der Migranten in Deutschland mehr oder weniger auf der Strecke.

Institutioneller Einfluss des türkischen Staates

Die Herrschenden in der Türkei haben die »Türken« im Ausland eh und je als Devisenbringer und ihre fünfte Kolonne betrachtet. Offiziell oder inoffiziell sind mehrere Einrichtungen in Deutschland für den Einfluss türkischen Politik tätig, so das Präsidium für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften (YTATB). Eine dem türkischen Ministerpräsidentenamt nachgeordnete Verwaltungsbehörde, in der türkische Dachverbände im »Ausland« mit den verschiedenen türkischen Ministerien und staatlichen Institutionen zusammensitzen.

Einen direkten Einfluss auf die Kinder und an Schulen übt der türkische Staat über die staatlichen türkischen Lehrer im Auftrag des Konsulats aus. In Berlin unterrichten sie an 150 Schulen. Eine Steigerung um 50 Prozent gegenüber 2007.[6] Nachdem in der Türkei seit dem gescheiterten Militärputsch Mitte Juli 2016 zehntausende Lehrer gegen Erdogan-treue Kräfte ausgetauscht wurden, ist auch eine Säuberung unter den hierzulande tätigen Lehrern zu befürchten.
Auf religiöser Ebene arbeitet die DITIB (Diyanet Işleri Türk-İslam Birliği, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.), der deutsche Ableger der türkischen Religionsbehörde, im Auftrag des türkischen Staates. In der letzten Zeit häufen sich Berichte, dass dieser Dachverband mit etwa 900 Moscheen in Deutschland in Deutschland lebende Türkeistämmige bespitzelt und denunziert. Als Folge hiervon wurde der Vorstand der Sehitlik-Moschee in Berlin-Neukölln auf Weisung des türkischen Generalkonsulats ausgetauscht. Die türkische Zeitung »Cumhuriyet« enthüllte, dass es seit September 2016 eine Anweisung der türkischen Religionsbehörde an Mitarbeiter im Ausland gebe, Informationen über Lehrer und Kulturvereinsvorstände zu liefern. Die Behörden wollen wissen, wer womöglich Anhänger des Predigers Fethullah Gülen sein könnte.[7] Daraufhin forderte der Grüne Volker Beck den Generalbundesanwalt auf, wegen der mutmaßlichen Ausspähung türkischer Regimegegner in Deutschland durch die DITIB-Imame zu ermitteln.[8]

Gewalttätige Auseinandersetzungen

Gewalttätige Auseinandersetzungen auf den Straßen Deutschlands spiegeln die Eskalation in der Türkei und Nordkurdistan wider. Gewalt zwischen Türkischstämmigen tritt vor allem dann auf, wenn versucht wird, die Kurdenfrage, die mal unter der AKP-Regierungszeit friedlich angegangen wurde, mit blutigen und militärischen Mitteln zu lösen. Erdogan hat den angekündigten Friedensprozess abrupt und eigenmächtig für beendet erklärt und den kurdischen Städten (Cizre, Nusaybin, Amed, Sirnak ...) faktisch den Krieg erklärt. Im Zuge dessen kriminalisierte er die prokurdische-linksgerichtete HDP (Demokratische Partei der Völker, drittstärkste Partei im türkischen Parlament) und ruft seine fanatischen Anhänger zum gewalttätigen Vorgehen gegen linke und kurdische Einrichtungen und Personen auf. Die diversen nationalistischen, rassistischen und islamistisch geprägten Gruppierungen[9] greifen Linke und vor allem Kurden in der Türkei durch Brandanschläge, Lynchjustiz und verwüsten Vereinsräume und Parteibüros. Ebenso gewalttätig treten ihre Ableger auch in Deutschland auf.
Vor allem am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg kommt es im Rahmen von Demonstrationen immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die türkischen nationalistischen Gruppen wollen sich durch Demos unter dem Motto »Nieder mit dem

Terror« (gemeint ist die PKK) in der Öffentlichkeit eine gewisse Legitimität verschaffen. Im Grunde wollen sie aber Angst und Schrecken verbreiten. So wurde eine nationalistisch-türkische Rockergruppe namens Turkos gegründet, um Kurden Angst zu machen.[10] In Berlin-Kreuzberg kam es zu Anschlägen gegen HDP-Wahlbüros und ihre Infostände.

Nationalistisch bis rassistische Töne

Die Massenmobilisierung unter den türkisch-islamisch geprägten Menschen in Deutschland und in Berlin hält sich trotz der massiven Propaganda der türkischen Medien und Institutionen in Deutschland in Grenzen. Während gut zwei Wochen nach dem Putschversuch in der Türkei 40.000 Menschen zu der u.a. von der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) organisierten Pro-Erdogan-Kundgebung unter dem demagogischen Motto »Ja zur Demokratie – Nein zum Staatsstreich« in Köln kamen, haben sich zu der Kundgebung unter dem Motto »Gegen den Terror«, am Brandenburger Tor Mitte November 2016 nur 500 Fahnen schwenkende Menschen zusammengefunden.[11] Die Argumentation, mit der sich Teile der türkeistämmigen Migranten rechthaberisch auf der Seite der türkischen Regierung wähnen, geht auf die Demagogie zurück, dass der Westen, v.a. Deutschland und Belgien, die türkeifeindlichen Terrorgruppen beherbergen und antitürkische Positionen vertreten würden. Diese Propaganda entlud sich in den aggressiven und bedrohlichen Reaktion auf die Armenien-Resolution des Bundestages: Türkeistämmige Abgeordnete der Bundestagsparteien wurden rassistisch diffamiert und bedroht. Rückendeckung bekamen sie von höchster Stelle: Erdogan hetzte gegen die Befürworter der Resolution und verlangte von den türkeistämmigen Abgeordneten einen Bluttest. Der so offen rassistisch agierende türkische Staatspräsident tritt auf Massenveranstaltungen als Kämpfer gegen die Assimilation von Türken in Deutschland auf.

Nein zum diktatorischen Präsidialsystem in der Türkei und anderswo

Nun geht die asymmetrische Auseinandersetzung um das Präsidialsystem und damit die politische Spaltung innerhalb der Türkei – und damit wiederum auch unter den türkeistämmigen Migranten in Deutschland – in die letzte Phase. Denn im April 2017 steht ein Referendum über die Verfassungsänderung hin zu einer Alleinregierung des Präsidenten, die schon durch das türkische Parlament durchgepeitscht wurde, zur Abstimmung an. Auch hierzulande mobilisieren Linke, Kurden und Aleviten für ein »Nein« zur diktatorischen Herrschaft. Bundesweit wie berlinweit stehen z.B. die Nein-Kampagnen der Haziran-Bewegung und der HDP in den Startlöchern.

Deutschland deckt das diktatorische Regime in der Türkei

Selbst wenn die Öffentlichkeit in Deutschland, von den Konservativen bis zu den Linken aus unterschiedlichen Beweggründen, die massiven Repressionen gegen Unliebsame in der Türkei kritisch bewertet, legitimiert die deutsche Regierung letztendlich die Herrschaft von Erdogan, in dem sie die wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit mit dem NATO-Land Türkei und den beschämenden Flüchtlingsdeal fortsetzt.

Schlussendlich muss daher der Heuchelei, Ausgrenzung und Kriminalisierung durch beide Staaten, die jeweils in unterschiedlicher Intensität und an unterschiedlichen Gruppen betrieben wird, eine Absage erteilt werden. Wir appellieren an den gesunden Menschenverstand der türkeistämmigen (und anderer) Menschen: Lasst euch nicht vereinnahmen durch die menschenverachtende Politik eines Landes fern eurer Lebensrealität und setzt euch vor allem für eure Belange im Sinne eines gleichberechtigten und würdevollen Lebens in Deutschland ohne Rassismus jeglicher Art ein. ✖

Mehr Infos

- *Allmende ist Teil der migrantischen Selbstorganisierung und bemüht sich konsequent darum, den Kampf für Gerechtigkeit und gegen Rassismus in Deutschland in der türkeistämmigen Community zu thematisieren: www.allmendeberlin.de*

Fußnoten

1 *Einfachheitshalber wird auf die Genderendungen entschuldigend verzichtet.*
2 *http://blog.initiativgruppe.de/2014/06/04/statistik-4-turkischstammige-in-deutschland*
3 *https://de.wikipedia.org/wiki/T%C3%BCrkeist%C3%A4mmige_in_Deutschland*
4 *https://kurdische-gemeinde.de/zahl-der-kurden-in-deutschland-sprunghaft-angestiegen/Wahlen*
5 *http://blog.initiativgruppe.de/2014/06/04/statistik-4-turkischstammige-in-deutschland*
6 *http://www.tagesspiegel.de/berlin/tuerkischer-konsulatsunterricht-in-berlin-erdogans-lehre-an-deutschen-schulen/14948592.html*
7 *http://www.tagesspiegel.de/politik/tuerkischer-einfluss-in-deutschland-tuerkisches-religionsamt-setzt-vorstand-von-moscheeverein-in-berlin-ab/14993238.html*
8 *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/volker-beck-zeigt-imame-der-ditib-wegen-spionage-verdacht-an-a-1126240.html*
9 *Graue Wölfe (Jugendorganisation der MHP – Nationalistische Bewegungspartei), Osmanli Ocaklari (Erdogan Schlägertrupps), Alperen Ocaklari (islamistischer ausgerichtete Vereinigung einer Abspaltung der MHP), Türkische Jugendeinheit (TGB, extrem kemalistisch ausgerichtete Jugendorganisation der Vaterlandspartei, ehemals Arbeiterpartei).*
10 *http://www.berliner-zeitung.de/24008982, 2017*
11 *http://www.berliner-zeitung.de/25125770*

Rassistische[1] Gewalt und der Brexit-Staat

Legitimierung rassistischerGewalt

Institute of Race Relations London – Übersetzung ZAG

Beinahe sofort nach dem EU-Referendum wurden rassistische Vorfälle über die sozialen Medien geteilt. Es wurden gleich mehrere Online-Plattformen gegründet, nur um den Umfang dieser Vorfälle erfassen zu können. Etablierte NGOs bemerkten ebenfalls einen steilen Anstieg eingehender Meldungen und Unterstützungsanfragen. Wenige Wochen nach dem Referendum rief bspw. The Monitoring Group hunderte Menschen in London zusammen, um die Vorfälle im »feindlichen und rassistisch geladenen Großbritannien anzusprechen, darauf zu reagieren und vorwärts zu blicken«.

Derweil meldete Stand Against Racism and Inequality (SARI) aus Bristol, dass immer mehr Menschen um Rat fragten. Die Gruppe Just West Yorkshire forderte aufgrund der fehlenden Reaktion auf die zunehmende verbale und tätliche Gewalt in der Region eine offizielle Untersuchung »organisierter rassistischer Hassverbrechen«. Gleichzeitig stellte die Polizei reguläre Statistiken zu Hassverbrechen (hate crimes) zusammen und die britischen Medien berichteten intensiv über das Thema. Besonders brutale Vorfälle erhielten landesweite Aufmerksamkeit.

Bei den meisten der 134 untersuchten Vorfälle handelte es sich um rassistische Verbalattacken, doch auch tätliche Angriffe, Brandstiftung, Morddrohungen und Messerattacken waren darunter. Mehrere Menschen kamen ins Krankenhaus. Wie in der Grafik zu sehen ist, spielten sich die meisten Vorfälle in England ab. Die häufigsten »Ziele« waren europäische Migrant*innen (besonders aus Osteuropa) und Muslim*innen, aber nicht ausschließlich. Auch schwarze und jüdische Menschen wurden angegriffen. Menschen wurden angegriffen, weil sie fremde Sprachen sprachen oder aufgrund von Mutmaßungen über ihr »Recht« hier zu sein. Auch Kinder wurden beschimpft, teilweise auf dem Schulweg.

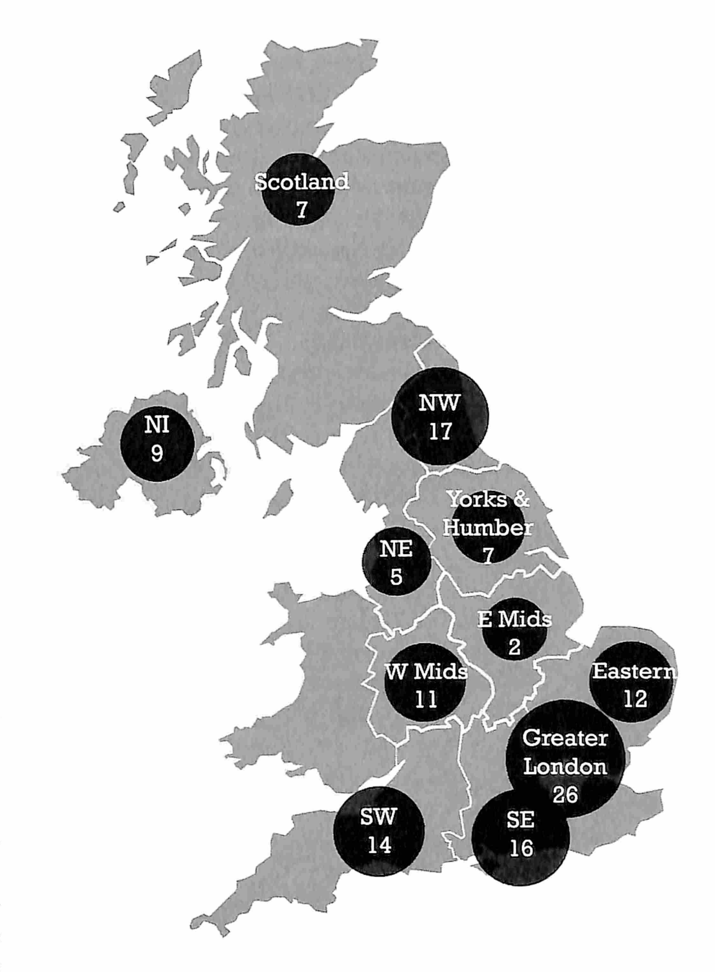
In einundfünfzig Vorfällen wurde entweder das EU-Referendum bzw. das Ergebnis ausdrücklich erwähnt oder seine impliziten Botschaften (wie z.B. »die Kontrolle über die Heimat wiederzuerobern«). Es gab eine deutliche Intensivierung bestimmter rassistischer Gewaltformen mit Bezug zum Referendum.

Manche sahen das Referendum als Bestätigung, dass das Land jetzt nicht nur »ihnen« gehöre, sondern dass es »wieder« ihnen gehöre. Hier ging es also darum, die Geschichte zu korrigieren und historisches Unrecht (hauptsächlich Einwanderung) zu revidieren. Zum Beispiel erwähnte eine Person, die in London eine Frau rassistisch beleidigte, dass »dieses Pack« die Wahl verloren hätte, und dass es nun an der Zeit wäre, dass Einwander*innen in ihr Land zurückgingen. Eine weitere Person wurde gefragt, ob sie aus der EU käme und wurde dann aufgefordert sich in ihr Land zu »verpissen« bzw. sich aus »unserem« Land zu »verpissen«. Ein anderes Opfer wurde zunächst von seinem Angreifer gejagt, der dabei brüllte »hau ab in dein Land, scheiß Ausländer«.

Das Referendum wurde als Zeichen gesehen, vermeintliche rechtliche und kulturelle »Normen« zu verteidigen. Eine Frau wurde in Begleitung ihrer neunjährigen Tochter von einem Mann rassistisch beschimpft; zudem riss er ihr Kopftuch herunter und sagte [dem Bericht nach]: »Du bist in England [Großbritannien], halte dich an unsere Regeln!« In einem anderen Fall wurde die Androhung antimuslimischer Gewalt begleitet von der Aussage, dass es nur »ein Gesetz« in Großbritannien gebe und dass das Opfer sich »daran halten« müsse. Eine osteuropäische Frau brach in Tränen aus, weil ein Mann ihr sagte: »Geh einfach nachhause! Wir haben Euch rausgewählt! Bald müsst Ihr das Land verlassen.« Als sie drohte, die Polizei zu rufen, antwortete der Mann, sie solle anrufen wen sie will, denn es sei »unser Land, unser Gesetz«. Solche Vorfälle zeigen, dass das Referendum die Haltung stärkte, dass Werte, die durch aktive Diversity-Politik unterwandert worden seien, jetzt wieder durchgesetzt werden könnten.

Die so legitimierte rassistische Gewalt basierte auf einem »Anrecht«. Einer Person, die fälschlicherweise für polnisch gehalten wurde, wurde gesagt: »Wir tolerieren Dein Pack nur, solange Ihr für uns Geld verdient«. Diese Form des Rassismus akzeptiert Einwander*innen nur, solange sie Fähigkeiten/Kapital mitbringen. Ein anderer Migrant wurde angegriffen, speziell weil er obdachlos war. Die Botschaft war ebenfalls klar: Fremde sind nur tolerierbar, solange sie profitabel sind.

Manche verstanden sichtbare Werbung oder eine Wahl für den Verbleib Großbritanniens in der EU als Verrat. In einigen Fällen wurden sichtbare Minderheitsangehörige[2] nach dem Referendum angegriffen, weil sie vorher aktiv für den Verbleib geworben hatten. Einem lokal bekannten Unterstützer wurden die Scheiben



Beispiele von Polizeimeldungen zu Hassverbrechen im Zeitraum des Referendums

- In den ersten vier Tagen nach dem Referendum wurden 85 Hassverbrechen an True Vision gemeldet, ein Online-Berichterstattungssystem der Polizei. Im vorangehenden Vierwochenzeitraum waren es nur 57 gewesen.
- In den sieben Tagen nach dem Referendum erhielt der National Police Chiefs' Council (NPCC), Träger von True Vision, 331 Meldungen über Hassverbrechen; die durchschnittliche Zahl pro Woche liegt bei 63.
- In den vierzehn Tagen nach dem Ergebnis erhielt die British Transport Police (BTP) 119 Meldungen über rassistische Angriffe oder Beschimpfungen im britischen Eisenbahnnetz.
- Zwischen dem 24. Juni und dem 2. Juli nahm Scotland Yard 559 Anzeigen wegen rassistischer Vorfälle auf; dies ist ein Tagesdurchschnitt von 67, im Vergleich zu 44 vor dem Referendum.
- Zwischen 16. und 30. Juni wurden der Polizei in ganz Großbritannien mehr als 3.000 Hassverbrechen gemeldet, eine Zunahme um 42% im Vergleich zum selben Zeitraum im Jahr 2015.

seines Ladengeschäfts eingeworfen. EinE andereR AktivistIn wurde angequatscht und aufgefordert das Land zu verlassen.

Das EU-Referendum brachte die Rassismen gegen Einwander*innen und Muslim*innen zusammen. Rassismus existierte natürlich schon vorher, und besonders von der Islamophobie zehrte die Kampagne, allerdings etablierte sie auch eigene Rassismen. Wie unsere Studie zeigt, wurden viele verschiedene Leute angegriffen; zwei Drittel der Opfer waren Muslim*innen oder Migrant*innen aus Osteuropa. Das sollte keine Überraschung sein. Das Referendum stand stellvertretend für die Frage, wer in Großbritannien unter welchen Bedingungen leben darf und wer nicht. Ob die Opfer nun Muslim*innen oder Migrant*innen waren, sie wurden regelmäßig als soziale Schädlinge dargestellt. Beide wurden für die Unterwanderung und Umformung der kulturellen und politischen Grundlage der Nation verantwortlich gemacht. Besonders Muslim*innen werden aufgrund der jahrelangen Debatte um Antiradikalisierungsmaßnahmen als einheitlicher Block mit antibritischen Werten dargestellt.

Der »neue« Referendumsrassismus wuchs und wächst aus dem »alten« strukturellen Rassismus.

Dieser Abschnitt erläutert, dass es seit dem Referendum nicht nur immer mehr rassistische Gewalt, sondern auch immer mehr Interesse daran gibt. Die ehemals »tolerante« Nation wurde vermeintlich über den Rand irgendeines Abgrunds gestoßen. Aber das verkennt die Geschichte. Wie bereits hervorgehoben, hatten die verbalen Angriffe – »geh nachhause«, »wir nehmen unser Land zurück« usw. – historische Vorläufer. Sicherlich hat sich der Rassismus verschlimmert, aber nicht nur durch das Referendum, sondern durch den jahrzehntelangen Vorlauf, bspw. Debatten um Einwanderungszahlen, Hetzberichte über »Schmarotzer« oder die stigmatisierende Antiradikalisierungskampagne »Prevent«. Es ist bezeichnend, dass ehemals exklusiv rechtsextreme Positionen sich nun in der herrschenden Politik wiederfinden.

Die zunehmende rassistische Gewalt seit dem Referendum ist Ergebnis einer politischen Entwicklung. Es ist also nicht bloß ein vorübergehender »Schwall«, wie der Leitkonsens behauptet, sondern das politische Klima fördert ihr langfristiges Gedeihen. Ein Bericht von drei Gruppen, die nach dem Referendum gegründet wurden – istreetwatch, Worrying Signs und #postrefracism – trug 645 rassistische Vorfälle in den sozialen Medien zusammen. Diese seien bezeichnend für die »zunehmende Normalisierung xenorassistischer Narrative und die Manifestierung des ›hostile environment principle‹«. Das Committee for the Elimination of Racial Discrimination (CERD) warnte davor, dass die britische Antiterrorpolitik eine »Atmosphäre des Misstrauens gegenüber Angehörigen muslimischer Gemeinschaften«[3] geschaffen habe. Hinzu kommt wiederholte Kritik, darunter eine Stellungnahme des offiziellen Gutachters für Terrorismusgesetze[4], dass die Prevent-Strategie »Misstrauen« verursache.

Wir könnten lang fortfahren. Fast jede Äußerung im Zuge eines rassistischen Angriffs entspricht bereits der Leitideologie. Das heißt, viele der rassistischen Attacken nach dem Referendum sind Ausgeburten politischer Maßnahmen mit demselben Ziel. Es gibt Parallelen zwischen dem inoffiziellen Slogan der Austrittskampagne Leave (»Taking the country back«) und der rassistischen Gewalt mit demselben Ziel. Doch es gibt ebenfalls Parallelen zwischen der rassistischen Attacke auf einen obdachlosen Migranten, der als unproduktiv betrachtet wird und dem öffentlichen Spektakel, wenn Polizei, Einwanderungsbehörde und andere Behörden obdachlose Migrant*innen zusammentreiben und sie aus demselben Grund »fortschaffen«.

Weiterhin gibt es Parallelen zwischen rassistischer Gewalt als pervertierter Zivilcourage, und staatlichen Anweisungen an verschiedene Behörden, »Leistungsempfänger« nach »Rasse« zu beurteilen[5] und irreguläre Migrant*innen zu verfolgen. Oder zwischen der Drohung gegen Muslim*innen, nach »britischen Regeln« zu leben, und einer Gesetzgebung, die häufig davon ausgeht, dies sei nicht der Fall. Betrachten wir einige politische Leitlinien der letzten fünf Jahre, erkennen wir, wie viele dieser rückwärtsgewandten Positionen schon vor der Referendumsdebatte dominierten. Sie sind seit Jahren Teil der politischen Landschaft und werden sich, wie der Premierminister (David Cameron) selbst herausstellte, nach dem Referendum verstärken. ✖

Fußnoten

1 *Anm. d. Ü.: Der O-Ton »racial violence« (auf Deutsch oft mit »Rassenunruhen« übersetzt) bezeichnet in den Medien häufig Gewalt »zwischen« der Mehrheit und der Minderheit; gemeint ist in diesem Artikel offensichtlich Gewalt gegen die Minderheit, also rassistische Gewalt.*

2 *Anm. d. Ü.: O-Ton: BAME, bzw. Black, Asian or Minority Ethnic auf amtsenglisch.*

3 *Anm. d. Ü.: »Communities« wird englisch belassen. Der deutsche Begriff läge irgendwo zwischen »Rasse«, »(Wert)Gemeinschaft«, »Minderheit« oder schlicht »Gruppe«. Wenige imaginäre »MuslimInnen« würden sich als Teil einer real existierenden islamischen »Gemeinschaft« bezeichnen. Es ist bspw. in diesem Satz unklar, ob das Misstrauen dunkelhäutige Menschen allgemein trifft oder nur praktizierende MuslimInnen.*

4 *Anm. d. Ü.: Der Independent Reviewer of Terrorism Legislation wird vom Finanz- und Innenministerium benannt und hat die Aufgabe, die öffentliche Debatte zur Terrorgesetzgebung zu beeinflussen und an das Parlament Bericht zu erstatten. Dabei ist er laut Eigenauskunft »unabhängig« von der Regierung.*

5 *Anm. d. Ü.: Der O-Ton »to racially profile« bezieht sich auf die inoffizielle »Sichtprüfung«, während die ethnisch/rassistische (Selbst-)Klassifizierung in Volkszählungen oder Polizeistatistiken nicht kritisiert wird. Daher wird »race« auf Englisch auch nicht mit Anführungszeichen geschrieben, da es sich um eine gesetzliche Kategorie handelt.*

Populismus von links

Wagenknecht versteht die AfD

Klaus Müller

Sahra Wagenknecht ist momentan das bekannteste Gesicht der Partei Die Linke. Sie ist eine der beiden Vorsitzenden ihrer Bundestagsfraktion und wird gerne zu TV-Talkshows eingeladen. Dass sie mit ihren öffentlichen Äußerungen auch auf Zustimmung bei der AfD stößt, mag deshalb verwundern.

Auf dem Bundesparteitag der Linken Ende Mai 2016 in Magdeburg kam es zum Eklat. Wagenknecht wurde mit einer Torte beworfen. Grund für diese Aktion, waren das von Wagenknecht gezeigte Verständnis für die Anhänger_innen von Pegida und Co und ihre Äußerungen über »Kapazitätsgrenzen und Grenzen der Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung«. Der Parteivorsand solidarisierte sich mit Wagenknecht und Dietmar Bartsch, ihr Ko-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, erklärte, dass der Tortenwurf nicht links und auch nicht antifaschistisch sei. »Das ist asozial, das ist hinterhältig, das ist dumm.« Trotz aller Bekundungen hat die schokoladenbraune Torte ihre Spuren hinterlassen.

Nach der Gründung der AfD 2013 äußerte sich Wagenknecht zu den damaligen Anliegen der neuen Partei, dass diese in vielen Punkten mit ihrer Kritik an der Eurorettung recht hätte. Allerdings ist Wagenknecht mit ihrer Position zur Eurorettung in der Fraktion relativ isoliert. In der Frage eines möglichen Austritts Griechenlands hatte sie sich für einen Grexit ausgesprochen. Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher, der Fraktion, bezeichnete es als »Gedankenspiele eines Ehepaars aus dem Saarland«. Die Partei würde eine solche Position nicht stützen. Der Parteivorsitzende Rixinger bewertete einen möglichen Grexit entsprechend als Katastrophe.

Mit ihrem Gesprächsangebot an die Pegida-Anänger_innen und ihr Verständnis für die AfD verharmlost Sara Wagenknecht deren rassistisches und nationalistisches Potential sowie deren neoliberale, auf die Zerstörung von sozialen Rechten zielende Politik. Es mag sein, wie sie sagt, dass die Leute auf den Pegida-Märschen die herrschende Politik ablehnen und sich über prekäre Jobs empören und denken, »da ist endlich mal eine Protestbewegung«. Dabei lässt sie außer Acht, dass dieser Protest sich vornehmlich gegen Muslime, Ausländer_innen und Linke richtet und ein völkisches Weltbild zur Grundlage hat.

Diese Beschönigung ist womöglich nicht nur taktischer Natur. Im Nachgang zu den Ereignissen der Silvesternacht in Köln 2015/2016 wurden Angriffe auf Frauen unter Rückgriff auf fremdenfeindliche Stereotypen verurteilt. Hier paarte sich das Selbstbild als offene, frauenfreundliche und letztlich überlegene Gesellschaft mit Rassismus. Wagenknecht formulierte die Position der Bundestagsfraktion zu den politischen Konsequenzen mit den Worten »Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht verwirkt«. Damit hat sie einen Topos aufgenommen, der Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrechte von Geflüchteten, Asylsuchenden und Migrant_innen auf Gastrechte reduziert. Eine Formulierung, die bereits im Programm der NSdAP den legalen Aufenthalt von »Ausländern« in Frage stellt. Ihr Ehemann, Oskar Lafontaine, hatte mit seiner Äußerung zu »Fremdarbeitern«, einem Begriff aus derselben Mottenkiste, bereits 2005 für Aufsehen gesorgt. Dass dies allerdings nicht nur eine zufällige Begriffsverirrung war, darauf deutet auch ihre inhaltliche Ausrichtung in der Flüchtlingspolitik hin. Wagenknecht tritt mit Aussagen wie »Es können nicht alle Flüchtlinge nach Deutschland kommen« für eine Begrenzung des Asylrechts ein, da es »natürlich objektive Kapazitätsgrenzen« gäbe. Äußerungen wie sie auch von der AfD oder aus der CSU zu hören sind. Ihr Wunsch nach Massenkompatibilität geht dann auch so weit, Merkel eine Mitverantwortung für den terroristischen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin 2016 zu unterstellen, da sie die Grenzen unkontrolliert geöffnet hätte. Dass der Attentäter bereits zuvor nach Deutschland eingereist war, unterschlägt sie.

Ist Wagenknechts politisches Kalkül erfolgreich? Kann sie damit Wähler_innen der AfD wieder an die Linke binden? Ihre Analyse von Pegida und AfD als im Grund berechtigter Protest gegen übele Zustände deutet daraufhin, dass es ihr um deren Wahlstimmen geht. Sie hofft mit einer Haltung, die deren Populismus nachahmt, Zustimmung zu erlangen. Dabei ist die inhaltliche Ausrichtung nicht an emanzipatorischen Ansprüchen ausgerichtet. Vielmehr lässt sich vermuten, dass versucht wird auf einem nationalistischen Ticket zu reisen. Ist dies nun ein Populismus von links? Ein linker Populismus nimmt sich Begriffe und Versatzstücke und füllt sie mit neuen Inhalten und verbindet sie mit linken Werten. So wird Freiheit, die Freiheit von Ausbeutung durch das Kapital und verbunden mit dem solidarischen Kampf für die Rechte der Lohnarbeiter_innen. Bernie Sanders hat im Vorwahlkampf zur Präsidentschaftskandidatur der Demokraten in den USA 2016 versucht an die Wünsche nach materieller Sicherheit und Wertorientierung der weißen Mittelschicht anzuknüpfen. Im Falle von Wagenknecht und auch Lafontaine ist dies nicht der Fall. Sie knüpfen an Ressentiments an. Damit sprechen sie nicht die prekär Beschäftigten und schlecht Bezahlten an, sondern eine sich in ihrem Lebensstandard bedrohte Mittelschicht an. Also genau dem Klientel der AfD.

Mit ihren Äußerungen fällt Wagenknecht aus dem Rahmen der Partei. Deshalb erlangt sie wohl so viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Parteifunktionäre und Abgeordnete fordern von ihr, sich auf der Basis des Parteiprogramms und der vereinbarten Wahlkampfstrategie zu bewegen. Der Linke Bundestagsabgeordnete Jan van Aken formulierte es bereits im Sommer 2016: »Wer Merkel von rechts kritisiert, kann nicht Vorsitzender einer Linksfraktion sein.« Doch wer gewinnt hat recht. Ob Wagenknecht so weiter machen kann, wird sich nach der Landtagswahl im Saarland zeigen, wo ihr Ehemann mit ähnlicher inhaltlicher und strategischer Ausrichtung in den Wahlkampf zieht. ✖

Mehr Infos

- *Zum weiterlesen: »Das Gift des Nationalismus wirkt! Es geht nicht nur um Wagenknecht«, hrsg. durch Gewantifa http://gewantifa.blogsport.eu*

Nach der Publikation folgt die Konsequenz

Relevanz antifaschistischer Recherche

Antifaschistische_Recherche Potsdam / Umland

Die Relevanz antifaschistischer Recherche muss sicherlich nicht erörtert werden. Ihre besondere Bedeutung für politische Diskussionen, Interventionen und für die Zukunft wollen wir in diesem Artikel darlegen.

Antifaschistische Recherche ist kein Hobby oder Zeitvertreib. Sie muss strategisch nach Einschätzung von Ressourcen und Nutzen eingesetzt werden, um Informationen bereitstellen zu können. Diese Informationen können, für die jeweiligen Zielgruppen und adressierten Zusammenhänge, grundlegend oder fördernd für weitere politische Diskussionen sein und gegebenenfalls auch als Bildungsgegenstand fungieren. Recherchearbeit kann dabei auch Teil von antifaschistischer Intervention sein, wenn sie dies als Ziel in ihrer Arbeitsweise (strategische Veröffentlichung / Informationsweitergabe, Forderungen) auch entsprechend konzipiert und formuliert.

Antifaschistische Recherche — weg von der Abgeschiedenheit

Antifaschistische Recherche oder die Dokumentation von antifaschistischer Arbeit sind wichtige Grundlagen für eine politische Praxis. Es ist keine »zusätzliche Aufgabe«, sie ist Bestandteil jeder Praxis, auch wenn sie in vielen Zusammenhängen erstmal nicht komplex und explizit erscheint. Wenn ich eine Demonstration gegen eine Neonazi-Kundgebung organisiere, muss ich wissen, was das für eine Neonazi-Kundgebung ist, wer sie angemeldet hat, mit wie vielen Personen gerechnet wird usw. An dieser Stelle beginnt bereits die Recherchearbeit für z.B. einen Aufruf und sie endet für dieses Szenario mit der Auswertung der Neonazi-Veranstaltung.

Recherche-Feld an gesellschaftliche Zustände anpassen

Das zu recherchierende Feld richtet sich dabei meist an den gesellschaftlichen Zuständen und Ereignissen aus. Im Zuge der Anti-Asyl- und rassistischen Proteste hat sich daher der Fokus automatisch auf »Bürgerinitiativen« und andere rassistische Zusammenschlüsse gelegt. Wenn sich immer mehr RassistInnen zusammenschließen und organisieren, muss das entsprechend dokumentiert werden: Sind bereits bekannte Neonazis in diesen Zusammenhängen organisiert bzw. führen sie diese Proteste? Wer sind die Teilnehmenden, die OrdnerInnen oder andere möglicherweise relevante AkteurInnen? Oftmals kann hier auf zurückliegende Recherchen zu organisierten Neonazis zurückgegriffen werden, um die aktuellen rassistischen Proteste ins rechte Licht zu rücken.

Recherche als historisches Dokument

Antifaschistische Dokumentationen und Chroniken erscheinen im gegenwärtigen Moment, wenn Wohnungen und Häuser von Geflüchteten brennen, möglicherweise als übermäßige Fleißarbeit. Jedoch können sie vor allem in den Folgejahren zu wichtigen historischen Dokumenten werden. Darüber hinaus ermöglicht die langfristige und stetige Beobachtung neonazistischer Bewegungen neben dem Aufzeigen von Kontinuitäten auch im Rückblick die Reflektion und Bewertung der Erfolge und Niederlagen antifaschistischer Interventionen.

Wichtig? Unwichtig? Wer entscheidet das?

Dass wir Informationen von Antifa- oder Antira-Gruppen in der Regel den Pressemeldungen der Polizei oder Veröffentlichungen vom Verfassungsschutz vorziehen, ist Praxis. Recherchearbeit muss in jedem Fall, egal welche Quellen genutzt werden, dahingehend reflektiert werden. Einerseits, wie wir mit Informationen aus welchen Quellen umgehen und welchen Prinzipien wir dabei folgen. Andererseits stellt sich die Frage, welche Informationen wie wichtig sind, und: Wer entscheidet, was wichtig ist? Entscheidet die Quelle, mit welcher Priorität Informationen behandelt werden? Entscheidet der Recherche-Zusammenhang? Entscheiden die Umstände, welche Informationen in welcher Form veröffentlicht werden?
Mit der Veröffentlichung folgen Reaktionen, die zuvor zum Teil abgewogen werden können. Durch Outing-Aktionen steigen möglicherweise die Sicherheitsvorkehrungen der geouteten Personen.



Dadurch wird es für die Recherchierenden aufwändiger, weiterhin Informationen zu beschaffen oder Aktivitäten zu verfolgen. Was also explizite Ziele von Outings sind — Konsequenzen für den Alltag, Unsicherheitsgefühl, die Kündigung des Arbeitsplatzes — ist mitunter gleichzeitig eine Erschwerung antifaschistischer Recherche. Daher beinhalten Recherche-Veröffentlichungen in den meisten Fällen nicht alle bekannten Informationen über einzelne Personen oder Zusammenhänge. Was zur Verfügung gestellt wird und was nicht, muss ohnehin abgewogen werden — auch in Hinblick auf die eigene zukünftige Recherche-Arbeit.
Wenn Informationen unkommentiert publiziert oder weitergegeben werden, können diese eine gewünschte oder passende Wirkung verfehlen oder gar gänzlich unnütz sein. Ebenso muss in vielen Szenarien abgewogen werden, wann ein guter Zeitpunkt ist, Informationen zu veröffentlichen. Wenn bestimmte Themen über einen konkreten Neonazi in der regionalen Presselandschaft vorrangig diskutiert werden, haben andere »Outings« oder sonstige Veröffentlichungen über andere menschenverachtende Aktivitäten oftmals keinen Raum, oder erfahren nicht die gewünschte Aufmerksamkeit. Dies ist besonders in kleineren Städten mit einer beschränkten Vielfalt von Medien der Fall. Es ist daher von immenser Bedeutung, Informationen strategisch positioniert, sowohl thematisch als auch zeitlich, herauszugeben. Informationen über bestimmte Personen/Gruppierungen haben dabei erst Relevanz, wenn sie in einen Kontext gestellt werden. Erst durch die politische Arbeit, durch das Auseinandersetzen mit menschenverachtender Ideologie, mit politischer Theorie, wird das Recherchierte relevant und Teil einer zielorientiert arbeitenden antifaschistischen Praxis. Wenn die Recherche ohne Forderung nach diesem Kontext geschieht, ist sie ziel- und dementsprechend häufig wirkungslos.
Eine Veröffentlichung ist nicht gleich eine Veröffentlichung. Schaffen wir nicht erst unnötig Aufmerksamkeit durch einen eigenen Artikel über Neonazi-Aktionen und werten diese damit auf, anstatt diese einfach in einer jährlichen Chronik festzuhalten? Diese Frage kann nicht allgemeingültig beantwortet werden, sondern bedarf einer jeweiligen Abwägung verschiedener vielfältiger pro und contra Argumente. Von der Frage nach dem eigenen und/ oder gesellschaftlichen Fokus der aktuellen Debatten über gegebene Sachzwänge wie zeitliche oder finanzielle Ressourcen, bis hin zu Entscheidungen hinsichtlich der textlichen Positionierung basierend auf komplexen politischen Einschätzungen und Meinungen. Einen richtigen Weg gibt es nicht, nur einen jeweils begründeten und somit subjektiv guten.

Nach der Recherche folgt die Konsequenz

Mit unserer Recherche folgen Konsequenzen, wenn wir gewisse Informationen in gewissen Kontexten und Zusammenhängen bereitstellen. Welche Informationen wir bereitstellen, liegt oftmals an uns. Das passiert positioniert, sodass wir nicht von außen auf Geschehnisse schauen und diese analysieren, sondern eben Teil dieser Zusammenhänge sind. Wir sind Teil dieser heutigen Geschichte und genauso verantwortlich, ob wir recherchieren, was wir an Informationen herausgeben und vor allem auch wann. Daher ist eine Verortung unsererseits immer wieder wichtig zu betonen — sich als antifaschistisch begreifende Menschen, die Zustände durch Informationsweitergabe verändern wollen, und hoffen, dass danach Interventionen folgen — sei es, dass die RassistIn ihre Arbeitsstelle verliert, der Neonazi-Verkaufsladen verschwindet oder auf Landesebene Demonstrationen und Gruppierungen verboten werden. ✖

Zuerst Erschienen

✖ *Dieser Artikel wurde erstmals im Antifaschistischen Infoblatt Berlin (AIB) 112 im September 2016 veröffentlicht*

Die »Australische Lösung«

Abschreckung auf Kosten der Menschenrechte

Felix Heese

Das Dubliner Übereinkommen der EU, wonach jenes Land das Asylverfahren durchführen muss, in das ein Asylbewerber einreist, trat 1997 in Kraft. Es begünstigte offensichtlich die nördlichen Länder der EU und lies den südlichen Teil Europas weitgehend alleine beim Bewältigen der ankommenden Einwanderer. Heute, knapp 20 Jahre später ist das Abkommen gescheitert. Seitdem suchen europäische Politiker nach Alternativen, die möglichst vielen Menschen die Einreise in die EU verwehren soll. Mit dem »Türkei-Deal« ging die EU, geführt von Deutschland, erstmals ein »Menschen gegen Geld« Abkommen mit der Regierung eines EU-Anrainerlandes ein um einen Großteil der Schutzsuchenden bereits vor Erreichen der EU Außengrenze aufzuhalten bzw. aus dem EU-Gebiet abzuschieben.
Doch einigen Politikern geht diese Maßnahme nicht weit genug. Auf der Suche nach einer endgültigen Lösung werden immer neue Maßnahmen diskutiert, unter anderem auch die »Australische« oder »Pazifische Lösung«.

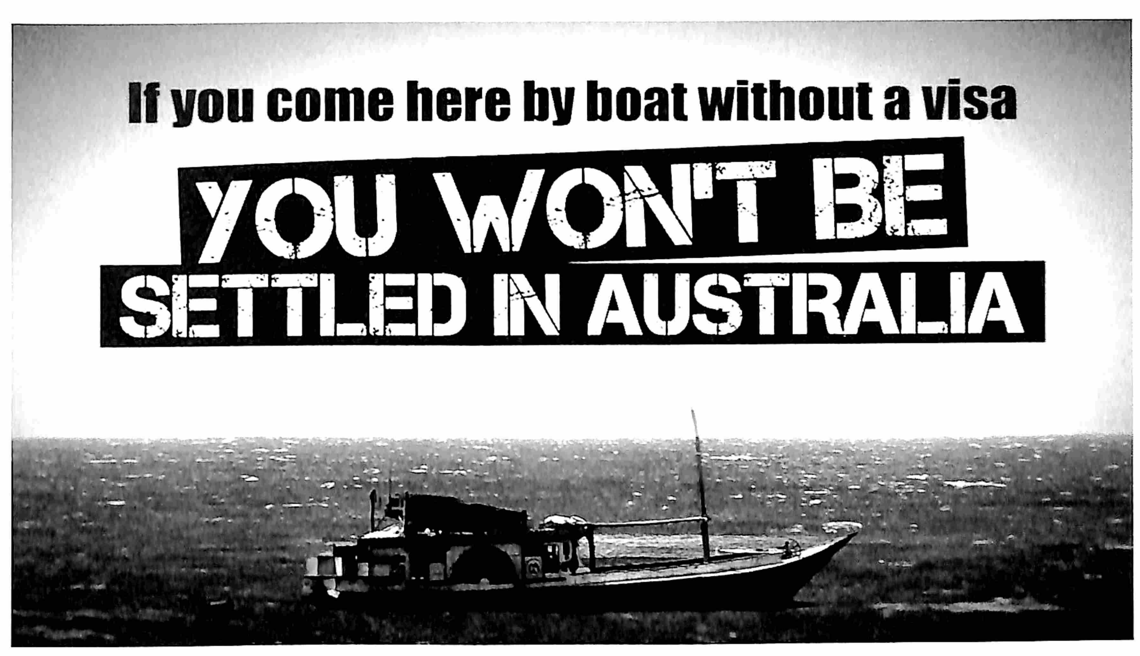
Auslagerung ins Niemandsland

In Australien wurde 2001 unter Premier John Howard die »Pazifische Lösung« vorgestellt. Alle Asylsuchenden die versuchen illegal per Boot nach Australien zu gelangen, werden seither von der Marine und Küstenwache abgefangen und in Lager auf dem kleinen Inselstaat Nauru und in Papua-Neuguinea interniert, wo sie auf ihre mögliche Anerkennung als Flüchtlinge warten müssen.
Zwar wurde diese Auslagerung der Asylsuchenden 2008 von Kevin Rudd, dem Nachfolger Howards, wieder gestoppt, doch nach einem erhöhten Aufkommen an sogenannten »boat people« wurde die Pazifische Lösung 2012 wiederbelebt. Im Jahr 2013 verschärfte Kevin Rudd sogar die Bestimmungen und erklärte, dass Asylsuchende die ohne Visa per Boot nach Australien reisen, niemals in Australien angesiedelt würden – selbst, wenn sie als Flüchtlinge anerkannt werden. Alle »boat people« wurden nun nach Papua-Neuguinea gebracht und sollten im Falle einer Anerkennung des Flüchtlingsstatus dort angesiedelt werden.

Auch der folgende Premierminister Australiens, Tony Abbott, verschärfte die Bestimmungen für Asylsuchende. Ebenfalls im Jahr 2013 rief er die »Operation Sovereign Borders« ins Leben, welche mit der »No Way«-Kampagne potentiellen Bootsflüchtlingen vermittelte, dass sie in Australien niemals Fuß fassen würden. Der eigentliche Auftrag der »Operation Sovereign Borders« ist jedoch, ankommende Boote nicht nur abzufangen sondern aus australischen Hoheitsgewässern zu schleppen. Teilweise werden Asylsuchende auch in Rettungskapseln oder Schlauchboote gepfercht und darin zurück nach Indonesien geschickt.

Leben im Lager

Neben diesen teils haarsträubenden Methoden, illegale Einreisen über das Meer mit allen Mitteln zu verhindern, werden vor allem auch die Lebensbedingungen in den Internierungslagern auf Nauru und in Papua-Neuguinea von Menschenrechtsorganisationen und der UN kritisiert. Auf dem kleinen Inselstaat Nauru, 21 km² groß und 3.000 km von der australischen Küste entfernt, leben 380 Menschen in überfüllten Zelten – zum Teil seit über drei Jahren. Ähnlich sieht es auf Manus Island in Papua-Neuguinea aus, wo Ende 2016 noch 866 Asylsuchende untergebracht waren. Der Großteil der Internierten kommt aus dem Iran, wobei genaue Angaben über die Herkunftsländer von den Behörden nicht gemacht werden.
Die Temperaturen auf den tropischen Inseln sind extrem und Klimaanlagen, die die Hitze in den Zelten erträglicher machen könnten, gibt es nicht. Selbst die Duschzeiten sind reguliert. Zusätzlich zu der Unsicherheit der Asylsuchenden ist die medizinische Versorgung mangelhaft und Gängelungen von Sicherheitspersonal und örtlichen Behörden sind an der Tagesordnung. Schwerkranke werden meist nur nach großem Druck auf die Lagerleitung und die australischen Behörden zur medizinischen Behandlung nach Australien geflogen.
Selbst wenn die Internierten als Flüchtlinge anerkannt werden, haben sie keine Chance, nach Australien zu kommen. Sie können sich auf Nauru oder in Papua-Neuguinea niederlassen; einige





gehen auch nach Kambodscha, welches ein Aufnahmeabkommen mit Australien abgeschlossen hat. Oder aber sie nehmen etwas Geld von der australischen Regierung an und kehren in ihre Heimat, aus der sie geflohen sind, zurück.

Politik der Abschreckung

Obwohl die sogenannten »boat people« nur einen Teil der Asylsuchenden Australiens ausmachen, ist ihnen besondere Aufmerksamkeit in der australischen Gesellschaft sicher. Die Zahlen der illegal mit Booten nach Australien gelangten gehen mit den Maßnahmen der »Operation Sovereign Boarders« gegen null. Der Preis für diesen »Erfolg« sind unsägliche Lebensbedingungen und eine Missachtung des Menschenrechts auf Asyl. Die Praxis des Zurückschleppens und das Internieren von Flüchtenden mitten im Nirgendwo wird zynischer Weise mit dem Schutz von Menschenleben und der Bekämpfung von brutalen Schlepperbanden legitimiert.

Die stetige Verschärfung der Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen von Geflüchteten verbindet Australien mit Deutschland. Auch die Zeitpunkte, zu denen Verschärfungen verabschiedet werden, lassen aufhorchen. Die »Pazifische Lösung« wurde kurz vor der Parlamentswahl in Australien im Jahr 2001 ins Leben gerufen. Nach der Wahl 2008 stoppte der neugewählte Premier Rudd die Praxis – nur um sie kurz vor der Wahl 2013, ein Jahr nach der Wiedereinführung, erneut zu verschärfen.

Beide großen politischen Lager haben die Gesetze zur illegalen Einwanderung verschärft und die Praxis des Abfangens auf hoher See ausgebaut. Der amtierende Premier, Malcolm Turnbull, hat kürzlich einen Gesetzesentwurf vorgestellt, der es allen illegal per Boot eingereisten Asylsuchenden verbietet, jemals ein australisches Visum egal welcher Art zu erhalten. Ihnen soll somit auf Lebenszeit die Chance genommen werden, australischen Boden legal zu betreten. Dies soll alle nach dem 19. Juli 2013 in Internierungslager verbrachte Asylsuchende betreffen, egal ob ihr Flüchtlingsstatus anerkannt wurde und sie bereits in Australien leben, oder nicht.

Mit dem großen Andrang von Flüchtenden an Australiens Stränden kann man diese radikalen Maßnahmen jedoch nicht erklären. Innerhalb der letzten 20 Jahre wurden jährlich nur etwa 13.000 Flüchtende in Australien anerkannt. Worauf beruhen diese Maßnahmen also? Zum einen ist das erklärte Ziel die Abschreckung. Sind die Bedingungen in den Internierungslagern ausreichend prekär und die Chancen auf ein Erreichen Australiens fast unmöglich, so würden weniger Menschen die Flucht wagen. Doch dieses Kalkül rechnet nicht mit der Verzweiflung, die viele Flüchtende durchleben und zeigt auf, wie gnadenlos westliche Demokratien mit Menschen umgehen, wenn es ihren Interessen nutzt.

Zieht Europa nach?

Der österreichische Außenminister Kurz lobte die australische Einwanderungspolitik und trat dafür ein, Aufnahmelager »idealerweise auf einer Insel«[1] einzurichten. Auch Thomas de Maizière spricht sich für Abkommen à la »Türkei-Deal« mit Nordafrikanischen Staaten aus, wonach Geflüchtete in Nordafrika »versorgt und betreut« werden sollen – ein Vorschlag, der auch der SPD gefällt.[2] Dort, abseits der Festung Europa, sollen die Asylanträge dann bearbeitet werden. Diese Auslagerung von Asylbewerbern soll abschreckend wirken und somit »Menschenleben retten« und die Schlepperbanden stoppen.

Auf der Strecke bleiben das Grundrecht auf Asyl und der moralische Anspruch einer Gesellschaft an sich selbst. Auch werden die eigentlichen Ursachen der Flucht nicht angegangen sondern lediglich verzweifelte und schutzsuchende Menschen in Ländern mit fragwürdiger Menschenrechtsbilanz interniert und Asylbewerber als abschreckendes Beispiel für potentielle Nachahmer missbraucht. ✖

Fußnoten

1 *https://www.welt.de/politik/deutschland/article155967547/Oesterreich-will-Fluechtlinge-im-Mittelmeer-abfangen.html*

2 *http://www.rp-online.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-spd-will-fluechtlinge-nach-nordafrika-zurueckbringen-aid-1.6586366*

Warum die Flüchtlinge Bulgarien meiden

Xenophobie und der Nationalismus als Kitt für die Gesellschaft

Alexander Andreev und Tatiana Vaksberg

In einem arabischen »Flüchtlingshandbuch« rangiert Bulgarien auf Platz eins unter den Ländern, die die Asylbewerber meiden sollten. Fremdenhass und Islamophobie seien in Bulgarien weit verbreitet. Das hat Folgen.

»Wir wurden von einer fünfköpfigen Gruppe Bulgaren angegriffen. Ich konnte entkommen, mein Freund aber nicht. Die Bulgaren warfen ihn zu Boden. Vier von den Angreifern stellten sich auf seine Beine und Arme, während der Fünfte auf seinen Körper wie auf ein Trampolin sprang. Die Angreifer ließen erst von ihm ab, als ein Fahrzeug herannahte und das Licht der Scheinwerfer sie verschreckte. Mein Freund wurde schwer misshandelt und erlitt unzählige Brüche am Körper. Einen anderen irakischen Flüchtling warfen sie von einer zweieinhalb Meter hohen Brücke, nachdem sie auf ihn eingestochen hatten. Jetzt kann er seine Beine nicht mehr richtig bewegen und lahmt.« Das berichtet ein irakischer Flüchtling, zitiert von Pro Asyl.

Flüchtlinge sind unerwünscht

Über zehntausend Menschen aus arabischen Ländern kamen nach Bulgarien mit der ersten Flüchtlingswelle der Jahre 2013-2014. Sie berichteten mehrheitlich über eine schlechte Behandlung seitens der bulgarischen Behörden und der Bevölkerung insgesamt. In Bulgarien spekulierte man zwar, dass sie mit Absicht übertrieben haben, um schneller weiter gen Westen reisen zu dürfen. Tatsache ist aber, dass die Bulgaren mehrheitlich die Flüchtlinge ablehnen. In den Diskussionsforen im Internet kann man täglich Hasskommentare lesen. Außerdem gab es Angriffe auf Flüchtlinge sowie Demonstrationen und politische Aktionen gegen sie. Die Botschaft ist immer die gleiche: Bulgarien ist arm und christlich, wir wollen euch nicht!

Flüchtlinge sind in Bulgarien nicht willkommen

Offiziell aber wurde die Öffentlichkeit zu diesem Thema nie befragt, stellt der Soziologe Schivko Georgiev fest. »Die Politik will es einfach nicht wissen«, sagt er. Die Politik hat Angst, der mehrheitlichen Einstellung der Bulgaren gegen die Türken, Roma und Muslime entgegenzutreten.
Auch der Soziologe Andrey Raytchev ist der Meinung, dass die Flüchtlinge seit Anfang des Jahres gerade deswegen Bulgarien auf ihrem Weg gen Westen meiden, weil die Bevölkerung sie äußerst aggressiv behandelt: »Die Bulgaren empfinden diese Ankömmlinge als eine Art von ›Zigeunern‹«, sagt Raytchev – ein in Bulgarien sehr negativ besetzter Begriff. »Die einzige Erfahrung des Durchschnittsbulgaren mit ›Fremden‹ bezieht sich auf die Roma im Lande. Dass die Flüchtlinge jetzt über Mazedonien nach Europa pilgern ist das Ergebnis dieser Ablehnung«, so der bulgarische Soziologe.

Keine Erfahrung mit den Ausländern

Tatsächlich ist die Einstellung der Mehrheit der Bulgaren gegenüber der Roma-Minderheit im Lande negativ und sie wird ungefiltert auf die Flüchtlinge übertragen. Außerdem hatten die Bulgaren, anders als die Bürger in den ehemaligen jugoslawischen Republiken Mazedonien und Serbien, während der langen Jahrzehnten hinter dem Eisernen Vorhang, kaum Kontakte zu fremden Kulturen und Menschen. Die Xenophobie und der Nationalismus in Bulgarien gelten als alternativer Kitt für die Gesamtgesellschaft nach dem Verfall des Sozialismus.
Dass die meisten Flüchtlinge Moslems sind, reizt die Bulgaren zusätzlich. Denn ihre nationale Identität schöpfen sie vor allem

aus der vereinfachten Erzählung vom sogenannten »500-jährigen türkischen Joch« als das heutige Bulgarien ein Teil des Osmanischen Reiches war. Darauf stützt sich der Gründungsmythos der bulgarischen Nation. Entsprechend tief verwurzelt ist der Hass gegen Türken und die Türkei, der tatsächlich mit dem jetzt aufkommenden Neoosmanismus noch stärker wird.

Das zeigen auch Dutzende von Postings, die im Rahmen einer DW-Umfrage auf Facebook aus Bulgarien gekommen sind. »Wir wollen sie hier nicht! Die Moslems haben uns 500 Jahre lang wie Hühner geschlachtet«, ist da zu lesen, oder: »Geht weg! Wir haben genug Probleme mit unseren Zigeunern, die sich Roma oder Türken nennen.«

Flüchtlingshandbuch aus dem Internet

Die Flüchtlinge haben diese Botschaft offenbar erhalten und meiden Bulgarien. Arabist Vladimir Tschukov spricht von drei Quellen von Information über Bulgarien, die die arabischsprachigen Flüchtlinge benutzen. Einmal sind es die Erfahrungen, die andere Flüchtlinge in den sozialen Medien teilen. Dann sind da die Einschätzungen der Schlepper, die sich unter den Flüchtlingen schnell verbreiten. Und die dritte Quelle ist ein sogenanntes »Flüchtlingshandbuch«, das Tschukov im Internet gelesen habe.

An der Grenze zur Türkei hat Bulgarien einen großen Zaun gebaut

»Die Flüchtlinge wählen ihre Route oder Destination nach dem Indian-File-Prinzip«, erklärt der Hochschulprofessor. Dieser Begriff wurde über die Einwanderer nach Großbritannien Mitte des 20. Jahrhunderts benutzt. Gemeint ist, dass die Migranten sozusagen »im Gänsemarsch« ins Land kommen und sich über Mundpropaganda über das neue Umfeld informieren.

Das »Flüchtlingshandbuch« sei auf einer Assad-freundlichen Webseite veröffentlicht worden, erzählt Tchukov. »Da rangiert Bulgarien auf Platz 1 unter den Ländern, die ein Asylbewerber meiden soll. Das bulgarische Volk sei mehrheitlich rassistisch eingestellt und die Flüchtlinge würden unter unmenschlichen Bedingungen in den Lagern behandelt, steht da zu lesen.« Eine Behauptung, die viele Flüchtlinge unterschreiben würden. Zum Beispiel Herr A., der in einem Gespräch mit Pro Asyl seine Erfahrungen so zusammenfasste: »Das Leben in Bulgarien ist die Hölle. Der ganze Aufenthalt in Bulgarien war von Leid, Misshandlungen und Demütigungen geprägt. Weder die bulgarischen Beamten noch die bulgarische Bevölkerung waren gut zu Flüchtlingen.«

Dennoch sind die nachbarschaftlichen Beziehungen zur Türkei gut, wenn auch nicht sehr intensiv. Bulgarien hat zum Beispiel angebliche Güllen-Anhänger an die Türkei ausgeliefert. Das wichtigste bilaterale Thema sind momentan die Flüchtlinge, die aus der Türkei nach Bulgarien kommen.

Trotz der großen Minderheit an Muslimen in Bulgarien kümmert sich die Regierung nicht um die Defizite im Land. Vielleicht, weil die bulgarischen Gesetze keine Minderheitenrechte kennen. Verlässliche Angaben gibt es zwar nicht, Fachleute gehen jedoch davon aus, dass der Prozentsatz der bulgarischen Moslems (ethnische Türken, Roma und Pomaken) zwischen 8 und 12 liegt. Tatsache ist aber, dass Bulgarien das Land mit dem höchsten moslemischen Bevölkerungsanteil in der EU ist. ✖

Mehr Infos

✖ *Der Artikel entstand im Rahmen des Online-Auftritts der Deutschen-Welle (www.dw.com – 10.09.2015) und wurde für die ZAG erweitert.*

One Solution: Feminism!

Im Kampf gegen die AfD müssen wir Antifaschismus und Feminismus gleichberechtigt zusammendenken

Anna Berg und Tanya Zorn

Volksfront gegen Rechts oder Klasse gegen Klasse – sowohl autonome als auch breite bürgerliche Bündnisse, Gruppen und Organisierungen vergessen eines im Kampf gegen die Alternative für Deutschland (AfD): die Zentralität nicht nur von Rassismus, sondern auch von Antifeminismus und wertkonservativer Mobilisierung. Das verhindert die Einbindung eines großen Potenzials von Feminist_innen in den antifaschistischen Kampf. Schuld ist das Patriarchat – und das sind wir alle.

»Angry white men« – eine Klasse für sich?

Einige von uns haben es schon immer gesagt: Binäre, einander ergänzende Geschlechterkonstruktionen und -identitäten sind ebenso grundlegend für das völkische Weltbild, wie Rassismus und Antisemitismus. Das ist nicht gleichbedeutend mit »die rechte Frau muss an den Herd«. Modernisierte Entwürfe eines völkischen Weltbilds haben durchaus Platz für politisch aktive und berufstätige Frauen oder gar für Differenzfeminismus[1] – eigentlich kein Wunder, denn das Aufrechterhalten der Differenz zwischen den Geschlechtern ist das entscheidende Moment. Damit hängt sowohl die Zentralität der heterosexuellen Kernfamilie für die gesamte Gesellschaft zusammen, als auch Homo- und Transphobie oder der Fokus auf Mutterschaft. Daraus folgt aber auch die Ablehnung von Feminismus als eine politische Bewegung, die Unruhe in die Differenz bringt: Feminismus benennt Privilegien, die sich aus der Differenz ergeben, er propagiert alternative Familien-, Reproduktions- und Lebenskonzepte. Antifeminismus war schon immer ein integraler Bestandteil rechter Ideologie und Bewegung. Auch wenn es zur Frage, ob und an welchen Stellen die AfD als »völkisch« zu bezeichnen ist, noch keine abschließende Antwort gibt – die Zentralität der binären Geschlechterordnung und der Kernfamilie ist unbestreitbar ein fester Bestandteil.
Antifaschistische Strukturen – und in weiten Teilen auch die Rechtsextremismusforschung – haben nie verstanden, wie wichtig Geschlechterideologien für die extreme Rechte sind. Einzelne feministische Forscher_innen und Antifagruppen haben sich an der Frage abgearbeitet, haben rechte Frauengruppen beobachtet, Kampagnen wie »Todesstrafe für Kinderschänder« thematisiert und kluge Analysen über die Bedeutung von real gelebten Widersprüchen für die rechte Ideologie erarbeitet (wie z.B. bei der offen lesbischen Neofaschistin Melanie Dittmer). Nichts davon ist Teil der Mainstream-Antifa-Analyse oder gar Praxis geworden. Die Weigerung einzusehen, wie wichtig Geschlechterfragen – neben Rassismus – für die rechte Ideologie und Praxis sind, geht einher mit der Unfähigkeit, feministische Praktiken ebenso wie Antirassismus in den politischen Alltag zu integrieren.
In Bezug auf die AfD fällt uns dieses Problem noch einmal verschärft auf die Füße. Mit der Spaltung der Partei, deren Aufschwung im ›Summer of Migration‹ und der folgenden Gegenmobilisierung durch die Festung Europa wurden Rassismus und Abschottung zum zweiten wesentlichen Moment der AfD. Doch die Wichtigkeit von Geschlechterfragen hatte sie schon lange vorher erkannt. Der Kampf gegen »Genderismus« und »Frühsexualisierung«, die personellen und inhaltlichen Überschneidungen zur christlichen Rechten, zu sogenannten Lebensschützer_innen, »besorgten Eltern« und zur reaktionären Väterrechtsbewegung waren etabliert, bevor die AfD als Partei etabliert war.
Jetzt, da es erste Zahlen und Analysen zu Mitgliedern und Wähler_innen der AfD gibt, wird dieser Eindruck aus den Wahlprogrammen und Kampagnen soziologisch unterfüttert: Es sind die »angry white men«, die die AfD wählen. Und die sind eben keine eigene Klasse, sondern erst einmal hauptsächlich Männer. (Dass mit Frauke Petry und Beatrix von Storch zwei Frauen prominent den Antifeminismus der AfD vertreten, ist einer der Widersprüche, die das System eher tragfähiger machen, als es zu Fall zu bringen.)
Diese Ergebnisse hätten im Übrigen auch schon viel früher bekannt sein können, denn die Überschneidungen von Rechtspopulismus und Antifeminismus bestehen in ähnlicher Form in allen anderen europäischen Ländern, in denen rechtspopulistische Parteien schon länger erfolgreich sind.
Antifeminismus ist neben Rassismus das grundlegende ideologische Moment für die AfD und auch ein zentraler Mobilisierungserfolg. Es ist ein Thema, das noch breiter anschlussfähig ist als Rassismus, vor allem auch in anderen gesellschaftlichen Gruppen. Der Unwille, eigene Privilegien abzugeben, ist bei Männern der akademischen Mittelschichten ebenso ausgeprägt wie bei den vielbeschworenen »Abgehängten«. Sie alle sehen gemeinsam die Vorteile in einem konservativen, nahezu antimodernen Familien- und Gesellschaftsbild: Wer ansonsten nichts ist, ist immerhin noch Mann, und wer Professor ist, dem gehen die Gleichstellungsbeauftragten ohnehin auf den Geist.
Obwohl es also gute Gründe gibt, Feminismus als eine zentrale Strategie gegen den rechten Erfolg zu etablieren, tun sich alle

schwer damit. Zwar schreiben sämtliche Bündnis- und Aktionsaufrufe gegen die AfD auch immer irgendwo hin, dass das im Gegensatz zu uns eine antifeministische Partei sei, mit Weltbild der 1950er Jahre und so weiter. Aber folgt daraus auch eine Verankerung feministischer Praktiken? Wäre das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« auch als »Aufstehen gegen Antifeminismus« denkbar? Und »Nationalismus ist keine Alternative«, könnten die nicht auch »Heterosexismus ist keine Alternative« heißen? Bestimmt nicht.

Stellvertreterpolitik und privilegierte Opfer

Wir sehen vor allem zwei Gründe für die linke Unfähigkeit, die Zentralität von Antifeminismus als Angriffspunkt gegen die AfD zu sehen und umzusetzen. Erstens: Die Betroffenen von Rassismus sind weitestgehend andere als die von Antifeminismus – Antirassismus ist für die Mehrheit der weißen deutschen Antifa Stellvertreterpolitik. Von Antifeminismus sind auf die eine oder andere Art alle betroffen, die in diesem Land leben. Denn es geht beim wertkonservativen Rollback um die Beschneidung von Freiheiten für alle Geschlechter – wobei sich männliche, heterosexuelle Studis in den Großstädten ganz gut einreden können, dass sie das nie betreffen wird. Gleichzeitig werden feministische Themen in linken Strukturen und in der linksliberalen Zivilgesellschaft nach wie vor meist als lästiger Nebenwiderspruch behandelt und FrauenLesbenTransInter*(FLTI*)-Personen überlassen.
Zweitens wird Antifeminismus als weniger schlimm und gefährlich angesehen als Rassismus. Letzterer tötet, ganz klar, und funktioniert anders als Antifeminismus, dessen Gefahren weniger greifbar und weniger unmittelbar tödlich sind – zumindest in Deutschland (in anderen europäischen Ländern kann z.B. der fehlende Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen tödliche Folgen haben; Homo- und Transphobie fordern Todesopfer, genauso wie häusliche Gewalt, deren Opfer primär Frauen sind). Es geht um einen politischen Kampf gegen die Errungenschaften der feministischen Bewegung und darum zu verhindern, dass weitere Freiräume gegen den Wertkonservatismus auch der CDU/CSU und anderer erkämpft werden können – beispielsweise im Adoptionsrecht oder Sexualstrafrecht.
Wie weit der Weg ist, bis die AfD so viel parlamentarischen Einfluss gewinnt, dass sie konkret auf bestehende Gesetze bezüglich Schwangerschaftsabbrüchen, reproduktiven Rechten oder Heteronormativität einwirken kann, bleibt fraglich. Aktuell liegt die Gefahr primär in Diskursverschiebungen (die auch die CDU/CSU weiter nach rechts rücken lassen), in der Nicht-Akzeptanz von erkämpften Freiheiten und Freiräumen, in verschärften Kämpfen um Ressourcen an Universitäten – und nicht zuletzt in der Schaffung eines Angstklimas für Feminist_innen in der virtuellen Welt.
Die Prominentesten der Betroffenen von Antifeminismus sind damit »privilegierte Opfer«: Öffentlich auftretende Akademiker_innen und Medienschaffende, die andere Möglichkeiten haben ihre Rechte und Anliegen zu vertreten und sich Schutz und Unterstützung zu organisieren als Geflüchtete. Aber: Verdienen sie deshalb weniger Solidarität? Und inwieweit ist eigentlich antifaschistische Praxis konkrete Solidarität mit den Opfern von Rassismus?

Antifaschismus und Feminismus zusammendenken

Doch was fordern wir ein?

Erstens: Antifaschismus und Feminismus gleichberechtigt zusammen zu denken. Was könnten Praktiken sein, die beides verbinden – und sich nicht darin erschöpfen, bei der nächsten Demo oder Blockade die paar FLTI*-Personen in die ersten Reihen zu stellen? Wie können unsere Organisationen, Entscheidungsabläufe und Machtstrukturen so gestaltet werden, dass Feminismus nicht nur als strategisches »Wir sind so anders als die Nazis«-Display genutzt wird und nicht die ganze Arbeit dafür bei den FLTI*-Personen liegen bleibt? Die Antworten darauf werden seit Jahrzehnten diskutiert, aber nicht umgesetzt. Es muss Orte geben, an denen feministische Themen nicht erst mühsam durchgerungen und mit Bedeutung versehen werden müssen.

Zweitens: Es braucht eine profeministische, solidarische, progressive Männerbewegung. Einer der zentralen argumentativen Erfolge der Antifeminist_innen bei der und um die AfD ist es, dass der Feminismus nicht zu echter Gleichberechtigung geführt, sondern den Kampf zwischen den Geschlechtern aufgeheizt habe, nunmehr Männer und Jungen benachteilige und insgesamt zu weit gegangen sei. Um ein Zeichen dagegen zu setzen, müssen sich Männer mit den Zielen der feministischen Bewegung

solidarisch zeigen und deren Versprechen mit einlösen helfen, ALLE Geschlechter zu befreien.
Gegen die Kampagne der Jungen AfD »Ich brauche keinen Feminismus, weil ...« muss es eine Antwort linker Männer geben, warum sie Feminismus wollen und brauchen. Denn das Patriarchat gibt ihnen zwar Privilegien, aber um einen hohen Preis. Non-angry men of all colours, die ihr eure Privilegien abwerft wie einen zu eng gewordenen Mantel und mit uns zusammen für Geschlechtergerechtigkeit kämpft, wo seid ihr? Noch am Überlegen, warum Schwangerschaftsabbruch auch ein Thema für euch sein könnte? Oder doch ganz froh, beim gender pay gap auf der richtigen Seite zu stehen?

Drittens: Die Zentralität des Themas Antifeminismus zeigt sich derzeit nicht nur, wenn wir uns die AfD anschauen, sondern auch bei unseren eigenen Veranstaltungen. Es gibt ein riesiges Potenzial an Menschen, die sich als feministisch verstehen und die um dieses Thema herum angesprochen werden können. Wenn wir feministische Themen in den Mittelpunkt unserer Mobilisierungen rücken, können wir weit über das übliche Antifaspektrum hinaus Menschen gegen die AfD aktivieren bzw. bestehende Kämpfe zusammenbringen. Die Aktionen gegen den 1.000-Kreuze-Marsch in Berlin im letzten September waren ein hervorragendes Beispiel. Hier gab es thematisch und praktisch den queerintegrativen Charakter, der der Antifa seit Jahrzehnten fehlt. Ebenso wie die antirassistische und feministische Demo im März dieses Jahres in Köln, wo gemeinsam der rassistischen Argumentation der Rechtspopulist_innen und Antifeminist_innen etwas entgegengesetzt werden konnte. Genau davon braucht es mehr – von der praktischen und theoretischen Verknüpfung antirassistischer und feministischer Kämpfe.

Viertens: Radikale und öffentlich gemachte Solidarität mit den Betroffenen von Antifeminismus. An den Unis, in den sozialen Medien, im öffentlichen Raum sind Menschen von antifeministischen Angriffen betroffen. Lasst uns diese Angriffe nicht schweigend hinnehmen, und lasst uns keine Hierarchie aufmachen zwischen den Opfern rassistischer Gewalt und denen von Antifeminismus. Die AfD kann zwei Gedanken gleichzeitig im Kopf behalten und strategisch verfolgen – das sollten wir auch schaffen. ✖

Zu den Autorinnen

✖ *Anna Berg und Tanya Zorn sind in der Antifa-AG der Interventionistischen Linken Berlin (IL) organisiert.*

Zuerst Erschienen

✖ *Der Text erschien zuerst in ak – analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 616, 24.5.2016.*

Fußnote

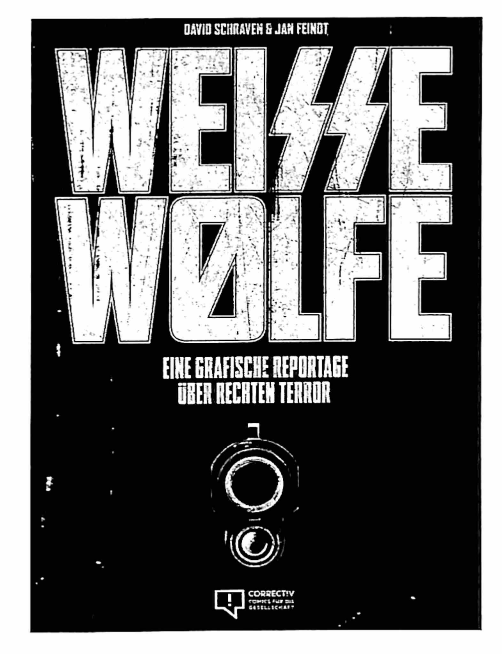
1 *Differenzfeminismus nimmt die biologische und soziale Verschiedenheit der Geschlechter an, ohne sie kritisch zu hinterfragen, fordert jedoch eine Aufwertung des weiblichen Geschlechts bzw. der weiblichen Kultur.*

VORGESTELLT UND NACHGEHAKT

WEISSE WÖLFE

ZAG

Die Idee des Herausgebers CORRECT!V klingt nobel – Comics für die Gesellschaft – gegründet von einem Ex-TAZler und einem Ex-Manager von Transparency International. Diese Combo erklärt schon einige Stärken und Schwächen dieser »grafischen Reportage über rechten Terror«, deren Hardcover-Ausgabe mit 15 EUR erstaunlich sozialverträglich bepreist ist.
Die Aufzeichnung einer Recherche kann nur erzählen, was wenigstens anekdotenweise belegt ist – und handfeste Insider-Infos über Nazis zu finden ist schwierig, wie der Erzähler selbst gesteht. Der tapst mit edler Hornbrille in regnerischen Nächten durch Spelunken und versucht vergeblich Kontakt anzubandeln – teilweise ganz listig, mit milieutreuer Jeansjacke.
Zwischen den Szenen der Kontaktsuche schildert ein rechter Aussteiger in Episoden sein Martyrium. Vom Leiden der deutschen Opfer berichten nur Dritte. Für die Stories der ermordeten MigrantInnen verlässt sich der Autor auf die Presse. Wurde *unser* Kulturbotschafter durch die orientalische Parallelgesellschaft ausgeschlossen, oder hat er sich gar nicht erst die Mühe gemacht?
Viele der Enthüllungen in diesem Detektiv-Krimi sind eigentlich *Ver*hüllungen. Dass Nazis europaweite, *geheime* Parallelkulturen bilden und die Polizei *überfordert* sei, ist nicht nur platt, sondern gelogen.
Es würde mich nicht wundern, wenn WEISSE WÖLFE ein Kult-Hit für Faschos wird. Der Werdegang eines Naziterroristen in Bildern, die unter die Gürtellinie gehen – »German History X«.



> *David Schraven & Jan Feindt: »WEISSE WÖLFE«; 15 Euro, Hardcover, 222 Seiten, CORRECT!V; ISBN: 9 783981 691702*

Aufklärung + Aufgeilung = Foto Love Story

Ein bisschen Bravo steckt auch drin. Die schwarzweißen Bildchen wurden aufwändig aus Fotos mit menschlichen Models entwickelt. Sie posieren für Schlägereien, Drogendeals, Überfälle und brutalen Oralverkehr.
All das war in der DDR weder Alltag noch unterhaltsam. Dort wurden Nazis vielleicht öffentlich totgeschwiegen, aber wenigstens in Stasi-Kellern standesgemäß behandelt (sofern die BRD sie nicht freikaufte). Jetzt gibt es Massenaufmärsche der »Anständigen«, aber die Nazis SIND der Geheimdienst. Das ist leider nicht Gegenstand dieser Reportage.
Lobenswert ist, dass der Herausgeber bestimmte Forderungen mit dem Buch verbindet, aber auch hier steckt der Liberalismus im Detail:

- »Organisation der Polizei verbessern« (Wie wär's mit Nazis rauswerfen?)
- Geldströme aus Merchandise-Verkäufen unterbinden (Die machen ihr Geld nicht mit CDs!)
- »[Polizeibeamte müssen] die Ideologie kennen [und] das Liedgut« (Tut sie schon!)
- »ein paar Besuche vom Staatsschutz bei Arbeitgeber« (Und wenn der Staatsschutz der Arbeitgeber ist?)

Wieso müssen mir sogar »unabhängige« Verlage die German Grundgütigkeit um die Ohren hauen? Ein treffenderer Titel wäre »50 Shades of Braun« – denn diese Schwarte leistet so viel gegen Nazis, wie Pornos für die gesunde Sexualerziehung. Sicher hat sie künstlerische und inhaltliche Stärken, doch diese werden im Weltnetz ausreichend propagiert, da muss ich nicht mitjubeln.
Nach dem Lesen könnte man denken, die Nazi-Szene sei nur eine entartete Jugendkultur – arisch aber sexy. Wollte hier jemand auf den Zug aufspringen, den Verfilmungen wie »Mitten in Deutschland« (treffender: »Mitten in Beate«) oder »Wir sind jung. Wir sind stark.« schon längst ins inhaltliche Sibirien gefahren haben? Bei all dem Gezeter um Wallraffs Blackface wird häufig vergessen, wen er wirklich gut dargestellt hat: die Deutschen.
Weisse Wölfe versäumt durchweg, Neo-Nazis in die Tradition der Wehrsportgruppen und anderer SS-Zombie-Armeen, wie dem BND, zu stellen. Terroristen seien »nicht-staatliche Akteure« anstatt Marionetten des Imperialismus, und ohne diese Elemente wäre die BRD paradiesischer als Afghanistan vor dem sowjetischen Einmarsch.
Für Böhse-Onkelz-Fanz und TAZ-GenossInnen. Bildungswert: beschränkt. Für Kinder im nüchternen Zustand nicht empfohlen.

Wie lernt das linke Mosaik?

Andreas Nowak



> *Marcus Hawel und Stefan Kalmring: Wie lernt das linke Mosaik? Die plurale Linke in Bewegung. Hamburg, VSA, 2016. 296 Seiten, 16.80 Euro. ISBN 978-3-89965-647-3*

Zur Beschreibung der pluralen und vielgestaltigen politischen Linken hat Hans-Jürgen Urban 2009 das Bild des Mosaiks gewählt. Die Linke erscheint darin als Einheit, in der die vielen bunten und unterschiedlichen Teile ein Gesamtbild ergeben. Dieses Bild vom Mosaik sagt aber noch nichts darüber aus, wie es zustande kommt.

Gibt es eine Person, die das Mosaik gestaltet oder plant, wer kann das gesamte Bild erblicken? Die beiden Herausgeber Marcus Hawel und Stefan Kalmring, Referenten bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, schlagen vor, dass die plurale Linke sich als lernende Bewegung verstehen sollte. Es gibt kein feststehendes Mosaik, die Linke ist in Bewegung und niemand plant das Gesamtwerk, es ist eher ein Kaleidoskop als ein Mosaik. Diesen Gedanken einer lernenden Bewegung, die sich selbst verändert, entfalten die beiden in den ersten Beiträgen. Zum einen in Richtung eines strategischen Projekts, welches die Linke als relevanten Akteur politischer Veränderung erst durch eine veränderte Form der Organisierung schafft. Zum anderen in die Richtung der Ausbildung von organisierenden Personen, die nicht dem Bild des organischen Intellektuellen bei Gramsci entspricht, sondern mit dem Bild des freien Radikals assoziiert werden: reaktionsfreudig, kollaborativ, kreativ. Mit dieser Stoßrichtung wird klar, dass dieses Buch ein alternatives Politikverständnis favorisiert, das auch Konsequenzen für die politische Bildung und die Frage des Verhältnisses von Partei und Bewegung hat.

Im anschließenden Block begeben sich Hanna Meißner, Rahel Sophia Süß, Michael Vester, Jan Schlemmermeyer, Philippe Kellermann und Peter Hudis auf die Suche nach den Bedingungen und Problemen kollektiver Handlungsfähigkeit. Diese Debatte ist alt, doch wurde sie allzu häufig mit der Absicht der politischen Ab- und Ausgrenzung geführt. Hier werden unterschiedliche Ansätze vorgestellt, neogramscianische und anarchistische, Diskussionen zur Pluralität und Diversität der Sozialstruktur ebenso wie die Fragen nach den sich im Subjekt brechenden Widersprüche der kapitalistischen Vergesellschaftung.

Im dritten Teil des Sammelbandes diskutieren Gregor Kritidis, Amir Taha, Martina Blank, Stefanie Kron und Ronald Höhner verschiedene Projekte, in denen sich Linke als lernende Bewegung versuchen zu organisieren. Der arabische Frühling ist ebenso ein Beispiel wie die Proteste in Griechenland im Angesicht der Staatspleite, die Selbstorganisation in Argentinien nach dem Finanzkollaps ebenso wie die Sozialforenbewegung oder die Versuche, dies im Rahmen der politischen Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung umzusetzen.

Der Begriff der lernenden Bewegung stellt eine Alternative zum herkömmlichen Politik- und Parteiverständnis dar. Sie widerspricht leninistischen Vorstellungen der Avantgarde. Die Partei ist nur ein Ort an dem eine solche Suchbewegung einsetzen kann. Die Art der Beziehung und Kooperation der verschiedenen Teile und der Menschen, die diese Bewegung tragen, sind nicht hierarchisch oder funktional gedacht. Am Ende bleibt eine Frage offen, die dieses Buch nicht beantworten kann: Ob das Bemühen um neue Formen des politischen Agierens gelingen wird. ✖

»Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern«

Klaus Müller

Im November 2016 wurde die Berufung einer ehemaligen Aktivistin der Roten Hilfe zur Stadträtin des Berliner Bezirkes Steglitz-Zehlendorf von der Bezirksverordnetenversammlung verhindert. Eine Gemeinschaft von AfD, CDU, FDP, Junge Freiheit, BZ (Berliner Boulevard Blatt des Springer-Konzernes) und Verfassungsschutz startete zuerst eine Schmutzkampagne gegen die Rote Hilfe und die Stadträtin in spe und verhinderte dann ihre Berufung als Stadträtin für Jugend und Gesundheit. Ihre eigene Partei, die SPD, hielt sich bei dieser schmierigen Aufführung einer politischen Hinrichtung seltsam zurück. Erinnerte sich die SPD vielleicht an frühere Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Mitglieder der Roten Hilfe in ihrem Kampf gegen die KPD? Einen Kampf, den die SPD noch fortsetzte, als sie selbst schon dem Untergang durch Verfolgung, Haft, Folter und Mord durch die Nazischergen geweiht war? Was macht eine Hilfsorganisation derart gefährlich?
Zur rechten Zeit erschien im September 2016 eine Materialsammlung vom Hans-Litten-Archiv zur Geschichte der Roten Hilfe. In ihr wird – unterstützt durch viele faksimilierte Dokumente – der doppelte Untergang der Roten Hilfe dokumentiert. Mit einer Millionen Mitgliedern war die Rote Hilfe eine der größten, wenn nicht die größte, Hilfsorganisation der Weimarer Republik für Gefangene und ihre Angehörigen. Hierarchisch aufgebaut und gut organisiert setzte sie den Angriffen auf linke Strukturen eine effektive Solidaritätsarbeit entgegen, bestehend zum einen aus materieller Hilfe, zum anderen aus Öffentlichkeitsarbeit sowohl gegen die konkreten Fälle von Repression als auch in allgemeiner politischer Schulung.
In der Broschüre dokumentiert ist das immer weiter fortschreitende Zusammenbrechen der Strukturen der Roten Hilfe unter dem Terror der Nationalsozialisten und die Versuche, den Widerstand in »illegalen« Strukturen aufrecht zu erhalten. Den Leser*innen drängt sich schon in diesem Teil des Buches eine immer größer werdende Ungläubigkeit auf, ob der Naivität, mit der viele kleine und größere Funktionäre »ihre Ordnung beibehalten« wollen und weiterhin fleißig Mitgliederlisten führen und Spendeneingänge dokumentieren. Aber vielleicht ist dieser Unglaube einfach nur dem »Blick aus der Zukunft« auf die historischen Ereignisse geschuldet, da 1933 viele Funktionäre der Roten Hilfe, aber auch viele der SPD und KPD Mitglieder davon ausgingen, der Nationalsozialismus sei nur eine kurze Episode.
Kaltes Entsetzen macht sich jedoch beim Lesen des zweiten Teils des Buches breit: Nachdem der Staatsterror zigtausende von Mitgliedern der Roten Hilfe in »Hitlers Kerker« gebracht hatte, viele von ihnen unter Folter psychisch und physisch zerstört wurden und zigtausende von Mitgliedern und Funktionär*innen der Roten Hilfe migrieren mussten, davon ein großer Teil in die Sowjetunion, begann das Grauen erneut. Während der stalinistischen Säuberungswellen wurden in Stalins Einflussbereich erneut die Mitglieder und Funktionär*innen der Roten Hilfe gefangen, gequält und getötet... und viele der Verfolgten leisteten dieses Mal dem Terror aktive Zuarbeit.
Auch wenn Motivation und Ausmaß der Verfolgung in beiden Staaten verschieden ausgeprägt waren, so hinterlässt die Broschüre die Leser*innen doch mit Fragen, die weit über die historische Dokumentation hinausgehen und demzufolge von ihr nicht beantwortet werden.
Aber wenn mensch den gegenwärtigen Schulterschluss von bürgerlichen Parteien, Rechten, Presse und staatlicher Repressionsorgane gegen die Rote Hilfe beobachtet, so ist offensichtlich, dass eine Auseinandersetzung mit linker Solidaritätsarbeit im Allgemeinen und der Roten Hilfe im Besonderen dringend geboten ist. ✖



› *»Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern«. Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933. Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I, Verlag Gegen den Strom. Brosch. A4, 120 S. ISBN 3-9809970-4-9, 7 Euro*

Zu beziehen über:

Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
Tel: +49 (0)431 - 7 51 41
Fax: +49 (0)431 - 7 51 41
Mail: literaturvertrieb@rote-hilfe.de
(gerne PGP-verschlüsselt – PGP-Key auf Anfrage oder über die bekannten Schlüsselserver – Fingerprint: B087 DCC7 BE59 78E6 E412 19D4 C8E3 386C 76B9 52DA)

CALL ZAG AUSGABE 74



Religion und andere Drogen

Call für die ZAG 74

ZAG

Im Namen der Religion werden Anschläge verübt, Kriege geführt und Einreiseverbote ausgesprochen. Religionen sind das Add-on, wenn Politik alleine keine Überzeugungskraft hat. Dabei spielen insbesondere Konservative mit religiösen Versatzstücken. Doch auch im Namen des säkularen Staates wird gegen Menschen und ihren Glauben mobil gemacht.

Religionen sind ein Set von Glaubenssätzen über höhere Kräfte und Wesen und sind mit Regeln der Lebensführung und mit Weltanschauungen verbunden. Man kann seinen persönlichen Glauben pflegen, der einem Trost spendet und Leitlinien im Alltag vorgibt. Aber Religion geht über den persönlichen Bereich hinaus. Religion wird organisiert in Kirchen und Gemeinden, Ritualen und Gottesdiensten, durch Symbole und Macht.

Die Linke beschäftigt sich eher wenig mit Religion. Seit Marx wissen wir: Religion ist das Opium des Volks. Sie ermöglicht das Leiden in dieser Gesellschaft erträglich zu machen und zugleich anzuklagen. Religion ist eine Form der Ideologie und als solche gewährt sie einen verkehrten, naturalisierten und ahistorischen Blick auf die eigene elende Gesellschaft.

In diesem Sinne möchten wir in der ZAG 74 nicht etwa spezielle Religionen und deren Glaubenssätze einer Prüfung unterziehen, sondern die Bedeutung von Religion im Kontext von Politik und Rassismus erörtern. Mittels Religion lassen sich wunderbar diskriminierendes, sexistisches und rassistisches Handeln begründen. Religion gebiert Feindbilder wie Selbstbilder, die kaum etwas mit der Realität zu tun haben. In der ZAG 74 »Religion und andere Drogen« wollen wir dieser Art Realitätsverschiebung auf den Grund gehen.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation scheinen Kultur und Religion an die Stelle von Imperialismus und Klassenkampf getreten zu sein. Religion ist ein Bezugspunkt in vielen politischen Auseinandersetzungen. In Russland hat sich die russisch-orthodoxe Kirche nach 73 Jahren wieder auf die Seite des Staates gestellt und wettert wie gewohnt gegen Andersgläubige, Homosexuelle und die Verlotterung der Sitten. Das Verfahren gegen die Mitglieder von Pussy Riot hat gezeigt, wie staatliche und kirchliche Repression einander zu arbeiten.

Religion grenzt Menschen aus – entlang der Linie der verschiedenen Glaubensvorstellungen und Kirchen sowie entlang gesellschaftlicher Vorstellungen. Dies gilt für antijudaistische und antisemitische Reflexe in den christlichen Kirchen bzw. bei den Pius-Brüdern oder dem Opus Dei sowie für den Hinduismus gegenüber Christ_innen und Sikhs oder für den Buddhismus gegenüber beispielsweise muslimischen Rohingya in Myanmar. Nun gilt dies nicht an sich für Religionen; aber Religionen und religiöse Menschen können ihren Rassismus und Antisemitismus religiös begründen. Und damit als göttlich gegeben hinstellen. Religion dient somit auch der Identitätsstiftung und der Letztbegründung von Aussagen und Weltanschauungen. Diskussionen (und andere Meinungen) sind dann überflüssig bzw. ketzerisch.

Religionen dienen der Legitimation von Herrschaft, vorhandenen gesellschaftlichen Brüchen und Politiken. Mindestens seit der Französischen Revolution muss sich Religion allerdings rechtfertigen und staatliches Handeln kann sich nicht mehr ohne weiteres auf Religion und Gott berufen. Doch in Staaten wie dem Iran oder Saudi-Arabien ist die Religion Gesetz. Dies ist kein alleiniges Phänomen »ferner« muslimisch geprägter Staaten. Auch Konservative und Rechtspopulist*innen in der AfD und Pegida stützen sich auf ihre religiösen Lehren, wenn sie das christliche Abendland anrufen, Beschneidungen, Moscheebauten oder Abtreibung verbieten möchten. Alles im Namen des Herrn.

Mögliche Themen könnten sein:

- Kopftuch, Verschleierung, Schächtung, Beschneidung verbieten im Namen des säkularen Staates? Oder sind diese Forderung doch Ausdruck von Rassismus und Antisemitismus?
- Religiöse Gemeinschaften verbitten sich Kritik und Satire. Brauchen wir Religionen? Ist Religionskritik diskriminierend? Wie kann Religionskritik aussehen?
- Wie eng ist die Verflechtung von Religion und rechter Politik (Opus Dei, Lebensschützer, Salafismus)? Rechte religiöse Spinner*innen sind überall eine Gefahr. Weil sie religiös sind oder weil sie rechts sind?
- Religion in den Schulen und der Wissenschaft: Kreation statt Evolution? Kreuze in den Schulen. Brauchen wir eine Trennung von Religion und Staat bzw. Wissenschaft?
- Homoehe, Sexualkunde, Abtreibungen. Welche Welt wollen uns religiöse Bewegungen aufdrängen? Welche Vorstellungen vom Leben und Lieben möchten sie zum Gesetz erheben?
- Einreiseverbote in den USA, Geflüchtete als potentielle Terrorist*innen, keine Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen in der Slowakei und Ungarn. Religiöse Verfolgung als Asylgrund und religiöse Zugehörigkeit als Abschiebegrund, wie geht das zusammen?

Wir bitten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zu dem von uns angerissenen Thema und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen.

- Artikel für den Schwerpunkt der ZAG sollten **nicht mehr als 12.000 Zeichen** (inkl. Leerzeichen) umfassen.
- Hinweise zur Textgestaltung senden wir auf Wunsch gerne zu.
- Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
- Der **Redaktionsschluss ist der 01.06.2017**. Wir freuen uns über früher eingereichte Beiträge.
- Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge sowie Lob und Kritik an redaktion@zag-berlin.de.
- Mehr Infos über die ZAG unter **www.zag-berlin.de**.
- Wir freuen uns auch über Texte für alle anderen Rubriken des Heftes, die dann jedoch nur max. 8.000 Zeichen haben sollten.

ANZEIGEN

junge Welt stärken:

Dein Abo zur rechten Zeit.

junge Welt

Jetzt die Tageszeitung *junge Welt* bestellen!

www.jungewelt.de/abo · Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82









Gestohlene Kindheit: **Palästinensische Kinder und das System des Siedlerkolonialismus** <> Palästinensische **Arbeitspendler und die Checkpoints** <> Wenn **die israelischen Taktiken in Gaza** legal sind, ist niemand sicher <> **Herrschaftskrise der Autonomiebehörde**: potentielle Krise der Besatzung <> **Das neue Palästina** <> **US Militärhilfe-Abkommen**: Auswirkungen <> ... <>

ÖKONOMIE-KOMMENTAR: *Die arabischen Ökonomien befinden sich noch immer in der Krise*

TUNESIEN: Analyse, Ansätze für eine **ALTERNATIVE POLITIK**

5.50

inamo e.V. Postfach 310727 10637 Berlin
0049 30 86421845
redaktion@inamo.de



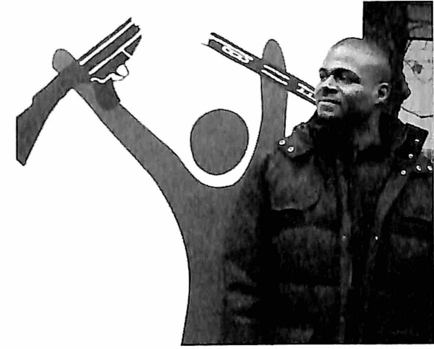
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

contraste
zeitung für selbstorganisation
390 34. JAHRGANG MÄRZ 2017 4'50 EUR



SCHWERPUNKT
NEIN ZUM KRIEG

www.contraste.org

grünes blatt
Zeitschrift für Umweltschutz von unten



Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar

mail@gruenes-blatt.de

FORUMRECHT

Ausgabe 1/17:
Deutsche Zustände
jetzt erhältlich

Onlineshop, ältere Ausgaben und call for papers:

www.forum-recht-online.de
twitter.com/_ForumRecht



Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net/service

graswurzel revolution

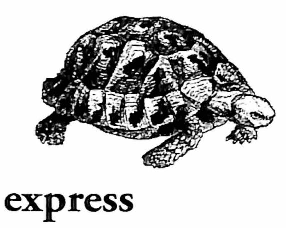


Zeichnung: Findus

Graswurzelrevolution Nr. 416, Februar 2017
USA: Millionen gegen Trump
Russland: Neoliberalismus
Griechenland und Spanien: Bewegungen gegen die Krise
Aserbaidschan: 10 Jahre Haft für ein Graffiti
Mexiko: Zapatismus heute

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



express
Diskussionsforum für

- Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standort-politik
- Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Probelesen?!
kostenfeies Exemplar per mail oder web anfordern

Ausgabe 1-2/17 u.a.:

- Stefan Schoppengerd: »Hohle Herrschaftsinszenierung in Hamburg« – Der G20-Gipfel
- Jörn Boewe: »Nicht überall ist Bosch« – über eine neue Flexibilisierungsoffensive
- Marcus Schwarzbach: »Arbeit im Visier« – Über das Regierungs-Weißbuch 4.0 und Unternehmer-Kämpfe gegen Schutzgesetze
- Burghard Flieger/Peter Monien: »Quadratur des Kreises?« – die IT-Genossenschaft 4freelance
- Kim Moody: »Wer hat Trump ins Weiße Haus gebracht?« – über US-Wahlen
- Unter_bau: »Schule gegen den autoritären Charakter« – Bewerbung an der Goethe-Universität

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

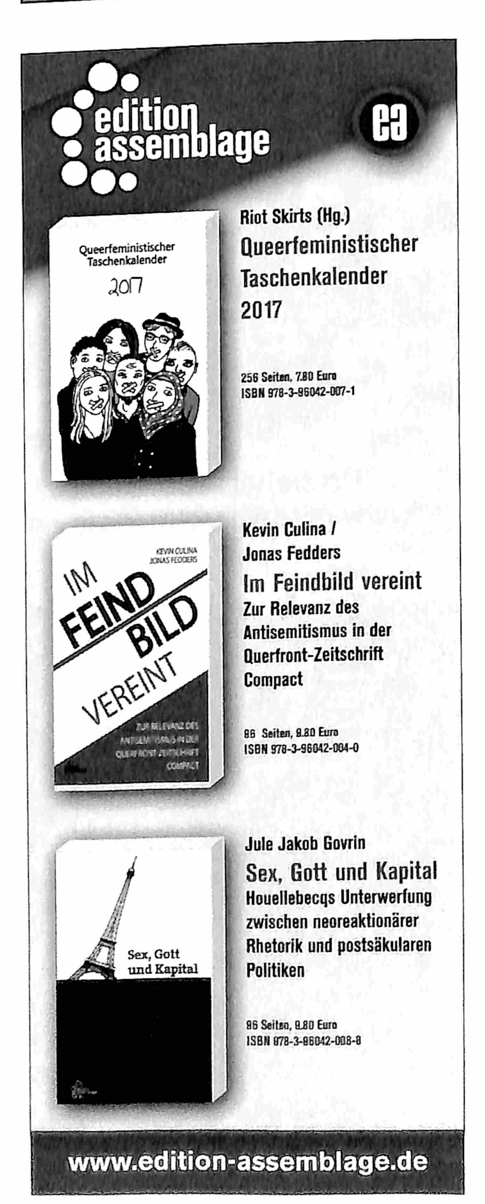


Rechtspopulismus – Rebellion der autoritären Charaktere

Außerdem: EU gegen Geflüchtete | Debatte um Wachstumskritik | Gedenken an »Trostfrauen«

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org



ROTE HILFE e.V.

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.

ROTE HILFE E.V.
Postfach 3255, 37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de
Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE

Zeitung gegen Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2016: Siegerjustiz – Verfolgung und Delegitimierung eines sozialistischen Versuchs seit 1990

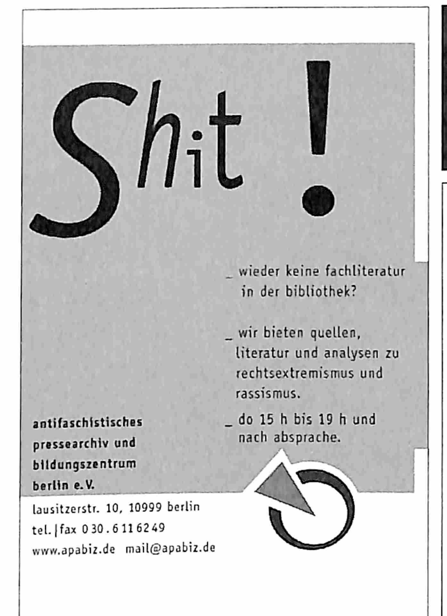


DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

DIE ZAG IM INTERNET

www.ZAG-berlin.de



DIE ZAG IST, ZUM TEIL ALS VOLLTEXT, LESBAR ÜBER DATASPACE
http://ildb.nadir.org/q/verlag/ZAG.html



Backlist

Impressum

Herausgeber: Antirassistische Initiative e. V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e. V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet:** www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e. V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** :::rainGroup-Agentur.com **Druck:** FATA MORGANA, **ISSN:** 2192-6719 **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement:** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e. V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin oder www.zag-berlin.de. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.